

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bezugspreis:
 Vierteljährlich 30.— M., monatlich 10.— M.
 (für ins Haus, voraus zahlbar. Post-
 bezug: Monatlich 10.— M., erst Zu-
 stellungsgebühr. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich 16.30 M.,
 für das übrige Ausland bei täglich
 einmal Auslieferung 21.50 M. Postbe-
 stellungen nehmen an Österreich,
 Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-
 mark, Holland, Kurzemburg, Schweden
 und die Schweiz. — Eingetragene in
 die Post-Zeitungs-Preisliste.
 Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
 beilage „Voll u. Zeit“ erscheint wochen-
 täglich (einmal Sonntags und Mon-
 tags ausnahmslos).

Telegraphische Adressen:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
 Die achtspaltige Konvaleszenz-
 karte. — M. Teuerungszuschlag 50%
 „Kleine Anzeigen“, das ist
 gedruckt Wort 1.— M. (zwei-
 spaltige Zeile), jedes weitere
 Wort 50 Pf. Stellengeld und
 Schließelanzeigen das erste Wort
 5 Pf., jedes weitere Wort 40 Pf.
 Worte über 15 Buchstaben zählen für
 zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%
 Familien-Anzeigen für Abonnenten
 Seite 2.— M., politische und ge-
 werkschaftliche Zeitschriften
 2.— M. die Zeitschriften-Konvaleszenz-
 Anzeigen für die nächste Nummer
 müssen bis 5 Uhr nachmittags im
 Hauptgeschäft Berlin SW. 3, Linden-
 straße 3, abgegeben werden. Gebühr
 von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Sonntag, den 19. September 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Lockspitzel allerwege.

Achtung, Erwerbslose!

Die „Arbeiter-Union“ ruft für Montag, den 20. d. M. zu großen Arbeitslosendemonstrationen auf. Wir warnen unsere Anhänger, sich an diesen von unverantwortlichen Elementen, die von niemand einem Auftrag haben, einberufenen Versammlungen zu beteiligen. Laßt es nicht zu, daß politische Fanatiker, Geschäfte macher und Spitzel eure materielle Not ohne Rücksicht auf euer Leben und eure Gesundheit für ihre Zwecke andrängen.

Die bayerischen Königsmacher.

Eine Anfrage an die Regierung.
 Unsere nordbayerischen Genossen richten folgende offene Anfrage an die Reichsregierung und an den bayerischen Ministerpräsidenten:
 Am 24. und 25. September findet in München das Landesschießen statt. In der Bevölkerung gehen Gerüchte um, daß zur gleichen Zeit die bayerische Einwohnerwehr in Bereitschaft gehalten wird, daß die Münchener bewaffnete Reichswehr zur Verstärkung der bewaffneten Einwohnerwehren zugezogen wird. Außerdem werden die ehemaligen Generale Ludendorff und Hindenburg sowie der ehemalige bayerische König anwesend sein.
 Das Landesschießen wie das Zusammenziehen großer Teile der bayerischen Einwohnerwehren soll benutzt werden, den Versuch zu unternehmen, die rechtmässige Verfassung zu stürzen. Ist dem Reichskanzler bekannt, daß in militärischen Kreisen Vorbereitungen bis ins Einzelne für eine Militärdiktatur getroffen sind? Ist dem Reichskanzler und dem bayerischen Ministerpräsidenten ferner bekannt, daß Spitzel am Werke sind, die das Zusammentreffen der Reichswehr in München zu benutzen versuchen werden, die Bevölkerung zu provozieren, um so die Gelegenheit zur Aufrichtung der Militärdiktatur zu schaffen?

Die Gerüchte tragen dazu bei, die Unruhe in den Kreisen der treuen auf dem Boden der Verfassung stehenden Bevölkerung ins Ungeheure zu steigern, insbesondere auch in den weiten Kreisen der nordbayerischen Industriearbeiter.
 Der Reichskanzler Hebrbrand hat sich verpflichtet, für Ruhe und Ordnung im Reich, und Herr Raahr für Ruhe und Ordnung in Bayern Sorge zu tragen. Wir stellen im Namen der verfassungstreuen Bevölkerung Nordbayerns die Frage, was diese Herren angesichts der Gerüchte in der Bevölkerung zu tun gedenken, und ob sie bereit sind, die republikanische Verfassung Bayerns, die durch die angesagten Vorgänge auf dem Landesschießen bedroht ist, zu schützen.
 Da mit Beschleunigung der Aufklärung die Beruhigung der Bevölkerung eintreten würde, verlassen wir im Interesse des Reiches und Bayerns sofortige Reaktionen der Regierung.

Herner erging folgender Aufruf:
 An die gesamte republikanische Bevölkerung Nordbayerns!
 Spitzel sind am Werke, provozierend suchen sie eine Explosion herbeizuführen, und der Reaktion Gelegenheit zu geben, ihre Umsturzversuche und die Aufrichtung der Militärdiktatur in die Tat umzusetzen.
 Arbeiter und Arbeiterinnen, Freunde der Freiheit Bayerns, laßt Euch nicht provozieren! Seid vorsichtig in Euren Gesprächen, Ihr werdet belauscht!
 Käufliche Subjekte sind am Werke, um der Reaktion die Wege zu bereiten! Haltet Euch fern von allen Ansammlungen und weicht Gerandrängenden die Tür. Haltet Euch aber bereit, wenn Ihr gerufen werdet!

Ministerium Raahr in Aengsten.
 Wie die „Münchener Zeitung“ erzählt, hat das bayerische Ministerium des Innern neuen Einspruch bei der Reichsregierung gegen die Unterbringung übergetretener russischer Truppen in bayerischen Gefangenenlagern erhoben.

Einheitsstaat und Partei.

Von Hedwig Wachenheim.

Die Vorgänge in Bayern und die von uns bereits mitgeteilte Entscheidung des Bamberger Bezirkstages der Sozialdemokratie Frankreichs lenken die Aufmerksamkeit erneut auf die Notwendigkeit, das Gefüge der Deutschen Republik fester zu gestalten. Der nachstehende Aufsatz, der als Beitrag zur Debatte über den Parteitag bestimmt war, gewinnt dadurch erhöhtes aktuelles Interesse.

Es ist heute in unserer Partei kaum mehr üblich, daß Frauen über anderes schreiben, als über Frauen, Schul-, Wohlfahrtsfragen oder ähnliches. Man gestatte es mir einmal, auch das gehört zur Gleichberechtigung.
 Es ist nicht anzunehmen, daß der Kasseler Parteitag sich über die Art der Erneuerung unseres Parteiprogramms schlüssig wird, da die dabei zu erörternden Fragen in den Kreisen der Mitglieder noch viel zu wenig besprochen worden sind. Es wird dazu kommen müssen, einer Ausarbeitungskommission Richtlinien zu geben. Die endgültigen Beschlüsse werden wohl erst auf dem Parteitag von 1921 gefaßt werden können.

Aber es gibt Fragen, zu denen schon der diesjährige Parteitag Stellung nehmen muß, auch wenn die Stellungnahme im Parteiprogramm festzulegen ist. Fragen, die vor dem Forum der Partei noch nicht erörtert worden sind, die aber einer einheitlichen Behandlung durch den Parteitag bedürfen. Dazu gehören vor allem: die Frage der Staatsform. Nicht etwa als ob ich noch eine Erörterung darüber herbeiführen wollte, ob die Sozialdemokratische Partei auf dem Boden der demokratischen Republik steht. Aber es handelt sich um die innere Struktur der Republik. Auch in dieser Frage ist in Weimar ein Kompromiß geschlossen worden, aber eines, das die Wege zum Fortschritt nicht verbaut. Schon der kaiserliche Bundesstaat Deutschland mußte aus politischen und wirtschaftlichen Gründen den Schwerpunkt der Gesetzgebung aus den Bundesstaaten in das Reich verlegen. In Weimar ist der Bundesstaat begraben, aber der Einheitsstaat noch nicht geschaffen worden. Aber der Weg zu ihm ist frei. Die bedeutungsvollsten Organe des Reichs werden nicht mehr von den Einzelstaaten gebildet. Das Reich hat sich wichtige Gebiete der Gesetzgebung, die vorher den Einzelstaaten überlassen waren (z. B. tatsächlich die Einkommensteuer-, programmatisch die Schulgesetzgebung) angeeignet, und wichtige Verwaltungszweige, wie die Finanz- und Eisenbahnverwaltung sind auf das Reich übergegangen. Der Reichstag hat die Freiheit, in dieser Richtung weiterzugehen.

Aber wir leben in der Zeit der Reaktion, des Ansturms gegen all das Neue, was nach der Revolution geschaffen worden ist, auch gegen das Bestreben, aus dem Bundesstaat eine einheitliche Republik zu schaffen. Es ist heute nicht anders, wie es immer seit 1848 war. Die Reaktion will an der Zersplitterung, am Bundesstaat festhalten, weil sie weiß, daß große Reformen sich bei einheitlicher Gesetzgebung und Verwaltung leichter durchführen lassen. Mit Erfolg ist in der letzten Zeit gegen das Bestreben, auf weiteren Gebieten eine einheitliche Reichsgesetzgebung zu schaffen, Front gemacht worden. Von der Vereinfachung der Justizverwaltung ist nichts mehr zu hören, aber auch nicht davon, daß die Sozialdemokraten zu all diesen Fragen Stellung genommen hätten. Und doch ist das dringend notwendig. Denn von den Parteien, die bereit sind, die heutige Staatsform zu verteidigen, ist die Sozialdemokratische zweifellos die entschlossenste und stärkste. Das verpflichtet sie zu einem Programm über den inneren Ausbau der Republik.

Daß die großen Reformen, die jetzt auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts, des Strafrechts, des Arbeiterrechts z. B. notwendig sind, für das ganze Reich durchgeführt werden müssen, ist wohl jedem selbstverständlich. Für viele aber hört diese Selbstverständlichkeit schon auf, wenn es um andere Fragen, wie die Umgestaltung des Wirtschaftslebens, die Reform der Staats- und Kommunalverwaltung, die Erneuerung der Wohlfahrtspflege geht. Wer diese Reformen will, der muß sich sagen, daß eine Zersplitterung in unzählige kleine Reformen nie zu dem gewünschten Ergebnis führen kann, und daß die Uneinheitlichkeit auch auf diesen Gebieten beseitigt werden muß. In der Öffentlichkeit sind die Schäden, die aus dem verschiedenartigen Jugend- und Armentrat der Länder den Kreisen, die diese Gesetze in Anspruch nehmen müssen, erwachsen, oft genug besprochen worden. Statt der Beseitigung der alten Schäden würden dann neue kommen. Und die Umgestaltung des Wirtschaftslebens, die unser vornehmstes Ziel ist, ob man sie nun auf die Schmidt'sche oder Bismarck'sche Weise herbeiführen will, kann doch nur im Rahmen des großen Deutschen Reiches erfolgen. Warum suchen unsere österreichischen Genossen den Anschluß? Aus nationalen Gründen, aber doch auch weil sie wissen, daß sozialistische Reformen in einem großen Staate leichter durchzuführen sind als in dem überwiegend agrarischen Österreich.

Sozialistischer Wahlsieg in New York.

New York, 18. Sept. („Frk. Ztg.“) Die Wahl in fünf Bezirken New Yorks, deren sozialistische Vertreter im Staatsparlament seinerzeit als „Bolschewiken“ ausgeschloffen worden waren, hat einen glänzenden Wahlsieg der Sozialisten über die gemeinsame Liste der Gegner ergeben.

Die New Yorker Opfer.

New York, 18. September. (Telunion.) Die Zahl der Toten bei dem Explosionunglück beträgt 33, darunter drei Frauen. Verletzt wurden 200 Personen.
 Ein angeblicher Terrorist Fisher, der wegen Drohreden verhaftet worden war, ist als Geisteskranker festgestellt worden.

Irlandbahn lahmgelegt.

Die Great Northern Eisenbahngesellschaft in Irland hat mitgeteilt, daß infolge der Weigerung einer Anzahl von Angestellten der Gesellschaft, Bände zu fahren, die Polizei oder Militär befördern, vom nächsten Montag ab alle Zugverbindungen zwischen Dundalk und Carrickmishen und auf den anschließenden Linien für unbestimmte Zeit eingestellt werden. Dergleichen wurde mitgeteilt, daß der Dienst zwischen Dublin und Belfast eingeschränkt werde.

London, 18. September. (Holländisch Neuweltbureau.) Dierzehn Bürger drangen in das Gebäude der kooperativen Oer- und Flottenliga in Dublin ein, kneten den Wächter und stahlen sechs Kisten Munition. Der Postzug von Dublin wurde in Cork von Militär angehalten, alle Briefe aus dem Zuge genommen, nach der Kaserne gebracht und zensuriert.
 Lloyd George hat den hungernden Bürgermeister ärztlich untersuchen lassen, von Freilassung ist aber keine Rede.

Flaggen auch noch!

Am Donnerstag sollte der Tag gefeiert werden, an dem Capen und Ralmedy endgültig Belgien zugesprochen wurden, und obwohl die Behörden die Bevölkerung aufgefodert hatten, Flaggen und Fahnen heranzubringen, war fast nirgends eine Flagge zu sehen.

Im belgischen Wappen steht: „Dieu et mon droit!“ (Gott und mein Recht). Nach dem schmachvollen Raub des Protektorats in Capen-Ralmedy könnte dieser Spruch besser lauten: „Das Unrecht ist mein Gott!“

Doch noch Genf? Eine Neuter-Meldung behauptet, nach neueren Beratungen werde die Genfer Konferenz in der dritten Oktoberwoche unter Teilnahme der Deutschen stattfinden.

Polnische Waffeneinfuhr.

Das im polnischen Industriebezirk erscheinende Blatt „Glos Pracy“ (Stimme der Arbeit) forderte am 22. August auf, Waffen und Munition, Nahrung und Pflegematerial zur Kaschearbeit der oberschlesischen Polen an der Sicherheitspolizei der polnischen Kommandantur in Schoppinitz zuzusenden.

Die Schandwirtschaft dauert an.

Eine neue Eingabe der deutschen Parteien und Gewerkschaften an die Ententevertreter führt zahllose neue Gewalttätigkeiten zur Verkräftigung folgender Forderungen:
 an:
 Wiedereinsetzung der geschlichen Behörden.
 Freihaltung der Ämter und der Polizei von Aufstandsteilnehmern.
 Durchführung der Entwaffnung, insbesondere durch Grenzsperrung gegen Waffenschmuggel.

Am Schlusse heißt es: Wenn Zusammenarbeit und bürgerliches Leben nicht anders gedeihen können als auf dem Fundament von Ordnung und Frieden, so gelten diese Voraussetzungen erst recht für die Abstimmungshandlung, die nach ihrer Natur die Gemüter besonders erregen wird. Wir wiederholen daher nochmals die oben aufgestellten Forderungen und verlangen, daß alle der hohen Interalliierten Kommission zu Gebote stehenden Mittel dafür eingesetzt werden, die Ruhe und Ordnung künftig zu sichern. Hierzu gehört die Ausweisungsbefugnis nach § 3 Abs. 6 der Anlage zu Artikel 88. Wir halten es für unabwieslich, daß in einem so tumultuarischen Lande, wie es Oberschlesien geworden ist, die Abstimmungspolizei hart da steht. Uns schwebt als Zahl das Eineinhalb- bis Zweifache der früheren Sicherheitspolizei vor.

Wir bitten um baldige Bildung und Einberufung des paritätischen Rates. Wir sind der Meinung, daß diesem das Abstimmungsreglement vor seiner Veröffentlichung vorgelegt und das Urteil ober-schlesischer Männer gehört werden muß über die vielfältigen Zweckmäßigkeitsfragen, die sich mit der großen unantastbaren Forderung einer Abstimmung über die politische Zugehörigkeit Oberschlesiens verknüpfen.

Auch Leon Bourgeois hat es abgelehnt. Frankreichs Präsident zu werden. Was soll der Völkerbundidealist auch gegenüber dem regierenden „nationalen Volk“? — Die Nationalversammlung (Kammer und Senat) tritt am 23. d. Mts. 2 Uhr zusammen.

Vorspiegelung falscher Tatsachen. Ungarn fährt die mitteleuropäische Zeit ein. Das wird Keinen über die asiatischen Kennzeichen dieses „christlichen“ Staates hinwegtäuschen!

Warum sucht die österreichische und bayerische Reaktion den Anschluss und ein einheitliches Deutschland zu verhindern? Aus demselben Grunde!

Die ungeliebten Parlamente, Ministerien und Verwaltungen, die der Bundesstaat und auch das heutige Zwischending zwischen Bundes- und Einheitsstaat braucht, führen zu einem Kräfte- und Geldverbrauch und zu einem Durcheinanderregieren, die vermieden werden müssen. Die staatliche Zersplitterung ist heute aber auch eine unendliche Gefahr für den Fortbestand des Reiches, denn die staatliche Selbstständigkeit einzelner Bundesstaaten erleichtert die Zersplitterungsbestrebungen, die von außen kommen. Sie hat der Bildung eines selbstbegründeten Nationalgefühls, das der beste Schutz für Deutschland ist, in breiten Schichten des Volkes im Wege gestanden.

Wollen wir den Einheitsstaat, so müssen wir uns über seinen Aufbau klar werden. Ein zentralistischer Staat, wie die französische Republik es ist, würde der Entwicklung und den Bedürfnissen des Deutschen Reiches nicht entsprechen. Wir brauchen einen Einheitsstaat mit weitgehender Selbstverwaltung der Provinzen. Gesetzgebung und Zentralverwaltung liegen beim Reich, die Ausführung bei den Provinzen. Als Beispiele können Finanz- und Eisenbahnen gelten. Hier haben wir Reichsgesetzgebung und Reichsverwaltung mit weitgehender Dezentralisierung der Verwaltung durch das Selbstverwaltungsrecht der Länder. Man könnte nun einwenden, daß es genüge, wenn die Reichsgesetzgebung den auf diesen Gebieten beschrittenen Weg weitergeht und auf diese Weise so schnell wie möglich zum Einheitsstaat führt, indem sie den Ländern immer mehr von ihrer staatlichen Selbstständigkeit, die ja schon heute unter der Gelehrtenkritik ist, nimmt. Aber die Frage ist auch eine Frage der Größe der Länder. Baden und Württemberg z. B. haben Größe und Einwohnerzahl, die für eine Reichsprovinz zweckmäßig ist; ganz anders aber liegen die Dinge bei Preußen. Hier ist der wahre Kern des Problems, denn Preußen ist so groß, daß, so lange es besteht, eine preussische Zentrale für 2/3 des Reiches neben der Reichszentrale bestehen wird. Und diese preussische Zentrale am Siege der Reichsregierung wird immer den süddeutschen Partikularismus herausfordern, und die Tendenz zum Einheitsstaat schwächen. Dazu kommt, daß bei nicht übereinstimmender Mehrheitsbildung das Reich und Preußen noch mehr gegeneinander regieren, sich stören und hemmen als sonst. Von der preussischen Mission in Deutschland kann man heute nicht mehr reden, denn der Bestand der deutschen Republik hängt von dem Willen aller ihrer Glieder ab.

Führt man innerhalb der Partei in der Behandlung dieser Frage fort wie bisher, so arbeitet man der Reaktion in die Hände. Deshalb ist eine halbige programmatische Festlegung notwendig. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß im preussischen Verfassungsentwurf dieses Problem umgangen wird. Ein Teil unserer Parteigenossen in Süddeutschland tritt für die Schaffung eines aus Baden, Württemberg, ja auch Hessens und der Rheinpfalz bestehenden süddeutschen Großstaates ein. Von dem badischen Minister Dietrich wird dazu mit Recht gesagt: „Hat nicht das Reich an dem Sechsmillionenstaat Bayern schon genug zu tragen? Braucht es noch einen zweiten derartigen Staat im Süden, der mehr als die heutigen kleineren Länder in der Verfassung wäre, eine eigene Politik zu machen? Die Länder sind heute nicht mehr viel anders als Reichsprovinzen, und wenn man ihnen eine selbständige Verwaltung im weitesten Umfange gibt, so wird man nicht nur die unsinnige Zentralisation in Berlin bekämpfen, sondern sie auch dahin bringen, daß sie sich mit der Eigenschaft als selbständige Provinzen zufrieden geben. Als Reichsprovinzen aber sind Baden und Württemberg groß und leistungsfähig genug.“

Am 11. August 1921 trat der Artikel 18 der Reichsverfassung in Kraft, nach dem eine neue Gliederung des Reichs und der Länder stattfinden kann. Diese neue Gliederung er-

folgt durch ein solches Reichsgesetz, wenn die unmittelbar beteiligten Länder zustimmen oder die Neubildung durch den Willen der Bevölkerung gefordert wird und ein überwiegendes Reichsinteresse sie erfordert. Ist das nicht der Fall, so kann die Aenderung durch ein verfassungsänderndes Reichsgesetz erfolgen. Diese Frage wird also sehr bald aufgerollt werden. Eine Kommission zu ihrer Beurteilung ist von der Regierung berufen worden. Sie wird aber im Rheinland schon jetzt zur Sprache kommen, und auch dafür müssen wir vorbereitet sein. Dort wird sich die ganze Bedeutung der Frage zeigen.

Aus all diesen Gründen ist es notwendig, daß der Parteitag Beschlüsse faßt, die eine einheitliche Politik der Partei in diesem Punkt gewährleisten.

Die Krise im Finanzministerium.

Die verfahrenere Besoldungsreform.

Aus Beamtenkreisen wird uns geschrieben:

Es ist richtig, daß die Krise im Finanzministerium wegen Differenzen in der Besoldungsreform entstanden ist. Diese Differenzen sind zum großen Teil die Folgen des schon viel erörterten Vorgehens einzelner Länder in der Besoldungsfrage. Zum nicht geringen Teil fällt aber die Schuld auf das Reichsfinanzministerium und den Minister Wirth selbst zurück. Er ist es gewesen, der das badische Besoldungsgesetz geschaffen hat, das weit über die Grenzen der Reichsbesoldungsordnung hinausgeht; und das Finanzministerium war es, das seine Beamten ohne jede Rücksicht auf andere Ressorts besonders günstig in die Besoldungsordnung einreichte. Das kann und wird nicht bestritten werden. Es ist nur zu verständlich, daß die Beamten der anderen Reichsverwaltungen, die für den Wiederaufbau Deutschlands mindestens ebenso wichtig sind wie die Finanzbeamten, das nicht ruhig hinnehmen.

Die Nachprüfung der Besoldungsordnung sollte diese Unterschiede ausgleichen. Da das Finanzministerium aber bezüglich seiner Beamten nicht nachgab, andererseits die berechtigten Ansprüche der Eisenbahn- und Postbeamten nicht anerkennen wollte, sind die tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den beteiligten Ressorts entstanden, die schließlich zur Krise führten. So kam es auch, daß dem Besoldungsausschuß als Unterlage für seine Verhandlungen ein sogenannter Referentenentwurf vorgelegt wurde, von dem das Finanzministerium selbst erklärte, daß er „die Privatarbeit eines Referenten“ darstellt. Natürlich konnte der Ausschuß auf dieser Grundlage nicht in die Verhandlungen eintreten und hat sich, nachdem die Vertreter des Post- und Eisenbahnministeriums ihren abweichenden Standpunkt in längeren Ausführungen dargelegt hatten, bis zum nächsten Sonnabend vertagt. Inzwischen sollen neue Verhandlungen zwischen den beteiligten Ministerien stattfinden, und in der Mitte nächster Woche stattfinden sollen Kabinettgespräche, die dann die Entscheidung über die Stellungnahme der Regierung zu den Forderungen der Beamten fällen.

Die gütliche Lösung der Krise dürfte also davon abhängen, ob bei den bevorstehenden Verhandlungen ein Ausgleich zwischen Reichsfinanzministerium einerseits und Post- und Eisenbahnministerium andererseits gefunden wird.

Uns will scheinen, daß die Geduld der Beamten nach den ihnen von der Regierung und dem Reichstag gemachten Zusagen auf eine harte Probe gestellt wird. Der Ausgleich zwischen den Besoldungsordnungen des Reiches und der Länder ist versprochen worden und wird deshalb auch durchgeführt werden müssen. Den berühmten „Hochmännern“ in der Reichsregierung dürfte es doch eigentlich nicht schwer fallen, diesen Knoten zu lösen. Oder müssen hierzu erst an Stelle der „Hochminister“ — „wirkliche Hochminister“ treten?

Wird Dr. Wirth gehen?

Die „Germania“ bezeichnet die Meldung vom Rücktritt des Reichsfinanzministers noch für verfrüht. Wie sie aus bestunterrichteter Quelle erfahren will,

„kann vom Vorliegen eines formellen Rücktrittsgesuches des Ministers gar nicht die Rede sein, vielmehr dürfte es sich nur um den Hinweis handeln, daß der Minister, wenn nicht gewisse Voraussetzungen erfüllt werden, die Verantwortung für sein schweres Amt nicht würde weiter tragen können. Es bliebe demnach mindestens abzuwarten, ob diese Voraussetzungen zu schaffen nicht versucht werden wird.“

Danach würde es sich also eher um ein Ultimatum des Reichsfinanzministers, als um seinen Rücktritt handeln, freilich um ein Ultimatum, das sehr leicht zum Rücktritt führen kann.

Erfolg „nationaler“ Hez.

Einspruch der Entente gegen die polizeiliche Neuorganisation.

Aus unterrichteten Kreisen wird den „F. F. N.“ mitgeteilt: Nach dem Diktat von Spa muß bekanntlich bis zum 22. September die Sicherheitspolizei in Preußen aufgelöst sein. Die Zahl der Polizeimannschaften und die Art der Bewaffnung wurden durch neue Vorschriften der Entente eng begrenzt. Seit längerer Zeit waren im Ministerium des Innern nach dem Plane des Ministerialrats Abegg die Pläne für die Neuorganisation der Polizei fertiggestellt. Der Pressesekretär, den die Reichspressen in verantwortungsvoller Weise gegen Ministerialrat Abegg geführt hat und das später gänzlich unbegründete Triumphgeschrei, als seien die Abegg'schen Pläne verworfen und die Wünsche der Rechtsparteien verwirklicht worden, hat nun dazu geführt, daß Vertreter der französischen Ueberwachungskommission im Auftrage des Generals Nollet mitgeteilt haben, die geplante Neuorganisation der preussischen Polizei würde von den Alliierten beanstandet werden. Im letzten Augenblicke haben daher die Organisationspläne völlig umgeworfen und auf eine neue Grundlage gestellt werden müssen. Insbesondere hat man darauf verzichtet müssen, die neue Polizei dem Oberpräsidenten zu unterstellen und hat zu der vor dem Kriege bestehenden, jetzt aber ganz ungewöhnlichen Oberleitung der Polizeibeamten durch die Regierungspräsidenten zurückgekehrt. Das preussische Ministerium des Innern hat heute der Interalliierten Ueberwachungskommission von der Auflösung der Sicherheitspolizei und der nunmehr nach ihrem Gebot erfolgten Neuorganisation Mitteilung machen lassen. In der Aussprache, die heute im Hauptsaal der Preussischen Landesversammlung über Polizeifragen stattfand, haben sich fast alle Redner dem Bedauern des Ministers Seoding angeschlossen, daß durch eine gewissenlose und falsche Presse wiederum der preussischen Verwaltung ein schwerer Schaden entstanden sei.

Die preussische Regierung hat zugleich der Interalliierten Ueberwachungskommission davon Mitteilung gemacht, daß sie die jetzt verworfenen Organisationspläne weiter verfolgen und nach erneuten Verhandlungen durchzuführen hofft.

Das Preussische Staatsministerium hat am Sonnabend seine prinzipielle Zustimmung zu dem Entwurfe über die Umgestaltung des Polizeiwesens in dem Umfange erteilt, wie es durch die mit der Entente getroffenen Vereinbarungen und die Herabsetzung der Stärke der Reichswehr geboten ist. Die Beschlußfassung über Einzelheiten ist einem späteren Termin vorbehalten worden.

Eugen Trager berichtet in der „Freiheit“ seine Angabe, daß die „Hamb. Bsp.“ die Moskauer Bedingungen erst nach der Zustimmung veröffentlicht habe. Sie hat sie tatsächlich wegen ihrer Schönheit zweimal abgedruckt. Da wir von Tragers Mitteilung Kenntnis nehmen, geben wir auch von der Richtigkeit der Semina.

Der Konjunktur-Gewinnler.

Ein heiteres Stücklein von Theodor Thomes.

In Leipzig streifen die Trambahnen. Draußen auf dem Platz tummeln sich Dutzende von Jungens, um die Zeit des Verkehrshaltens für sich zu nützen.

„Hörst du die Koffer tragen?“ so laut es wohl zehnmal in meinen Ohren. Nun, bis Connewitz ist fast eine Stunde und die Koffer sind un bequem.

„Wie ist denn die Lage, verehrter Freund?“ frage ich.

„Die weit wollste denn?“ Ich bestimme genau Ziel, Straße usw.

„Das kann ich so genau noch nicht sagen, mer wärn schon eentig wär.“

„Wo auf? Er nimmt den einen Koffer, ich den anderen. So gehen wir los.“

Mein Leipziger mußert mich währenddessen mit größter Aufmerksamkeit. Wüßlich — auf dem Königsplatz bleibt er stehen:

„Da hierher gehst es ohne Karl.“ sagt er und stellt den Koffer hin. Er dreht regelrecht.

„Warum denn grad bis hier mitten auf den Platz?“

„Na, des wech'st se ihm och nache, aber es geht eine Karl.“

„Gut, also von hier an beginnt die zweite Zone. Weiter denn!“

Wir marschieren wieder miteinander los. Vor dem Hotel „Deutsches Haus“ stoppt mein Dienstmann deustdingo:

„Jetzt wärstes guete, soll'st noch weiter tragen!“

„Schon zweie! Dies Stück war aber viel kleiner.“ wehre ich mich.

„Das glaub ich nicht, aber zweie Karl gehst es.“

„Dann auf zum dritten Bezirk!“

Der Kofferträger entschließt sich nur schwer, den Weg fortzusetzen. Am liebsten wäre es ihm, ich gäbe jetzt zwei Karl und läge die Last allein. Das sehe ich ihm an.

„Die uns Volkshaus gehst es vier Karl, und weiter derf ich nicht, sonst krieg ich Reile.“ geht er mir endlich.

„Na höre mal, das ist Expressum.“ sag ich ihm. „Du mußt mit bis Connewitz oder ich mach Krach.“

„Ich Nazi doch nicht.“

„Insinn, wieviel willst Du bis Connewitz?“

„Wenn's bis ans Connewitzer Reich mitgeh, sechs Karl.“ meint er.

Das ist ein Wert. Bis dahin ist es mindestens noch einmal so weit wie bis an das Volkshaus.

„Gut, mein Sohn. Die sechs Karl sind bewilligt. Nun aber auf! Das Geld kannst Du leicht verdienen.“

„Es kostet auch sechs Karl, das ist kein Pappenstiel.“

„Ja, aber de Droschkentuffler kriegen da 'nau och enne neie Tage.“

„Gut, ich geb Dir ein anfändiges Tringeld.“

„Wieviel denn?“

„Du sollst zufrieden sein.“ Er blide mich untraulich an, als meinte er, mir am Gesicht ablesen zu können, was ich unter „anfändig“ verhele.

Auf einmal, etwa noch zehn Minuten vor dem „Connewitzer Reich“, stellt er mir ein Ultimatum.

„Se genn' mir drei Karl Tringeld gähm, meense ni?“

„Ne, das mein ich nicht. Das ist mir zu viel.“

„Dann hau ich in Sa.“ sagt er und stellt den Koffer hin.

„Gähm se mir meine sechs Karl.“

„Hält mir nicht ein! Bis vors Haus für sechs Karl oder keinen roten Heller, das ist mir zu dumm.“

Ich will den Koffer selbst aufnehmen, er aber sagt wieder an.

„Ich will e'mal gutmütig bleim, egentlich is das n' scheene von Sie, so zu sein, aber die reiden Leit tunn sen immer so machen, Sie.“ Dabei schaut er mir voll ins Gesicht. „Mei Vater sagt, die Ausbeutelei hat halle ugehört, 's wärz amersch.“

„Mir ist nicht bange.“ gebe ich zurück. „Bis dahin bist Du reich und ich arm, wenn Du es so weiter machst.“

Nun sind wir vor dem Hause; ich gebe dem Keinen Leipziger noch sieben Karl.

„Fünfzig Minuten für sieben Karl, ist das nicht ein schöner Verdienst?“ frage ich ihn. . . . Ra, den Witz!

Er nimmt das Geld, vielmehr: er reißt es mir aus den Händen, rennt fort und schreit: „Steig mir den Kufel nuff, Du Aff!“ Dazu war ich nun freilich nicht in der Lage, aber der kleine Transportarbeiter hat mir doch Rätsel aufgegeben. Werdte er nicht innerhalb einer Stunde so ziemlich alle sozialistischen Kampfmittel an? Der kann es weit bringen, sagte ich mir. Wenn er so weiter macht, wird er sicher noch Zentralvorsteher der sozialistischen Transportarbeiter.

Was ein Gälchen werden will

Das Recht der Autoren. Minister Gammisch empfing gestern Abordnungen des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller und des Verbandes deutscher Erzähler. Die Erschienenen berichteten von der zunehmenden Epistensbedrohung des deutschen Schriftstellers und des Schriftstums. In solchen Zusammenhänge wurde auch eine grundsätzliche Aenderung des Urheber- und Verlagsrechts erörtert, dahingehend, daß das Recht der toten Autoren 30 Jahre nach dem Tode nicht in vollem Umfange der Allgemeinheit und den Einkünften des Buchhandels, vielmehr, wenn auch nur zu einem Teil, dem Staat bzw. einer Kulturkasse zur Unterhaltung notwendiger Urheber zuzufallen solle. Der Kultusminister zeigte großes Interesse für eine deutliche Klärung des Urheberrechts.

Dies Interesse teilen wir. Aber man möchte wünschen, es gäbe eine Sicherung, daß der Abtritt, den das Buchkapital sich gefallen lassen soll, nicht auf die Buchläufer abgewälzt wird und so die schon geschädigte Vorbereitung der Schätze unserer Literatur noch mehr erschwert.

Deutsches Opernhaus. „Alessandro Stradella“. Der Nord-anhänger, den der berühmte italienische Komponist des 17. Jahrhunderts durch das Wunder seiner Gesangskunst entzückt, ist das einzige Verhängnis, was wir aus seinem schließlich dennoch durch einen Dolch endenden Leben wissen. Es ist auch die einzige schmale Handlung in Plotows französisch-romanischer, hermiös orientierter, romantisch schwärmender Oper. Das Werk ist älter als all, aber nicht, aber auch Wagner kann die reizende und blühbare Overtüre, das Gebet und Liebeslied des Sängers, das Randlied und anderes nicht umbringen. Ein Werk, das gang und gar nur genießbar gemacht werden kann durch wirkliche Stars. Aber, ach! Unter diesem italienischen bloßen Himmel lang keine italienische Regie. Nur Herr Bötel bringt im ersten Akt noch sehr glanzvolle feine Köne heraus, fast aber später so kraftlos in sich zusammen und bleibt so unbeeinträchtigt am Spiel, daß man ihn wohl aus Krankheitsgründen verzeihen muß. Partellos bleibt Julia Caeser als Leonore, die immer weniger lernt, die Reizigkeiten ihres Soprans zu überwinden. Wirklicher Humor und wirklicher Spielopercharakter waren auf der Bühne, wenn die beiden unwiderstehlich komischen, schwachend singenden und grotesk tanzenden Panditen Randi und Berner vereint auftraten. Sie retteten gegenwärtig aus der Trodenheit herüber in das Land eines Erfolgs, an dem die flotte Regie d'Annals und die handwerklich tüchtige Leistung des Kapellmeisters Thierfelder teilnahmen.

Ein Buch Spielleber, das in der Kindergartenarbeit seit langem guten Ruf hat, hat der Verlag Hoffmann u. Campe jetzt in 18. Auflage herausgebracht. Es ist das Buch der Schwestern Nabeau, das vor einem halben Jahrhundert zuerst seinen Weg antrat. Der Geist Freibels hat ihm seinen Wert gegeben. Liebe und Sonne ist darin und soll in alles, was die Erziehung dem Kinde geben will, hineinstrahlen. Kindespiel ist Kindesarbeit, und so können Lieber, die dem Spiel freudig und sinnvoll angepaßt sind, bedeutungsvoll wirken. Der Verlag nennt das Buch jetzt „Arbeits-Spiele, Lieder und Verse“, und hat ihm freundlichen Bilderzettel alten Kinderstübchens gegeben; im übrigen sind die Spielbeschreibungen und Liednoten geblieben, wie sie sich als nützlich bewährt haben. Daß Arbeitermütter auf dies und jenes Lied verzichten werden, kann sich nicht zu einem Einwand gegen die Sammlung überhaupt auswachen. Ihre Reichhaltigkeit, die sehr vielen Kindern zu dienen weiß, ihr Ziel, Gemüt und Verstand zu nähren, wird auch weiterhin liegen. Das Buch kostet 6 Karl.

Wustl. Das erste Sonntagsonnageri des Wüstner-Dachers findet heute, abends 7 1/2 Uhr, im Wüstneraal statt. Dirigent: S. Wegrowitz.

Die Leipzig-Buchhändler versenden ihren weihnachtlichen Herbstbesuchungsbescheid.

Hamburg. Unter Einreichung eines Entwurfs zu einer Gewerbesteuerordnung an den Reichstag als Material wird beantragt, die Abgeordneten unserer Partei zu ersuchen, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, der die Durchführung dieser Steuerordnung ermöglicht.

5. badischer Landtagswahlkreis. Zur Befreiung der Arbeitslosigkeit ist in erster Linie die Bautätigkeit von Staat und Gemeinde in jeder Weise zu fördern unter gleichzeitiger Ausschaltung übermäßiger Unternehmergewinne. — Verhinderung des Abbruchs von Ziegeln und des Verkaufs industrieller Anlagen an das Ausland. — Die deutsche Ausfuhrindustrie, insbesondere soweit ihre Erzeugnisse zum Austausch von Lebensmitteln und Rohstoffen in Betracht kommen, ist vom Reich durch Gewährung von Darlehen zu unterstützen, damit die Ausfuhrindustrie, wenn möglich, voll beschäftigt werden kann.

3. badischer Landtagswahlkreis. Der Parteitag erhebt auf das schärfste Protest, daß bei Anwendung der Steuererlasse zuerst die erwerbsfähigen Schichten getroffen würden und bis heute Kapital und Besitz verschont geblieben sind. Auch die Erfassung der Vermögen fordert zum Protest heraus dank der reaktionären Besetzung der verantwortlichen Beamtenstellen. Die Werte an Liegenschaften und Betriebsvermögen sind auf ihrem tatsächlichen Stand eingeschätzt. Die heute noch gültigen Steuererlasse sind vor 15 bis 20 Jahren festgelegt worden. Wenn der Besitz mit der Angabe dieser niedrigen Werte fortfährt, hat der Staat in dieser Höhe bei allen geeigneten Objekten die Enteignung durchzuführen.

Um eine scharfe Bekämpfung der vermögenden Steuerhinterzieher herbeizuführen, sind besondere Steuergerichte mit geeigneten Sachverständigen und Beamten zu errichten. Den Gemeinden sind von Seiten des Reiches soziale Mittel zu überweisen, daß sie auch ihre sozialen und kulturellen Aufgaben erfüllen können.

3. badischer Landtagswahlkreis. Die heutige Parteikonferenz beauftragt die Genossen im Reichstag, mit aller Entschiedenheit für Verbesserungen im neuen Versorgungsrecht für Kriegsbeteiligte einzutreten und erwartet, daß auch der Parteitag sich dieser Frage warm annimmt.

München. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, dem Reichstag bei dessen Zusammentritt sofort einen Antrag zu unterbreiten, bedingend, daß das Staatsangehörigkeitsgesetz so gestaltet wird, daß den Deutschstämmigen, die in Deutschland ihren Wohnsitz haben, die Steuern und Abgaben entrichtet und einen ungetriebenen Raum zu besitzen, die Aufnahme in den deutschen Staatsverband erleichtert wird.

München. Die Reichstagsfraktion wolle beantragen, daß die Mittel für die Zwecke der Landesbildung, um die Arbeitslosigkeit zu senken, entsprechend erhöht werden.

München. Die außerordentliche Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins München ersucht die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, mit allem Nachdruck auf einer sozial gerechteren Regelung des Abzugs der Einkommensteuer zu bestehen.

Eine Staffellung bzw. Minderung des Prozentsatzes bei geringeren Einkommen muß unbedingt durchgeführt werden. Bei gestützter Arbeitszeit hat der Steuerabzug ganz zu unterbleiben.

Der Milliardenschaden, den die Reichsstaatskasse durch die unerschöpflich gebliebenen Verzinsungen der Steuern und des Zinseszinses über und die es dem Kapitalbesitz ermöglicht, mit den dem Staat zugehörigen Millionen die öffentliche Meinung zu launen und zu vergiften und reaktionäre Einrichtungen zu finanzieren, macht es der Reichstagsfraktion zur ernstesten Pflicht, sich für die rascheste Durchführung der Beschlüssen mit aller Kraft einzusetzen.

München. Die Reichstagsfraktion wolle veranlaßt werden, eine Gesetzesänderung in bezug auf die Gewinne der Industrie, des Handels und des Gewerbes herbeizuführen. Geschäftsbetriebe müssen auf Grund ihres Betriebskapitals überwacht werden, die erzielten Gewinne dürfen 15 bis 20 Proz. des Betriebskapitals nicht überschreiten. Erzielte Überschüsse sollen dem Staate und insbesondere den staatlichen Wohlfahrtsanstalten zugewiesen werden.

Ochsen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erkennt die Forderung des Verbandes der Arbeiterjugendvereine Deutschlands, schnellstens ein Reichsjugendgesetz im Sinne der von diesem Verband ausgearbeiteten Denkschrift zu schaffen, als vollberechtigt an. Ihre Vertreter in den einzelnen Parlamenten und Körperschaften müssen darauf hinarbeiten, daß umgehend diese berechtigte Forderung der Arbeiterjugend erfüllt wird.

Als besonders dringend wird die Schaffung des in der erwähnten Denkschrift geforderten Jugendgesetzes anerkannt.

Im Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sind unter Arbeiterjugendbewegungspredende Richtlinien für den Jugendschutz mit aufzunehmen.

Hamburg. Der Parteitag fordert die Reichstagsfraktion auf, den Entwurf des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Insbesondere ist eine Änderung des § 4 Absatz 3 nötig in dem Sinne, daß für alle hilfsbedürftigen Jugendlichen das Jugendamt und nicht erst der Ortsarbeitsrat einzutreten hat.

Hamburg. Der Parteitag nimmt Stellung zur Reorganisation der Reichsversicherungsordnung sowie zur neuen Reichsarmengesetzgebung und beauftragt die Reichstagsfraktion, mit aller Energie für folgende Forderungen der Arbeiterinsassen einzutreten:

1. Gleichstellung aller Invaliden und Hinterbliebenen in den Versorgungsfragen mit den Kriegsbeteiligten und Kriegshinterbliebenen. 2. Reichsgesetzliche Regelung der Erwerbsbeschränkungen und Erwerbsunfähigkeitsfrage unter Woblösung von der Armenpflege. 3. Errichtung von Reichs-, Landes- und Ortsfürsorgestellen der Arbeitslosen und Hinterbliebenen nach dem Muster der Kriegsbeteiligtenfürsorgestellen. 4. Schaffung eines Reichs für Arbeitslosenfürsorge im Reichsarbeitsministerium.

5. Wählerstimmungsrecht der Arbeitslosen und Hinterbliebenen bei allen Kommunalwahlen in Reich, Ländern und Gemeinden. 6. Eine einheitliche Arbeiterversicherung, die alle Arten der Versicherung umfaßt, wie Alters-, Invaliden-, Unfall-, Hinterbliebenen-, Kranken-, Angefallenen- und Erwerbslosenversicherung, Familienversicherung. 7. Wahl der Richter und Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu den Reichs- und Spruchkammern der Versicherungsämter, Oberversicherungsämter und des Landes- und Reichsversicherungsamts sowie den übrigen Behörden der Reichsversicherungsordnung nach dem jetzigen Reichstagswahlgesetz. 8. Beteiligung der Arbeitnehmer an der Geschäftsführung und Verwaltung der Reichsversicherung. 9. Aufhebung der prognostischen Festsetzung der Arbeitsunfähigkeit durch das Vorzeigutachten. Ein solches Gutachten kann nur unter Mitbeteiligung von Sachverständigen festgesetzt werden. 10. Der Weg von und nach der Arbeit ist verkehrsfrei. 11. Gewerkschaften und Berufsvereinigungen sind versicherungspflichtig. 12. Invalidität tritt erst bei 60% Proz. bei 50 Proz. Erwerbsunfähigkeit ein, wie bei der Arbeitslosenversicherung. 13. Den Arbeitern darf das Anrecht auf Invaliden- und Altersrente usw., welches durch das Ableben der dazu nötigen Anzahl Renten erworben wird, nicht verloren gehen, wenn sie in bestimmten Zeiträumen bei Arbeitsunfähigkeit nicht geleistet haben. 14. Allen Renten liegt der tatsächliche Verdienst zugrunde. 15. Bei den Versorgungsbehörden Trennung von Verwaltung und Rechtsprechung. 16. Das Recht auf Rente und Pension muß erweitert werden. 17. Douzerente ist Douzerente und nicht, wie heute, nur auf 2 Jahre festzusetzen. 18. Familienversicherung unter der Voraussetzung unbedingter Notwendigkeit nach dem Renten- und Invalidenversicherungsgesetz und im Anschluß an diese. 19. Ein getrennter Ausschuss der Renten mit den heutigen Lebensbedürfnissen für die Rentempfänger bis zu den ältesten Jahrgängen.

Hamburg. Der Parteitag wird ersucht, seine Aufmerksamkeit den Beamten- und Staatsangestelltenfragen zuzuwenden; insbesondere die Genossen im Reichstag und in den Parlamenten zu beauftragen, mit allen Kräften für die Befreiung der Rente von Steuern und miltären Beamten einzutreten. Ebenso ist auf eine baldige gesetzliche Befreiung der Beamtenauschüsse und Beamtenräte zu bringen.

Hamburg. In Erwägung, daß das Erbschaftsteuergesetz in der bestehenden Form nicht durchgehend in Anwendung gebracht werden kann, beauftragt der Parteitag die Fraktion, für die gesetzliche Einleitung von amtlichen Testamentvollstreckern einzutreten und weitergehend einen allgemeinen Testamentsschwang in Vorschlag zu bringen.

Hamburg. Die Fraktion wird beauftragt, von der Regierung scharfe Maßnahmen gegen den Bunder zu verlangen, um einer katastrophalen Ausbreitung des Volkswillens vorzubeugen.

Hamburg. Der Parteitag wolle beschließen: Die Fraktion hat dafür einzutreten, daß die gewerbmäßige sowie jede private und Vereinsstellenvermittlung teilslos, unter schwerster Geld- und Freiheitsstrafandrohung, durch Gesetz verboten wird.

Hamburg. Die Reichstagsfraktion und die Partei haben mit allen Mitteln die wirtschaftliche Anlehnung an Rußland zu erstreben.

Hamburg. Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, schnellstens die Revision des Entmündigungsverfahrens, das zur Zeit nicht mehr zeitgemäß ist, zu beibringen.

Hamburg. Der Parteitag wolle beschließen: Die Genossen der Reichstagsfraktion werden beauftragt, umgehend darauf hinzuwirken, daß durch reichsgesetzliche Regelung das Halten von Vorderellen und ähnlichen der gewerbmäßigen Unzucht dienenden Einrichtungen unmöglich gemacht wird. Als Ruffler könnte das Gesetz über die Bekämpfung der öffentlichen Unsitlichkeit und venereischen Ansteckung vom 11. Oktober 1906 in Dänemark gelten, dessen § 3 lautet:

„Es ist verboten, ein Vorderell zu halten. Derjenige, der dieses Verbot übertreut, wird mit Gefängnisstrafe, Zwangsarbeit oder Gefängnis bei gemindelter Befähigung bestraft.“

Eine derartige Bestimmung wäre höchstens zu verabschieden mit dem seit 10. März 1920 dem Reichsrat im Entwurf vorliegenden Gesetz über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Hamburg. Da bisher alle Besserungsbestrebungen zur durchgreifenden Hebung der Volksernährung und Erhaltung unserer Vertreter in den geschöpfenden Körperschaften angesichts der trostlosen Wirtschaftslage ein negatives Resultat erzielt haben, wird der Parteitag dringend ersucht, ausgiebige Stellung zu einer positiven durchgreifenden, dem erwerbsfähigen deutschen Volk so notwendigen Besserung, insbesondere der Kohlenversorgung, der Ernährung der zeitgemäßen Reform der Erwerbslosenfrage und produktiven Erwerbslosenfürsorge sowie der endlichen Verwirklichung der Arbeitslosenversicherung zu nehmen.

Hamburg. Der Parteitag fordert, daß unsere Genossen und Genossinnen in den wachsenden Kreisen der reaktionären Trödeln arbeiterfeindlicher Elemente rechtzeitig größere Beachtung schenken und energischer entgegenzutreten die bisher. Eventuell sind Lieberwachenstellen einzurichten und diese nicht nur mit Genossen, sondern auch mit geeigneten Genossinnen zu besetzen.

Hamburg. Die Partei hat die baldige Herausgabe eines zeitgemäßen Gesetzes für die Schiffahrt treibende Bevölkerung zu betreiben, da die gegenwärtigen Bestimmungen veraltet sind und in der Praxis außerordentlich hemmend wirken.

Hamburg. Entschlichung zur politischen Lage: Die Entwicklung der innerpolitischen Lage sowohl wie die Ereignisse in der auswärtigen Politik zwingen zur ernsthaften Prüfung der Frage, ob die Sozialdemokratische Partei weiterhin mit beschränktem Arment dem Verlauf der Dinge zusehen soll. Die Regierungsbildung seitens der bürgerlichen Parteien hat bewiesen, daß ihre Forderung nach Radikalismus nur Wahlpropaganda darstellt, und das Ergebnis der Verhandlungen in Spa zeigte selbst den Einheitslosigkeiten, daß auch die bürgerliche Regierung den Ententeblöcken gegenüber ebenso nachgeben mußte wie die frühere sogenannte sozialistische. In der inneren Politik, in der Ernährungsfrage ist um fähige Hände eingegriffen, die für die Zukunft das allerschlimmste für die minderbemittelte Bevölkerung befürchten lassen.

Bei dieser Sachlage hält der Parteitag ein baldiges energisches Eingreifen der sozialdemokratischen Fraktion für unbedingt erforderlich, wenn nicht anders möglich, auf dem Wege über baldige Reichswahlen zum Reichstag, von denen erwartet wird, daß aus ihnen eine arbeitsfähige sozialistische Regierung hervorgeht wird.

Ochsen. Die Familienunterstützung ist durch Reichsgesetz bei sämtlichen Kronenklassen einzuführen.

Das steuerfreie Existenzminimum ist auf das Doppelte zu erhöhen.

Die Frage der Erwerbslosenfürsorge in Verbindung mit dem Arbeitsnachweisgesetz ist als besonderer Punkt auf die Tagesordnung zu setzen.

Wetzlar. Die Kandidaten zu den Parlamenten sollen prozentual so verteilt werden, daß nicht die Akademiker den größten Teil der Sitze einnehmen; die Mehrzahl muß aus Arbeitern bestehen.

Die Wissenschaft hat uns bewiesen, daß sie nichts weiß; die Akademiker und Wissenschaftler tragen die Hauptschuld an der Zersplitterung der Arbeiterklasse.

Wetzlar. Doppelmandate sind unzulässig; das heißt, wer Mitglied einer Landesversammlung ist, kann als Reichstagskandidat nicht in Frage kommen.

Die Doppelmandate sind sofort zu beseitigen.

Augsburg. Der Parteitag beauftragt die sozialdemokratische Fraktion, die nun abgeschlossenen Arbeiten der Sozialisationskommission in einem Gesetzentwurf zusammenfassend dem Reichstag zuzuleiten. Als Grundlage den Vorschlag 1 (Minderheitsvorschlag) der Kommission zu nehmen, dabei zu beachten, daß jede Staatsbürokratie abgeschafft und nach kaufmännischen Grundsätzen verfahren wird. Alle Betriebsleiter sowie Angestellte sind auf Dienstvertrag anzustellen.

Augsburg. Der Parteitag möge beschließen, die Fraktion zu beauftragen, unterzöglich dahin zu wirken, da die Nationen der noch bewirtschafteten Lebensmittel erhöht werden, um so das Hamstern einzuschränken.

Die Erfassung geschieht einheitlich im ganzen Reichsgebiet nach Wohnort; bei der Ermittelung haben außer den Gemeindebehörden Vertreter der Bezirksbehörden unter Einfluß der Konsumenten mitzuwirken.

Um das Schieber- und Schleihändlerwesen wirksam zu bekämpfen, wird die Fraktion beauftragt, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, der bei Verfehlungen neben Justizstrafe die Konfiszierung des Vermögens nicht nur des Schiebers, sondern auch des Erzeugers vorseht. Reicht der Reichstag den Gesetzentwurf ab, so wird der Parteivorstand beauftragt, sofort ein Referendum zu beantragen und alle Vorbereitungen hierzu zu treffen.

Augsburg. Der Parteitag wird beauftragt, einen Gesetzentwurf zu verlangen, der die abschließende Heberführung der Arbeiter in Gemeinwirtschaft zum Zweck hat.

Augsburg. Der Parteitag beauftragt die Fraktion, auf das Reichswehrministerium mit allem Nachdruck einzumirken, daß die militärischen Gebäude, soweit sie nicht für militärische Zwecke dringend benötigt werden, für Wohnzwecke freigegeben werden.

Dresden-Land. Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, bei der Reichsregierung auf Schaffung eines Gesetzes hinzuwirken, daß der Zersplitterung im Krankenlasterwesen begegnet.

Dresden-Land. Der Parteitag wolle die Reichstagsfraktion beauftragen, die sofortige Schaffung eines Reichsrentengesetzes für alle Staatsbürger bei der Reichsregierung zu beantragen.

Dresden-Land. Der Parteitag wolle die Fraktion beauftragen, von der Regierung die Bereitstellung von Erziehungsstellen für alle Kinder unter Anlehnung an die Sätze der Kinderbeschlüsse, die Staats- und Gemeindebeamten gewährt werden, zu fordern.

Dresden-Land. Der Parteitag wolle beschließen: Die Vertreter unserer Partei in den Parlamenten und Regierungen werden beauftragt, mit allen Kräften für eine planmäßige Gestaltung unserer Volkswirtschaft einzutreten. Der Parteivorstand hat dem nächsten Parteitag, wenn bis dahin eine völlige Neugestaltung unserer Parteiprogramms nicht möglich ist, ein wirtschaftliches Aktionsprogramm vorzulegen, in dem die Grundzüge der Planwirtschaft aufgenommen sind.

Dresden-Land. Um einer weiteren Verschlechterung und Verelendung der unentbehrlichen Lebensmittel vorzubeugen, fordern wir vom Reichstag, daß er sich mit aller Entschiedenheit dafür einsetzt, daß unentbehrliche Nahrungsmittel, wie Brotgetreide, Gerste, Kartoffeln, Zucker, für Brenn- und Brauzwecke nicht freigegeben werden, solange die wertvolle Bevölkerung an diesen unentbehrlichen Nahrungsmitteln Mangel leidet.

Dresden-Land. Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion umgehend zu veranlassen, daß auf dem Verordnungswege baldigst oder durch beschleunigten Gesetzentwurf die Altersgrenze für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Reich, Staat und Gemeinden auf 80 Jahre herabgesetzt werde.

Dresden-Land. Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, im Reichstag sofort einen Antrag einzubringen, der die sofortige Entlassung derjenigen verantwortlichen Personen in der Reichswehr verlangt, welche in der letzten Zeit in der größtmöglichen Weise gegen die Verfassung und den republikanischen Geist verstoßen haben. In Zukunft sind ebenfalls gegen solche Personen die schärfsten Maßnahmen anzuwenden.

Magdeburg. Der Parteitag möge erwägen, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion aufzufordern, alle parlamentarischen Machtmittel zur Erwerbung der politischen Macht zu benutzen und eine Regierungsbildung anzustreben, in der die Sozialdemokratie vertreten ist. Nur in dem Mitwirken der Sozialdemokratie in der Regierung erhofft wir eine Gesundung unserer Verhältnisse.

Bochum. Der Parteitag wolle der Reichstagsfraktion der S. P. D. den Auftrag erteilen, gleich bei Beginn der Session des Reichstags den Initiativantrag einzubringen, den 9. November als Nationalfeiertag zu erheben.

Bremen. Der Parteitag möge beschließen, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, dahin zu wirken, daß bis zur Durchführung der Einheitschule für jugendliche Volksschülerinnen zwei Lehrgangsjahre eingeführt werden, deren Erledigung die Berechtigung zum Eintritt in soziale Bildungsinstitutionen, Abendkursen, Seminare und Seminare für Hauswirtschaftslehreinnen ermöglicht.

Brandenburg-Westhavelland. Der Parteitag möge beschließen, daß die Fraktion der Reichstagsabgeordneten unserer Partei geeignete Schritte unternimmt, um eine schnelle Sozialisierung des Seefischfangs und Seefischhandels herbeizuführen.

Jugend und Bildung.

Groß-Berlin. Der Parteitag empfiehlt den Parteivorstand, größeres Gewicht als bisher auf die Gewinnung der Arbeiter, insbesondere der Akademiker, für die Partei zu legen. Durch geeignete Maßnahmen, etwa durch Bildung von Werbevereinigungen, ist die Gewinnung der für die Verwirklichung des Sozialismus so notwendigen geistigen Arbeit zu fördern.

Groß-Berlin. Der Parteitag begrüßt die Bestrebungen der jungen Parteigenossen, von 18 bis 25 Jahren in vielen Orten des Reiches, die sich in besonderen Bildungsgemeinschaften innerhalb der Partei zu wahren Sozialisten erziehen wollen. Der Parteitag fordert die Parteigenossen, insbesondere die Bildungsausschüsse, die Bestrebungen der jungen Genossen nach Kräften zu fördern.

Groß-Berlin. Der Parteitag fordert diejenigen Parteigenossen, denen es nur irgend möglich ist, auf, nach dem Muster der „Hamburger Echo“ monatliche Jugendbeiräte herauszugeben, in denen Arbeiterjugend und Jungsozialisten zu Worte kommen.

Groß-Berlin. Der Parteitag möge beschließen, in den größeren Orten (Kreis) Parteischulen einzurichten, in denen neben den üblichen höheren Verwaltungstechnik im Staat und Kommuneverwaltungen gelehrt wird.

Brandenburg-Westhavelland. Der Parteitag wolle beschließen, die örtlichen Wahlvereine anzuweisen, die jungsozialistischen Vereinigungen in ihren Bestrebungen (auch finanziell) zu unterstützen.

Lübeck. Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Lübeck ersucht den Parteitag, sich mit der jungsozialistischen Bewegung zu befassen und ihre Förderung zu beschließen. Der parteipolitischen Weiterbildung der Parteimitglieder im Alter von 18 bis 25 Jahren ist besondere Wichtigkeit beizumessen.

Stade. Der Parteitag wolle beschließen, daß in jedem Bezirk eine einrichtete werden zwecks Ausbildung von Rednern.

Oderbrücke. Der Parteitag möge die Frage, ob nicht in einzelnen Parteibezirken Unterrichtskurse eingerichtet werden können, prüfen.

Mittweida. Der Parteitag wolle den Parteivorstand beauftragen, auf schnellstem Wege die Parteibildungskurse, wie sie im dem Jahre bestanden, wieder aufzunehmen und neu auszubauen.

Affenberg. Die Sozialdemokratische Partei wolle dahin wirken, daß unter allen Völkern neben der Muttersprache eine einheitliche Weltsprache in allen Schulen eingeführt wird.

Köthen. 1. Einführung der Simultanschule. 2. Die Einheitschule ist durchzuführen. 3. Der Rektor soll nicht so ipso iure Mitglied des Schulvorstands sein. 4. Der § 174 der Reichsverordnung muß eine Änderung erfahren. 5. Der Vorschlag im Schulvorstand führt ein Lehrer. 6. Die Volksschulklassen dürfen nicht stärker belastet sein als die höheren Schulen, wo in den oberen Klassen kaum 1 bis 20 Schüler auf eine Lehrkraft entfallen. Die Höchstzahl der Schüler soll nicht über 30 steigen. 7. In den Städten sind sämtliche Schulen den Volksschulen anzuschließen. (Prinzip der Einheitschule). 8. Der Fortbildungsschulunterricht ist für alle Knaben und Mädchen obligatorisch einzuführen. 9. An dem Schulhaltungunterricht haben alle Mädchen, einerlei, welche Schule sie besuchen und welchem Stande sie angehören, teilzunehmen. In allen Städten und Dörfern ist eine Hauswirtschaftsschule einzurichten, an der die Mädchen bis zum vollendeten 16. Lebensjahre teilnehmen müssen. 10. Sämtliche Lehrer der höheren und niederen Schulen erhalten die gleiche Ausbildung.

Bezirksamtsleiter Unter-Rhein. Sämtliche Geschichtswerke, mag es sich um deutsche oder preussische Geschichte, um die Geschichte der Literatur oder um die der Pädagogik und des Erziehungswezens handelt, sind vom einseitigen reaktionären, meist auch vom widerwärtigsten konfessionellen Standpunkte aus geschrieben. Es fehlen jene Werke, welche die geschichtlichen Zusammenhänge vom Standpunkte und Gesichtspunkte eines freidenkenden, sozialdemokratisch fühlenden und sozial geschulten Wissenschaftlers und Lehrers aus darstellen. Werke, aus denen alles Reaktionäre, Theokratische, Konfessionelle, Militaristische und Dynastische, einer Demokratie und Republik Widerstrebende entfernt bleibt, die nur das bringen, was der modernen geschichtlichen Kritik dienlich und geeignet ist, junge freimütige sozialdemokratische Menschen und Lehrer zu erziehen. Unser Antrag an den Parteitag geht daher dahin, daß: 1. geeignete Männer umfassender Bildung und freimütigen Geistes mit der Abfassung und Herstellung solcher Geschichtswerke beauftragt werden; 2. durch Bereitstellung von Mitteln jenen Männern Gelegenheit gegeben wird, genannte Werke ohne Sorge und Rücksichtnahme zu veröffentlichen; 3. ihnen die Drucklegung und weiteste Verbreitung ihrer Werke garantiert wird.

Barth. Der Parteitag möge prüfen, ob es angebracht ist, eine illustrierte Wochenzeitschrift, verbunden mit einer Wochenschrift, herauszugeben, um die bürgerlichen Unternehmungen dieser Art aus den Arbeiterkreisen zu entfernen und auf diese Weise besonders unter den Frauen agitatorisch zu wirken.

Reumünster. Der Parteitag beschließt, nach Möglichkeit Bezirksparteischulen nach dem Muster der alten Berliner Parteischule einzurichten.

Waldkappel. Der Parteitag wolle beschließen, die Fraktion der Preussischen Landesversammlung aufzufordern, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß die geplante Bildungsinstitution, wonach in der Volksschule auf 60 Schüler eine Lehrkraft vorgesehen ist, nicht zur Durchführung kommt. Ebenso hat sie ihren ganzen Einfluß dahin geltend zu machen, daß bei Besetzung der Posten der Schulaufsicht auch im weitesten Maße auf Personen mit sozialistischer Weltanschauung zurückgegriffen und das Elternratsgesetz im Sinne der sozialistischen Bestimmungen ausgearbeitet wird.

Bad Berka. 1. Der Parteitag wolle beschließen, daß die Regierung und die Gewerkschaften gemeinsam, in enger Zusammenarbeit

mit der Verteilung im Deutschen Reich Volkshochschulheime schaffen, ähnlich dem, wie es in Döschigader bei Reiningen besteht.

2. Die Gebäude für die Heime sollen beschafft werden, indem dem Reich durch Gesetz das Recht verliehen wird, Besitzern, die mehr als 4 Schläfer oder 4 größere Güter (über 1000 Morgen) ihr Eigen nennen, eine Befreiung zu erteilen, sofern keine Schenkung erfolgt. Eine Entschädigung an die Eigentümer soll nicht gewährt werden.

3. Die Unterhaltungskosten des Heims werden aufgebracht:

- a) Durch Schulgeld der Besucher;
- b) durch Mittel, die dadurch beschafft werden, daß von allen Dienern, die höher sind als 9 Prozent, 1/2 Prozent, von allen, die höher sind als 12 Prozent, 1 Prozent und von allen, die höher sind als 15 Prozent, 2 Prozent zugunsten der Heime einbehalten werden. Sollten diese Mittel nicht genügen, dann wären von allen Rinsen, die mehr als 20 Prozent betragen, 8 Prozent einbehalten.

4. Die nötigen Bücher erhalten ihren Grundbestand an Büchern dadurch, daß alle Verlage verpflichtet werden, an jedes Heim ein Freieremplar der gewünschten Bücher zu liefern.

5. Die Besucher sind jugendliche Arbeiter, die einen sechsmonatigen Kursus im Volkshochschulheim durchmachen. Von der jugendliche Arbeiter aus berechtigten Gründen nicht die Mittel, so demzufolge ihm die Gewerkschaft eine Freistelle. Der Arbeitgeber hat den jugendlichen Arbeiter zu beurlauben, d. h. er hat ihn nach beendeten Kursus wieder einzustellen. Der Antrag auf Wiedereinstellung muß spätestens 8 Wochen nach Kursusabschluss gestellt werden.

6. Jedes Gewerkschaftsmitglied (Ortsmitglied) wird Mitglied eines Volkshochschulheimes.

7. Es sollen zunächst 100 Volkshochschulheime geschaffen werden. Für den Sozialdemokratischen Wahlverein Bad Berka Der Vorsitzende: Max Stadel.

Sonneberg (S.-M.). Jede wirkliche Internationale, jede wirkliche Verständigung verschiedener Völker ist und bleibt unmöglich, solange die Menschen keine gemeinsame Sprache sprechen, solange sie nur durch Dolmetscher miteinander reden können.

Der Parteitag wählt daher eine Kommission, die unterzucht in Verbindung mit den sozialistischen Parteien der anderen Länder untersucht, inwiefern eine gemeinsame Weltsprache (Esperanto) in den Dienst der sozialistischen Internationale gestellt werden kann.

Lauchburg a. d. Elbe. Der Parteitag wolle unsere Abgeordneten in der Preussischen Landesversammlung auffordern, mit allen Mitteln und mit aller Schärfe den § 42 des Entwurfs des Volksschullehrer-Dienstverordnungs-Gesetzes zu bekämpfen, welcher für je 60 Schüler nur eine Lehrkraft vorsieht und nur 1/4 der persönlichen Schulstellen zusätzlich 100 Mark Besoldungsgeld für jeden Schüler auf die Staatskasse übernehmen will, während die Schulgemeinden den übrigen Teil der Unterhaltungskosten aus eigenen Mitteln aufbringen sollen. Diese Vorlage bedeutet den Tod der deutschen Volksschule.

Lauchburg a. d. E. Der Parteitag wolle beschließen, bei der preussischen Regierung darauf hinzuwirken, daß bei der durch die Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht notwendig gewordenen Neubesetzung der Schulaufsichtsbeamtenstellen mehr als bisher Vertreter der sozialistischen Weltanschauung berücksichtigt werden.

Platzort. Der Parteitag möge Mittel und Wege finden, um den Mitgliedern der S.P.D. durch Literatur und Vorträge und Einführung von besonderen Kursen zu ermöglichen, das Verständnis für Volkswirtschaft und Kommunalpolitik zu fördern.

5. **Unterbezirk Ostfalen.** Der Gründung von Gruppen der Jugendsozialisten ist größte Aufmerksamkeit zu widmen. In allen Orten, in denen Gruppen der S.P.D. bestehen, müssen den Verhältnissen entsprechend Einrichtungen getroffen werden, welche die Aufgabe haben, die jugendlichen Parteigenossen und -genossinnen durch Vorträge, Veranstaltungen usw. zu überzeugten Sozialisten heranzubilden und an die Partei zu fesseln.

München. Der Parteitag wolle beschließen: Den Bestrebungen der Jungsozialisten ist größte Aufmerksamkeit zu widmen. Die Bildung jungsozialistischer Arbeitsgemeinschaften ist auf der Grundlage weitgehendster Selbstständigkeit derselben zu fördern.

Diese schließen sich im Reich zentral zusammen. Als vorläufiges Organ der Jungsozialisten wird die „Arbeiter-Bildung“ bestimmt.

Bericht vom Internationalen sozialistischen Kongress.

Ostpreußen und Ruppin. Der Unterbezirksrat für Ostpreußen und Ruppin mißbilligt die auf der Genfer Konferenz angenommene Resolution, in der der deutschen Sozialdemokratie der Vorwurf gemacht wird, nicht frühzeitig und scharf genug das militaristische System bekämpft zu haben. Der Unterbezirk ist im Gegenteil der Ansicht, daß die deutsche Sozialdemokratie in dieser Beziehung stets ihre Pflicht getan hat.

Hamburg. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, in sorgfältiger und energischer Weise die in Genf wieder angeknüpften internationalen Beziehungen auszubauen, ganz besonders aber sein Augenmerk auf ein gut funktionierendes internationales Nachrichten- und Informationsbureau zu lenken.

Hamburg. Dem nächsten Internationalen Sozialistenkongress ist ein Antrag auf Errichtung eines Internationalen Presse- und Propagandabureaus zur schleunigen Ausführung zu unterbreiten. Zweck Festigung der internationalen Beziehungen zwischen die sozialdemokratischen Parteien der einzelnen Länder zu gegenseitiger Berichterstattung Genossen und Genossinnen aus, die zur besseren Überwindung der Isolationstendenzen am zweckmäßigsten von dem gastgebenden Lande zu unterhalten sind.

Hamburg: Entschliessung. Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie stellt sich auf den Boden der Beschlüsse des Internationalen Sozialistenkongresses in Genf am 31. Juli 1920.

Der Parteitag begrüßt es mit Genugtuung, daß der Kongress in Genf entgegen dem Vertrage von Versailles das freie Selbstbestimmungsrecht der Völker als einzige Grundlage des Friedens bezeichnet, und daß er vom Völkerverbund erwartet, daß dieser die Landesgrenzen, die durch den Vertrag von Versailles künstlich festgesetzt sind, durch Grenzen ersetzen wird, die den frei ausgesprochenen Wünschen der Völker entsprechen. Ferner begrüßt es

den Parteitag, daß der Kongress den Charakter des Versailler Friedensvertrages als einseitig und somit als ein Diktat der Sieger bezeichnet, das dem Geist des Imperialismus erfüllt ist und den besiegten Völkern unerträgliche Lasten auferlegt, das weiter den Militarismus der Siegerstaaten unterstützt und allmächtig läßt, die Verteilung verschiedener Teile der Erde zu ausschließlichen Nutzen der Kapitalisten der Siegerstaaten regelt und in seinem ganzen Inhalt und Geist dem Frieden nicht dient, sondern den Zustand der Unsicherheit und Verunsicherung beläßt.

Inbesonderem ist über Deutschland eine wirtschaftliche Krise herabgebrochen, die erschreckend deutlich zeigt, daß der Vertrag von Versailles weit schlimmeres ist, als ein einseitiges Diktat. Der Vertrag ist jetzt bereits die vollendete Lähmung Deutschlands in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Beziehung.

Hunderttausende deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen sind völlig erwerbslos, andere Hunderttausende arbeiten in halben und drittel Schichten. Millionen Frauen und Kinder darben, degenerieren und verkommen mit ihren Männern in dem Elend, das nach den Schrecknissen des Krieges nun der Vertrag von Versailles über sie gebracht hat. Die Kaufkraft des deutschen Volkes ist zusammengebrochen. Millionen Arme wissen nicht, wie sie sich kleiden, wie sie Familien gründen, wie sie sich nähren sollen. Dazu ruht auf allen Deutschen das dumpfe Bewußtsein der Ohnmacht und Entwürdigung. Vor allen Dingen ist allein das deutsche Volk des Selbstbestimmungsrechts entkleidet worden, durch Nachdruck sind Deutsche millionenweise ohne Befragung unter polnische, tschechoslowakische und italienische Fremdherrschaft gezwungen worden. Und durch Nachdruck wird den Deutschen Österreich unterworfen, sich mit der Republik Deutschland zu vereinigen. Tausendfach verliert der Vertrag von Versailles gegen die Grundsätze der Menschlichkeit, die zugleich Grundsätze des internationalen Sozialismus sind.

Die deutsche Sozialdemokratie wirft mit ihrem ganzen Einfluß rückhaltlos für die Erfüllung geschlossener Verträge, aber sie hält es auch für ihre heiligste Pflicht, Verträge, die am Ende den Zusammenbruch Deutschlands bedeuten, ebenso rückhaltlos zu charakterisieren. Die deutsche Sozialdemokratie will jede schwere Last an der Wiedergutmachung des schrecklichen Krieges mittragen, aber es wäre widersinnig, zu schweigen, wenn die Last ertönd wirkt.

Gestützt auf die Genfer Beschlüsse, wendet sich darum der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie an die Sozialisten aller Länder, besonders an die sozialistischen Brüder und Schwestern Englands, Frankreichs, Italiens und Belgiens:

Verleiht mit aller Kraft dem deutschen Volke zur Gleichberechtigung mit andern Völkern, heißt, daß die Deutschen Bestreben, Botschaft, Tschechoslowakiens und Litows nachträglich über ihr Schicksal selbst bestimmen können. Verleiht dem deutsch-österreichischen Volke zum Selbstbestimmungsrecht über sein nationales Schicksal. Behütet die deutschen Proletarier, auf denen am Ende alle Arbeit, und Gelasteten ruhen, vor völligem Zusammenbruch und vor völliger Verelendung und Verweisung, indem ihr in euren Ländern mächtig die Stimme der Menschlichkeit und des Vorkriegs nach wirklichem Völkerrfrieden erteilt, und mit heiligem Solidaritätsgefühl für die Anerkennung des Versailler Vertrages nach den Grundsätzen des Selbstbestimmungsrechts der Völker und für die Milderung der Lasten des deutschen Volkes wirkt und kämpft.

Sozialisten aller Länder! Der Vertrag von Versailles verleiht die heilige Sache des Sozialismus überall, indem er sie gegen ein Volk verleiht. Der Vertrag von Versailles verwundet den in der ganzen Welt aufstrebenden Sozialismus überall, indem er ihn durch die Verarmung und Verelendung des sozialistischen Proletariats in Deutschland tödlich schlägt. Durch die Tat müßt ihr darum zeigen, daß die sozialistische Solidarität mächtig ist und siegreich über den kapitalistischen Imperialismus zu triumphieren vermag.

München. Der Parteitag wolle beschließen: Die deutsche Sozialdemokratie beantragt beim Internationalen Sozialistischen Bureau den sofortigen Austausch von Parteigenossen der Länder, die als Bevollmächtigte ihrer Landesparteien tätig sind und gemeinsame Hilfsaktionen fördern.

Die Wohnungsfrage.

Groß-Berlin. Der Parteitag wolle beschließen: Zur Behebung der Wohnungsnot ist in den Parlamenten die Sozialisierung der Bautätigkeit und der Baustoffindustrie zu fördern; die Mittel zu deren Durchführung sind durch das Reich bereitzustellen.

Brandenburg-Westpreußen. Die vom Reichsarbeitsministerium zur Behebung der Wohnungsnot vorgeschlagene allgemeine Mietsteuer wird wegen ihres unsozialen Charakters abgelehnt. Eine durchgreifende Besserung auf dem Gebiet des Wohnungswesens verpricht nur die Sozialisierung der Baustoffe liefern der Industrie. Ein wertvoller Beitrag zu dem dem Staat durch eine großzügige Wohn- und Siedlungspolitik entstehenden Kosten ist die Wohnungssteuer, die alle diejenigen Räume steuerlich erfassen soll, die der Bewohner von Wohnräumen über seinen Wohnungsbedarf hinaus bewohnt. Im Garten vorzugeben, soll die Steuer nicht oder wesentlich geringer erhoben werden bei Personen mit einem Einkommen bis zu 15 000 M. jährlich. Die Wohnungssteuer ist nicht als Gemeindesteuer, sondern als Reichsteuer zu erheben und in einer Reichsbaukasse zu sammeln. Mit ihrer Hilfe soll das Reich die Bau- und Siedlungstätigkeit beleben, wo Wohnungsbauten notwendig und zugleich genügend Arbeitsmöglichkeiten für die bei neuen Wohnungen Beschäftigten bestehen. Der Parteitag wolle beschließen, die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages zu ersuchen, den vorliegenden Antrag gesetzgeberisch zu verwerten.

Groß-Stettin. Die ungeheure Wichtigkeit der Wohnungsfrage für die gesamte Bevölkerung macht es zur zwingenden Notwendigkeit, daß die Partei und ihre Vertretungen in den gesetzgebenden Körperschaften und Kommunen der Frage ihre Aufmerksamkeit und Kraft zuwenden. Dabei muß gefordert werden, daß die weitgehendsten Mittel des Staats und der Gemeinden angewandt werden, um der Wohnungsnot zu steuern und den Wohnungsbau zu fördern.

Es ist bekannt, daß vielfach viele Hiegeleien auf Abruch verkauft worden sind. Dem muß mit staatlichen Mitteln entgegengetreten werden. Die sozialdemokratischen Fraktionen des geles-

geben Körperschaften müssen fordern, daß auf gesetzlichem Wege und durch Staatsmittel Hiegeleien modernisiert und produktionsfähig gemacht werden, um so durch eine vermehrte Produktion der Baustoffe einen beschleunigten Wohnungsbau zu ermöglichen.

Der Parteivorstand muß daher für die einzelnen Landesstellen des Deutschen Reiches Konferenzen mit den sozialdemokratischen Kommunalvertretern aus den verschiedenen Bezirken abhalten, um ein einheitliches Vorgehen in der Wohnungsfrage vorzubereiten.

Leipzig. Der Parteitag wolle die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei ersuchen, nachstehende Forderungen der Reichstagsfraktion zu unterbreiten und im Reichstag mit Nachdruck zu vertreten:

1. Die in erster Linie notwendigen Rohstoffe wie Holz, Steine, Zement und Eisen durch das Reich sichergestellt zu werden.

2. Alle verfügbaren Gelder, die in der Arbeiterversicherung aufgeschichtet sind, sofort für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen.

3. Aufnahmen von Zwangsanleihen vorzunehmen, die ausschließlich nur für den Wohnungsbau verwendet werden dürfen.

Ostfalen und Dresden-Land. Antrag des S. L. D. aller Gemeindefraktionen und Staatsparlamente werden beauftragt, den außerordentlich schlechten Wohnverhältnissen und der dadurch bedingten großen Arbeitslosigkeit des Bauwesens ihr ganz besonderes Augenmerk zu schenken und schnellstens alle Schritte zu unternehmen, die geeignet sind, die bestehende Wohnungslage zu beheben. Sie haben deshalb auch mit aller Energie darauf hinzuwirken, daß die Sozialisierung der Baustoff-erzeugenden Industrie endlich durchgeführt wird und daß die von den Bauarbeitern gegründeten Produktionsgenossenschaften für das Baugewerbe die größtmögliche Unterstützung erfahren: a) in finanzieller Natur, b) bei Vergabe von Arbeiten.

Dresden-Land. Der Parteitag wolle beschließen: Die Vertreter der Partei in den Regierungen und Volksvertretungen werden beauftragt, mit allen Kräften dafür einzutreten, daß im kommenden Jahr ausreichende Mittel für Baustoffenbeschaffung zur Verfügung gestellt werden, damit der Wohnungsbau in möglichst großem Umfang in Angriff genommen werden kann.

Hamburg. Durch Schaffung eines besonderen Reichswohnungsamts als oberste Instanz sowie Einführung von Obermieteinsparungsämtern als Nebeneinrichtungen der Mieteinsparungsämter eine einheitliche reichsweite Regelung und Rechtsprechung auf allen Gebieten der jetzt sehr im Auge liegenden Wohnungs- und Mietfragen im gesamten Deutschen Reich herbeizuführen. Ebenso die gleiche Durchführung einer zeitgemäßen, lediglich dem Allgemeinwohl dienenden Boden- und Grundreform mit allem Nachdruck zu fordern.

Hamburg. Der Parteitag 1920 in Kassel beschließt, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu beauftragen, umgehend nachstehenden Antrag dem Reichstage als Gesetzvorlage zu legen zu lassen: 1. Alles 1914 im Kulturkampf, d. h. in Nutzung und landwirtschaftlicher Bearbeitung gewesene Land, das aber 1920 nicht mehr in Nutzung und landwirtschaftlicher Bearbeitung stand, der Zwangsversteigerung, gegebenenfalls durch Enteignung, zufließen zu lassen. 2. Alle in Privatbesitz befindlichen kulturfähigen Liegenschaften zu enteignen und den Siedlungsgenossenschaften respektive Vereinen sowie auch an private Personen, soweit selbige sich verpflichten, die landwirtschaftliche Bewirtschaftung und Nutzung vorzunehmen, zu möglichem Fiskus in Erbpacht zu überweisen.

Weiter wolle die Reichstagsfraktion dem Reichstage nachstehende Gesetzvorlagen zu legen lassen: „Bei allen Veräußerungen und Verleihen von Grundstücken, gleichgültig, ob mit Wohnhäusern bebaut oder in landwirtschaftliche Kultur genommen, erhält der Staat das Vorkaufrecht. Jeglicher unerwarteter Wertzuwachs, der sich bei Verleihen für den Verkäufer ergibt, ist von den Landesfinanzämtern einzuziehen.“

Hamburg. Die sozialdemokratischen Fraktionen der Parlamente werden beauftragt, nachdrücklich dafür einzutreten, daß die frühere fürstlichen Schlösser in bedeutend höherem Maße als bisher in Anspruch genommen werden als Wohnhäuser oder als Heime für erholungsbedürftige Kinder.

5. **Sächsischer Landtagswahlkreis.** Im Grund und Boden in den Besitz der Allgemeinheit zu bringen, sind alle Mittel und Wege anzuwenden, daß Gesetze erlassen werden, die Staat und Gemeinde das Vorkaufrecht sichern unter gleichzeitiger Ausschaltung übermäßiger Gewinne des Verkäufers, und zwar auf der Grundlage und im Wege des Ausbaues des in Baden bestehenden Grundstättengesetzes.

Westfalen. Die Wohnungsnot fordert mit gebieterischer Gewalt energische Schritte zur Abhilfe. Der Ortsverein Reifernich stellt daher den Antrag an den Parteitag, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei der Regierung die Schaffung örtlicher Mieteinsparungskämter beantragt, die sich wie folgt zusammensetzen: 1. aus einem von allen wahlberechtigten Bürgern zu wählenden nichtjuristischen Vorsitzenden, 2. aus zwei von den Mietern und Vermietern zu wählenden Beisitzern. Wegen die Entscheidung dieser Kammer ist eine Berufung nur dann zulässig, wenn das Urteil grobe Verstöße gegen gesetzliche Bestimmungen aufweist. Die Urteile bedürfen der einfachen Bestätigung der höheren Mieteinsparungskämter.

Karlsruhe. Zur Verminderung der Wohnungsnot ist eine weit schärfere Rationierung der Wohnungen durchzuführen. Zur Kontrolle sind bei den Wohnungskontrollen Kontrollen aus Arbeiter- und Beamtenorganisationen heranzuziehen.

Bezirksverband Franken. Die sozialdemokratische Partei hat mit allen Mitteln die Sozialisierung des gesamten Bauwesens herbeizuführen und die Sozialisierungsbestrebungen des Bauarbeiterverbandes zu unterstützen. Es erscheint dies als einzige Möglichkeit, die Wohnungsnot zu beheben.

Stuttgart. Der Parteitag wolle sich den Bestrebungen und Beschlüssen des Deutschen Bauarbeiterverbandes zur Behebung der Wohnungsnot anschließen.

Stuttgart. Der Parteitag wolle eine Resolution beschließen, welche eine Regelung der Mietsteuer verlangt, derart, daß Wohnungen, die ihrer Größe und bei in Frage kommenden Personenzahl nach richtig aufgeführt werden und den normalen Bedarf nicht überschreiten, von der Mietsteuer befreit werden. Dagegen sollen nicht genügend ausgenutzte Wohnungen (Lugawohnungen) besonders scharf herangezogen werden.

(Schluß in der 4. Beilage.)

Sil

macht die Wäsche frisch und dultig.
Bestes
Wasch- und Bleichmittel

Reinigt und bleicht ohne Reiben, nur durch einmaliges 1/2stündiges Kochen. Ein Paket kostet nur Mk. 2.— und reicht für 60 bis 70 Liter Lauge.

Überall käuflich.

Henkel & Cie., Düsseldorf
Fabrikanten von Henkels Bleich-Soda.

Raucher dank!!

Das sicherste Mittel, das Rauchen ganz od. teilw. einzustellen. Wirk. verbührend. Auskunft ums Institut Angbrocht, München R4, Kapuzinerstr. 9

Möbel

zum Großverkauf bis auf an Privat. — Kleinstauswahl.

Schloß, 1698—1878 M.
Speise, 1719—1870 M.
Herren, 1735—1745 M.
Wohnz., 875—890 M.
Rüben, 445—590 M.

Lieferung frei. Verpackung kostenfrei. 10jähr. Garantie.

Möbel-Haus Rejowake
Berlin, Dabitz. 68

Nur 15 Mark monatlich

Wilhelm Lipp-Album

Inhalt: Die fromme Helene / Abenteuer eines Junggesellen / Kypas, der Affe / Herr und Dienstmagd / Puder zur Jagd / Der Geburtstag oder die Partikularen / Bildsam / Bildsam / Peter Riesel / Vater Glucius / Wilhelm Buchs Selbstbiographie und Porträt / Der Bildsam.

Neues Wilhelm Lipp-Album

einen Gesamtumfang von 496 Seiten mit über 1500 schwarzen und farbigen Abbildungen, außerdem 8 Bänden in Wort- und Bildform und eine halbkreisförmige Bildsammlung von 20 Bänden. — Bildsamgeb. geb. 120.—, einzeln. Teuerungszuschlag 7 Mark 50 Pf.

Das neue Wilhelm-Lipp-Album, das bereits in über 100 000 Exemplaren verkauft ist und sich in Form und Ausstattung an den „Summum“ anschließt, hat sich in den letzten drei Jahren in über 100 000 Exemplaren verkauft. — Bildsamgeb. geb. 120.—, einzeln. Teuerungszuschlag 7 Mark 50 Pf.

Das Wilhelm-Lipp-Album ist es, dem die leuchtende Menschheit die köstlichen Stunden verleiht. Es ist die Zahl seiner Teile, die in den höchsten Seculargedanken übergegangen u. zu größter Begeisterung geworden sind.

Karl Bloch, Buchhdlg., Berlin SW 68, Kochstr. 9 / Postfach. 20 748.

Bestellschein.

Kustschiden u. 16-17. Markt Frankfurt in offenem Briefumschlag

Ich bestelle hiermit laut Angabe im „Bestellschein“ bei der Buchhdlg. Karl Bloch, Berlin SW 68, Kochstr. 9:

Wilhelm Lipp-Album
Neues Wilhelm-Lipp-Album
geb. 120 M.
einzeln. Teuerungszuschlag gegen Monatsabgaben von 15 M. für jede von beiden Sammlungen oder 25 M. monatlich für beide Sammlungen zusammen.
Erhaltungsort Berlin.

Ort, Post
Name
Stand

Groß-Berlin

Anfechtung der Groß-Berliner Wahlen?

Eine Anzahl Wähler der Deutschen Volkspartei hat bekanntlich die Gültigkeit der Stadtverordnetenwahl vom 20. Juni angefochten, weil nach der Wahl 4081 Stimmen durch den Wahlschuss und den Wahlkommissar für ungültig erklärt wurden, da die Wahlzettel den Vermerk über verschiedene Wahlbezirke enthielten.

Diese Aktion der Deutschen Volkspartei ist so durchsichtig, wie all der andere Krawall, der von dem gesamten Bürgerium um Groß-Berlin inszeniert wird. Man will die Annullierung der Wahlen erstreben und möglichst bald zu Neuwahlen kommen.

Die Anträge der Reichsparteien und des Jentzums im Landtag, der Proteststimm gegen Dr. Löwenstein und die Anfechtung der Stadtverordnetenwahl, alles das sind Glieder zu der Kette, mit der man Groß-Berlin fesseln will.

Die 13. Gruppe des Wahlvereins Charlottenburg nahm nach Referaten über Steuer- und kommunale Fragen folgende Resolution an:

Die Parteileitung wird dringend ersucht, sofort Aktionen gegen die Absichten der bürgerlichen Parteien, das Gesetz über Groß-Berlin aufzuheben oder abzuändern, einzuleiten.

Um den Verkehrsdezernenten.

Eine Versammlung der Gesamtfunktionäre sämtlicher Verkehrsbetriebe Groß-Berlins nahm gegen den vom 25er-Ausschuss zum künftigen Dezernenten des Verkehrs wies vorgeschlagenen Professor Dr. Giese Stellung.

Und will scheinen, daß das gegen Professor Giese gefällte Urteil sehr übertrieben ist. Als vor Wochen die Kandidatur Gieses aufkaufte, wurde von vertrauenswürdiger Seite erklärt, daß Dr. Giese gerade bei Verhandlungen mit den Arbeitern

Das Licht der Heimat.

Von August Hinrichs.

Der Herbstwind wehte über die Felder, die kalt und traurig unter den Stoppeln lagen.

Es war schmerzhaft gewesen, hinauszusehen, als das Korn so schlecht stand, aber jetzt, da alles abgeerntet und leer war, war es noch schmerzlicher.

Die großen Krähen schwebten über den Aekern und lauerten auf die Feldmäute, die sich zwischen den Stoppeln an dem ausgefallenen Korn sattfräßen — die einzigen, die eine reiche Ernte hatten.

Meta ging über die Diele und sah, daß Dietrich Brennholz aufstapelte. Zwischen zwei Pfosten, an denen das Vieh sonst gestanden hatte, baute er es auf, daß der ganze Raum wie mit einer Mauer ausgefüllt wurde.

„Willst du es nicht lieber nach draußen bringen, damit es austrocknen kann?“ fragte sie ihn. Aber er schüttelte stumm den Kopf. „Hier kann es aber nicht liegen bleiben.“

Und plötzlich verstand sie ihn. Hier hatte das weißbunte Kuhkalb gestanden, das seiner Pflege anvertraut gewesen war. Unermüdet hatte er dafür gekämpft, und sie hatten immer gesagt, daß es aufgezogen werden sollte.

Da ließ sie ihn gewähren und sah zu, wie er den leeren Stand ausmauerte, weil er den Anblick nicht ertragen konnte.

Und es kam ihr zum Bewußtsein, wie unmensächlich hart es eigentlich war, hier nur für das nackte Leben zu fronen und immer tiefer und tiefer zu sinken.

200 Millionen für Notstandsarbeiten. Die große gemischte Deputation von Berlin hat unter Beteiligung der Vertreter der Nachbargemeinden beschlossen, den Betrag von 200 Millionen Mark für Notstandsarbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bereitzustellen.

S. P. D.-Funktionäre! Dienstag, 6 Uhr, im Pakenhofer Ausschank (Vollbrauerei), Fildienstr. 2/3: Allgemeine Konferenz sämtlicher Funktionäre der S. P. D. Tagesordnung: Bericht vom Internationalen Kongress in Genf.

9 Millionen für Kindererziehung. Eine weitere Zuwendung in der Höhe von 9 120 000 Mark für das hiesige Ernährungswerk der amerikanischen Quäker hat am Sonnabend stattgefunden.

Spiegelarbeit oder Dummerjungenstreich! Seinerzeit nutzten die kommunistischen Putzschürzen in Berlin, Köpenick, Stahlfurt usw. jedem politisch vernünftig denkenden Menschen wie ein schlechter Pastmachtschürzen an.

Generalstreik zu treten hätte und daß sofort die Wahl politischer Arbeiterräte vorgenommen werden müßte, die von der Arbeiterschaft der A. E. G.-Brunnenstraße erst vor kurzer Zeit in einer Betriebsversammlung abgelehnt worden war.

Stuhl hin. Er setzte sich und Garm ging hinter ihm herum und stellte sich mit dem Rücken an die Wand. „Alle drei haben sie auf den Beutel mit Geld und schwiegen.“

Wenn nun von gewisser Seite behauptet wird, daß sich sämtliche Betriebsräte und Belegschaften der A. E. G.-Werke in Ader-, Brunnen- und Voltastraße mit den Forderungen der Arbeitslosen solidarisch erklärt hätten, so ist es nichts weiter als eine bewußte Lüge derjenigen, die solche Nachrichten in der Öffentlichkeit verbreiten.

Die Arbeiterchaft kann nicht dringend genug vor solchen „revolutionären Helden“, wie sie auch dort wieder ihre Hand im Spiel hatten, gewarnt werden, denn nur hinverbrannte Narren können glauben, daß es auf diese Weise möglich ist, die kapitalistische Weltordnung zu stürzen und die sozialistische an ihre Stelle zu setzen.

Die Groß-Berliner Arbeitslosen hielten gestern mittag fünf Versammlungen ab, in denen die Frage „Arbeiterräte oder Aktionsausschuss“ zur Beratung stand.

Seinen 70. Geburtstag begeht heute ein alter Parteigenosse, der früherer Klassenbote unseres Verlages, Albin Schuster, Fürststr. 9. Von Beruf Weber, kann Genosse Schuster von sich sagen, daß ihm Frau Sorge auf seinem Lebenswege eine leider nur zu treue Begleiterin gewesen ist.

Ein Proletar. Er setzte sich und Garm ging hinter ihm herum und stellte sich mit dem Rücken an die Wand. „Alle drei haben sie auf den Beutel mit Geld und schwiegen.“

„Ja,“ sagte er weiter, „das ist eine große Sache, die man unterstützen muß. Merkwürdig, daß so viele immer noch nichts davon wissen wollen.“

(Fortf. folgt.)

die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg, der er von der Gründung bis zur Auflösung angehört. Ein Schlaganfall und sonstige Krankheit setzten bereits vor Jahren seiner parteigenössischen wie beruflichen Tätigkeit in unserer Expedition, die er 18 Jahre hindurch ausübte, ein vorzeitiges Ziel.

Zu seinem Ehrentage wünschen wir unserem Genossen Schuster, daß in den ihm noch verbleibenden Jahren die Sonne des Glückes öfter scheinen möge, als es bisher der Fall war.

Entente und Berliner Polizeistunde.

In der Freiheit war dem Berliner Polizeipräsidenten vorgezogen worden, daß es in der Durchführung der Polizeistunde ungleichmäßig vorgehe. Dazu erfahren die „P. B. N.“, daß die Polizeibehörden angewiesen sind, ohne jede Rücksicht auf die Person die Innehaltung der Polizeistunde durchzuführen. Nur in einem einzigen Falle ist davon abgesehen worden. Für ein Fest der in Berlin weilenden Ententeangehörigen war von seiten französischer Lieberwachtungskommissionen-Beretreter eine erhebliche Verlängerung der Polizeistunde gefordert worden. Das Polizeipräsidentium mußte dies aus allgemeinen Gründen ablehnen und beharrte darauf auch gegenüber wiederholten Vorstellungen, wies aber schließlich die Exekutivmännchen an, im Falle einer Liebertretung der Polizeistunde nicht mit Gewalt vorzugehen, um neue Zwischenfälle zu vermeiden. Abgesehen von diesem einzigen Falle ist die Innehaltung der Polizeistunde ganz unparteiisch durchgeführt worden.

Arbeiterkern, geht zur Jugendweibe! Die Arbeiterkern, deren Kinder im März oder später aus der Schule entlassen werden, seien auf unsere heute stattfindende Jugendweibe, vormittags 11 Uhr, Charlottenburg, Fürstin-Bismarck-Schule, Subelstr. 2/4, Neukölln, Huppoldts Konzertsaal, Hagen-Ende 32/38, aufmerksam gemacht. Anmeldungen für die im März stattfindende Jugendweibe können schon jetzt im Parteisekretariat Charlottenburg, Rosinenstr. 3, Neukölln, Jägerstr. 66, erfolgen.

Achtung, Arbeitslose! Diejenigen Arbeitslosen, welche bei den Gewerkschaften ihr Geld erhalten, erhalten ihre Forderungen nicht bei den Gewerkschaften, wie irrtümlich gemeldet, sondern nur in den Geschäftsstellen.

„Vorwärts“-Kummern gesucht. Wir benötigen für Archivzwecke vom „Vorwärts“ die Zeitungen vom 1.—25. Juli 1914 in je zwei Exemplaren. Befreiung dieser Kummern bitten wir, und diese abzugeben. Unkosten werden vergütet. Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Lindenstr. 2.

Ein Chedrama spielte sich Freitag in Neukölln ab. Der 28 Jahre alte Dreher Alwin Wieland aus der Hohenstr. 61, der von seiner Frau getrennt lebt, suchte diese in ihrer Wohnung, Neuterstraße 36, auf und ließ ihr im Verlauf eines Wortwechsels einen Dolch in die Brust. In der Meinung, sie gestirbt zu haben, trank er Salzjünre, die er gleichfalls mitgebracht hatte. Beide Eheleute liegen schwer darnieder. Die Frau wurde nach dem Krankenhaus in Budow, der Mann als Polizeigefangener nach der Charité gebracht.

Im Berliner Aquarium hat eine Anzahl der riesigen ostafrikanischen Bierfischer die letzte Gattung durchgemacht. Die Tiere sind sämtlich hier gegährt und erreichen die natürliche Größe von über 20 Zentimeter. — Ein Latentkopschwärmer, der vor einigen Tagen über Nacht in einen Bieneinsatz in das Aquariums eingedrungen war, um zum Honig zu gelangen, konnte den Ausweg nicht wieder finden, und um werden die Kette des riesigen Käfers von den Bienen allmählich abgetragen und, soweit dies nicht möglich, in Wachs eingemauert, was durch die Glasfläche genau zu erkennen ist.

Im Zoologischen Garten spielt heute von 4 Uhr nachm. ab die Revue der Berliner Sicherheitswehr unter Leitung des Inspektors Traje. Eintritt 3 Mark, Kinder unter zehn Jahren die Hälfte. Das Aquarium ist Sonntags von 9—3, in der Woche von 9—7 Uhr geöffnet.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Brotsorten - Stichwort: Korn.

Berlin. Je 125 Gramm Daserfische, Sago, Teigwaren. Die Anmeldebüchlein bis Mittwoch bei den Kleinrentnern abgeben.
Charlottenburg. 125 Gramm Gerstenaufbacke (42), 500 Gramm Reis (34), 5 Bäckchen rote Grütze (34).
Schöneberg. Bis 21. Sommermeditation für 125 Gramm Daserfische (64), 50 Gramm Ganzkörner (65). Ausgegeben werden 125 Gramm Gerstenaufbacke (44), 1 Bäckchen Venners-Fuderrudingspulver (63).
Wilmerdorf. 125 Gramm Daserfische (43), 250 Gramm Warmelade (R), 1 Bäckchen Antiochia-Rüchsigewebe (13). Für Kinder: 17, und 2 Pfund Pektinmehl auf Zahngelbmittelkarte (60). Für werdende Mütter: 4 Pfund Nahrungsmittel, 50 bis 200 Gramm Trodenganzel, eine Dose Walzextrakt, drei Dosen Kondensmilch (nur im 4. bis einschließlich 6. Monat).

Für stehende Mütter: 2 Pfund Nahrungsmittel, 50 bis 200 Gramm Trodenganzel, 1 Dose Walzextrakt.

Nichterfische. 375 Gramm Zucker (95), 375 Gramm Auslands-Ginnochagel (6).

Tabletten. 500 Gramm Jereallmehl, 250 Gramm Rudein (51). Für Augenblicke 250 Gramm Sago (54). An Kinder im 1.—5. Jahr und an Personen im Alter von 70 Jahren und mehr 250 Gramm Daserfisch (Rebenf. F).

Neukölln. Fortführung des Verkaufs von 500 Gramm Mähenfabrikaten.

Tempelhof. 250 Gramm weiße Bohnen (51). Für Augenblicke 250 Gramm Gerstenaufbacke (33 J). Für September an Kinder im 5. und 6. Lebensjahr 500 Gramm Kaiser-Ottos-Kinderanfertigung und 125 Gramm Zwieback. Anmeldung 200 Gramm Reis (55).

Preis. 500 Gram Jereallmehl, 500 Gramm Reis, 500 Gramm Warmelade (51), soweit in der verflochtenen Woche nicht abgeholt. 500 Gramm Daserfische (52). Durch die Verkaufsstelle für Jugendliche 250 Gramm Sago oder 250 Gramm Kindergerstenaufbacke (56). Für Kriegsbeschädigte 500 Gramm Kindergerstenaufbacke, 50 Gramm Tee. Für Kinder und werdende Mütter 500 Gramm Kindergerstenaufbacke und eine Dose Walzextrakt. Nur für werdende Mütter 100 Gramm Tee. Auf Milchsorte B und O I und II 250 Gramm Kindergerstenaufbacke. Auf Berlin-Brüger Ausweis 1 Dose Walzextrakt, 1 Pfd. grüne Bohnen, 1 Pfd. Kangoon-Bohnen, 1 Pfd. Bruchbohnen, 1 Pfd. gelbe Bohnen, 1 Pfd. Sirup, 1 Pfd. Honig und 1 Pfd. Daserfische.
Treptow. 250 Gramm Weizenmehl (45), 125 Gramm Honig (15).

Tobnischthal. 500 Gramm Jereallmehl (681), 500 Gramm Vollreis (682), 500 Gramm Daserfische (42). In der Gemeindefverkaufsstelle Sonderausgabe (683), 1 Bäckchen Schilff (684).

Alt-Glienide. 250 Gramm Daserfische und 250 Gramm Sago (41), 500 Gramm Vollreis und 500 Gramm Weizenmehl (42), 500 Gramm Warmelade und 100 Gramm Sirup (43) (Sirup nur in den Verkaufsstellen 1 und 2), 250 Gramm Rühmehl oder 250 Gramm Sago (Nahrungsmittelkarte). Für Kriegsbeschädigte 250 Gramm Rudein und 500 Gramm Sago (R). Für werdende Mütter 250 Gramm Rühmehl, 250 Gramm Sago und 500 Gramm Weizenmehl (7).

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Frauenabende.

Montag, 7 1/2 Uhr:

9. und 10. Abt. Frauen-Abende, 7 1/2 Uhr, im Reichsberger Hof, Reichsberger Str. 147. 1. Vortrag der Genossin Hilff, R. d. R.: Unterprogramm. 2. Wahl einer Abteilungsleiterin für die 9. Abt.

13. und 14. Abt. bei Heiming, Alexandrinerstr. 44. Referentin: Genossin Anilide.

17. Abt. im Konferenzzimmer der Schule Hohenlohestr. 11. „Die Bedeutung der Kaffee-Tagungen.“ Referentin: Genossin Niedger.

31. Abt. bei Goldschmidt, Stolische Str. 35. „Forderungen der Gegenwart unter besonderer Berücksichtigung der Frauenfrage.“ Referentin: Genossin Lodenhagen.

33. Abt. bei Gullwald, Putzler Str. 24. Referent: Genosse Krndt: „Schau der weiblichen Jugend.“

34. Abt. bei Goldbach, Binetaplatz 7. „Religion, Staat und Sozialismus.“ Referent: Genosse Fint.

Dienstag, 7 1/2 Uhr:

2. Abt. bei Schöler, Charlottenstr. 7/8. Referentin: Genossin Mll.

36. Abt. bei Bärwalde, Schlegelstr. 7.

Morgen, 20. September:

11. Abt. 7 Uhr bei Geißler, Stallger Str. 59, Sitzung sämtlicher Kreisrichter, Bezirksleiter und Vertrauensleute.

16. Abt. 7 1/2 Uhr Funktionärstagung der Bezirksleiter, Vertrauensleute, Oberbeiräte und Frauenagitationskommission bei Schneider, Riederborfer Str. 3. Der Vorstand der 16. Abt. und die Funktionäre der ehemaligen 15. Abt. treffen sich in demselben Lokal um 6 1/2 Uhr.

32. Abt. 7 1/2 Uhr bei Grohn, Wilstr. 5, Besprechung der Bezirksleiter und sonstigen Beiräten. Neueinteilung der Bezirke.

34. Abt. 7 Uhr Elternversammlung in der Schulaula Domminer Straße 23. Vortrag: „Das neue Schulgesetz.“ Ref: Genosse Dr. Voßmann.

Wahlkreis Wedding. (Arbeitsgruppe Gesundheitswesen u. Wedding.) Bildungsausschuss 7 1/2 Uhr bei Kessin, Kanstr. 60. Erscheinen aller Bezirksleiter unbedingt nötig.

S. P. D. Aktions-Ausschuss der A.-G.-G. Betriebe. 5 1/2 Uhr Konferenz der Abente im Restaurant Obligo, Straßunder Str. 11. Erscheinen dringend.

Charlottenburg. 7 1/2 Uhr Abteilungsversammlung der 14., 15. und 16. Gruppe bei Krndt, Kanstr. 51. Tagesordnung: 1. Unsere Reorganisation. 2. Wahl des Abteilungs Vorstandes und der Delegierten zur Kreisversammlung.

Neukölln. 9. Abt. 7 1/2 Uhr Funktionärstagung bei Lange, Emier Straße 27. Sämtliches Material ist abzugeben.

Pankow. 7 1/2 Uhr Abteilungsversammlungen. 1. Abt. (Gruppe 1 bis 3) bei Wöllner, Berliner Str. 80/82. 2. Abt. (Gruppe 4—6) bei Bögels, Schlegelstr. 2. 3. Abt. (Gruppe 7—9) bei Reper, Lützisches Feld, Breitestraße 14. Tagesordnung in allen Versammlungen: 1. Vortrag. 2. Anbahnung und Umgestaltung unserer Ortsgruppe an das neue Organisationsstatut.

Bildungsveranstaltungen.

Bezirksbildungsausschuss.

Reisongerie. Wir bitten die bestellten Karten unverzüglich im Empfang zu nehmen, da wir sonst auf Grund der vielfachen Anfragen anderweitig darüber verfügen. Eintrittsurkunden heute 7 Uhr in der Festhalle des Berliner Stadthauses (Eingang Klosterstraße). 1. Einführungsabend. Vortrag mit Demonstrationen. Am Klavier: Dr. Jockl. Karten sind an der Kasse zu haben.

Sozialistische Bildungsschule. Die Vortragsserien beginnen am Montag, den 18. Oktober. Morgen gelangt der Arbeitsplan (0,30 M.) zur Ausgabe. Diener und Hörerarten (6.—M.) sind zu haben: Bei allen Abteilungsleitern, bei den örtlichen Bildungsausschüssen, im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Buchhandlung „Bormdris“ und Horst, Engelsufer 15.

Theateraufführungen: Am 26. September: „Die Weber“ von Gerhart Hauptmann. Eintrittskarten à 3,30 M. im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof 4 Tr. (Zimmer 10). Geöffnet von 9—4 Uhr, Donnerstags von 9—1 und 4—7 Uhr.

Konferenz: Heute 10 Uhr im Festsaal des Charlottenburger Rathauses, Berliner Straße 72/73: Konferenz der örtlichen Bildungsausschüsse, der Berliner Bildungsausschüsse und der schriftlich eingeladenen Genossinnen und Genossen. Tagesordnung: 1. Befreiung und Grundlage der sozialistischen Bildungsarbeit. Referent: Genosse Dr. Franz Viederich. 2. Parteschule — Volkshochschule. Referent: Genosse Albert Horst.

Jugendveranstaltungen.

Heute 6 Uhr im Gewerkschaftshaus*, Engelsufer 15: Herbstfeier, anschließend Tanz. Eintritt 1,25 M.

Montag 1/8 Uhr:

Südost. Köpenicker Viertel: Brangelstr. 128: Außerordentliche Mitgliederversammlung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Republikanischer Führer-Bund. Bezirk 8 (Zentrum). Außerordentliche Bezirksversammlung, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Kolonnenstr. 11, Kolonnenstr. Hof. — **Bezirk 21 (Südost).** Dessenbüchse Versammlung Dienstag, 7 Uhr, Admiralsstr. 18a, Märkischer Hof. — **Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Bezirk 3 Südost.** Montag, 7 1/2 Uhr, in Schumachers Festsaal, Stallger Str. 126, Bezirksversammlung. — **Die wirtschaftlich-geistigen Notwendigkeiten und die Bildungsanstalten** bei der Vortrag, mit dem am 4. Oktober, vormittags 9 Uhr, in der Gemeindefesthalle in Kenntnis der Ostberatung des Bundes einziehender Schullehrer, die das Gesamtthema „Arbeitschule und Produktivität“ behandelt, von den Vortragenden Prof. Paul Dietrich eröffnet wird. Die Tagung erstreckt sich bis zum 6. Oktober. Karten zu 1 Mark pro Person sind schon jetzt zu beziehen durch Dr. Franz V. Müller, Berlin-Kankwitz, Charlottenstraße 52.

Aus aller Welt.

Postraub in Oberschlesien. Sonnabend früh wurde ein Postbote auf dem Wege nach Kriewald nahe der Pulverfabrik Lghnoffe von vier bewaffneten Banditen überfallen. Sie stürzten den Postkarren um, raubten außer Wertgegenständen 20000 M. bar und entkamen in einem wortlosen Feldgrauen Automobil.

Geschäftliche Mitteilungen.

Das Neßberg-Kasino. Blumenstr. 10, wird immer mehr ein Anziehungspunkt. In kurzer Zeit hat sein Besuch es verstanden, die Vereins- und Besprechungsräume zu angenehmen Gaststätten umzugestalten. Die großen Säle haben die Berliner Arbeiterschaft schon oft um die schwersten Probleme ringen. Sie sind renoviert und vermitteln eine vorzügliche Musik. Kurz, es ist alles geschaffen, um dem Unternehmer neue Freunde zuzuführen. Wir machen die Leser auf die heutige Anzeige der **Buchhandlung Karl Bloch**, Berlin SW 68, Kochstr. 9, aufmerksam, welche Wilhelm Buchs Schriften zu besonders günstigen Bedingungen liefert. Die **Berliner Montag-Schuh-Börse** findet regelmäßig jeden Montag 9 1/2 Uhr in Haverlands Festsaal, Neue Friedrichstr. 35, statt.

Briefkasten der Redaktion.

G. v. J. Rein. — **M. D. Roanhoe** (sprich Gionhu) von Scott erdichtete englische Ritterzeit aus der Zeit der Heimkehr des Königs Richard Löwenherz von der Kreuzfahrt. Kenilworth (sprich Kenilworth) englisches Schloß bei Warwick, dem Wankling der Königin Elisabeth Grafs Leicester (sprich Lester) gehörig; Stätte fälschlicher Feste. Wo das betr. Buch, das doch nur ein Auszug der Bücher Nofes sein kann, zu haben ist, uns nicht bekannt.

Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskautschuk
 5 Jahre schriftl. Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an.
 Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise.
Zahn-Praxis Matvani, Danziger Straße 1.

Für viele Vorzugs-Gebens Artikel Angebote anders billige Preise

<p>Hemdentuche Breite 1865 Breite 2800 Breite 4900 92 cm 130cm 160cm</p> <p>Bettlaken Baumwollstoff, weiß mit roter Borte Größe 140x210 cm M. 83⁵⁰ Glatt weiß, Weiß Leinen, Gr. 150x230 cm M. 98⁰⁰ Gr. 168x240 cm M. 150⁰⁰</p> <p>Bettbezüge weiß Baumwollstoff, feinfädig, Satz (1 Oberbett, 2 Kissen) M. 225⁰⁰</p> <p>Baflist und Voile weiß, bestickt, Breite 115 cm, Meter M. 18⁵⁰</p> <p>Hemdenflanell gestreift, baumwollen, Breite 78 cm .. Meter M. 19⁰⁰</p> <p>Tischzeuge</p> <p>Tischdecken f. Kaffee u. Frühst., weiß Reinl. m. rot. Borte, Gr. 145x185 cm 74⁶⁰</p> <p>Mundtücher Frühstücks- u. Mundtücher, 750 Reinleinen m. Hobel, Gr. 38 cm Tafel- u. Mundtücher, Reinleinen, Damast, gestickt, Größe 72x72 cm M. 22⁴⁰</p>	<p>Damen - Wäsche - Garnitur Feinfädig Weichtuch, mit reicher Spitzenverzierung Taghemd 65⁰⁰ Beinkleid 52⁰⁰ Nachthemd 105⁰⁰</p> <p>Damen-Hemdbluse aus gewebtem, gut waschbaren, baumwollenem Flanell; offen und geschlossen zu tragen M. 66⁰⁰</p> <p>Damen-Strümpfe Baumwolle, schwarz, 16⁵⁰ Baumwolle, schwarz, 19⁷⁵ feinfädig, Doppelschle, mittelstark, Doppels.</p> <p>Taschentücher Damantuch, weiß 325 Herrrentuch, 490 Kalist, mit gestickter Ecke weiß, m. bunter Borte</p>	<p>Gardinen</p> <p>Küßler-Garnitur Tüll, m. Köppel- Einsatz u. Bandbesatz, 2 Flügel, 1 Querbeh., M. 200⁰⁰</p> <p>Bunte Etamine-Garnitur 275⁰⁰ 2 Flügel, 1 Querbehäng</p> <p>Halbstores Erbstüll und Etamine, mit Einsatz und Spitzen M. 80⁰⁰</p>
--	--	--

In allen Abteilungen weitere Vorzugs-Angebote

F. V. Grünfeld

Berlin W. 8
Leipziger-Str. 20-22

Spezial-Arzt Dr. Jaffe, für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, hartnäckige Harnleiden, Ausschlag, nerv. Schwäche, Lues, Salvarsan-Kuren, Blutuntersuchungen, Bestrahlungen, In der Heil- **Dir. O. Löser, Münzstr. 9,** Anst. „Lüser“ nahe Alexanderplatz, 9-1, 4-8, Sonntag 9-1. Damen separat.

Chronische Harnleiden, Hautkrankheiten jeder Art. Bewährte Spezialbeh., welche Rückfälle ausschließen. Prof. Prax. Blutunters. Homöop. Institut **Hardey, Friedrichstr. 112 b.** Sprechz. 9-2, 4-8.

Z. N. f. W.

Zentral-Nachweis für Wohnungsaustausch

Direktion **Willy Grün**, Gr. Frankfurter Str. 73, u. Alexanderpl. Köpenick 2611.
 Wohnungsaustausch in Groß-Berlin und anderen Städten wollen wir Ihnen mit Genehmigung der Wohnungsämter nach. Jedermann findet eine passende Wohnung. Aufnahme in der Zentrale und in unletzten 40 Filialen, welche man durch Anruf in der Zentrale erfahren kann.
 Zweigstellen in allen größeren Städten. — Nachweis von möblierten Wohnungen.

Schlafzimmer Eiche, kompl. mit Böden und
 Aufhängen von 4000,- Mk. an.
EBzimmer Eiche, bestehend aus Büffelt, Anrichte,
 Tisch, 6 Stühlen von 3500,- Mk. an.
Herrenzimmer, Eiche, 2 m breit, mit Schreibtisch,
 rund. Tisch, 2 Stühlen mit echtem Leder 6500,- Mk.
 Auf Wunsch Zahlungsverteilung.
Julius Krause, Kastanienallee 40,
 Straßen 50, 51, 57, 31, 40, W. III.

Winkelhausen

Deutscher Cognac

Cognacbrannterie
Preuß.-Stargard

Anträge

zu dem am 10. Oktober 1920 und folgende Tage nach Kassel einberufenen Parteitag.

Tagesordnung.

Groß-Berlin. Auf die Tagesordnung zu setzen: „Ernährungsfrage.“ Ein kundiger Referent ist zu bestellen.

Hamburg. Der Parteitag wird ersucht, zu der Frage des Preisabwärtens Stellung zu nehmen.

Unterbezirk Ostpreußen. Auf dem Parteitag ist als besonderer Punkt Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und Sozialisierung des Bauernwesens zu behandeln. Hierzu ist ein sachkundiger Referent zu bestellen. Den Vertretern in Parlamenten sind Leitsätze als Richtschnur zu unterbreiten.

Dresden-Land. Die gegenwärtige Wirtschaftspolitik ist als besonderer Beratungspunkt auf die Tagesordnung zu setzen.

Chemnitz. Der Parteitag wolle beschließen: Auf die Tagesordnung ist als besonderer Punkt noch zu setzen: „Die Wirtschaftspolitik.“ Referent: Rudolf Wissell.

München. Es ist Vorfrage zu treffen, daß die Ernährungsfrage auf dem Parteitag die ihr für die Lebensfähigkeit des deutschen Volkes zukommende Behandlung und Würdigung findet. Eventuell ist die Ernährungsfrage als besonderer Tagesordnungspunkt einzusetzen.

Korbahn. Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages ist die „Wirtschaftspolitik“ zu setzen.

Niederprovinz. Die „Wirtschaftspolitik“ soll auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages gesetzt werden.

Magd. und Halberstadt. Der Parteitag zu Kassel wolle auf seine Tagesordnung setzen: „Die gegenwärtige Rechtsprechung.“ Zur Behandlung dieses Themas soll der Parteivorstand einen geeigneten Referenten bestellen.

Müders, Kr. Magd. Der Parteivorstand möge auf die Tagesordnung des Parteitages zu Kassel setzen: „Die Rechtsprechung in der Gegenwart.“ Zur Behandlung dieses Punktes möge der Parteivorstand einen geeigneten Referenten bestellen.

Wendenburg. Die „Agrar- und Siedlungsfrage“ ist auf die Tagesordnung zu setzen.

Bericht des Parteivorstandes.

Hamburg. Der Parteitag empfindet es als zwingende Notwendigkeit, daß die Parteipresse ihrer Mission im Klassenkampf der Arbeiterklasse mehr gerecht werden muß. Die mehr als notwendig hervortretende Behandlung und Glossierung tagepolitischer Ereignisse und die dadurch bewirkte Zurücksetzung grundsätzlicher Aufklärung in populärer Weise dürfen nicht weiterhin das Wesen unserer Presse sein. Bei der ungeheuren Bedeutung der Presse und in Berücksichtigung der sich steigenden Übernahme der bürgerlichen Presse durch das Großkapital liegt eine gewaltige Aufgabe auf der Arbeiterpresse.

Hier gilt es, noch durchgreifende Änderungen herbeizuführen. Der Parteitag muß in dieser Frage in erster Linie seinen Willen bekunden.

Hamburg. Der Parteivorstand und die Landesparteivorstände haben dafür zu sorgen, daß die Anwesenheitslisten des Reichstages und der Landesparlamente alljährlich in den Wahlkreisen bekanntgemacht werden, damit die Wähler sämtliche Abgeordnete zur Rechenschaft ziehen können.

Bremervorhaben. Es wird verlangt, daß die Sozialdemokratie in keine Koalitionsregierung eintritt, die unter Einschluß der Deutschen Volkspartei gebildet wird. Eine Beteiligung an der augenblicklichen Reichsregierung darf deshalb für die Sozialdemokratie nicht in Frage kommen.

Dresden-Land. Die gespannte Wirtschaftslage bedingt auf das Dringlichste den Abbau der Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände. In der Erwägung, daß die Verwaltungswirtschaft, die mit der Verwaltung der unter Zwangswirtschaft fallenden Lebensmittel und Bedarfsartikel beauftragt sind, durch ungeschickte Organisation eine unbefristete Verteuerung und Verschlechterung der Waren mit sich bringen, wird der Parteitag ersucht, sich mit aller Entschiedenheit für eine Reformierung der betreffenden Institutionen einzusetzen.

Die Reform muß rücksichtslos durchgeführt werden und soll sich von den obersten Reichsstellen bis zu den Kommunalverbänden erstrecken.

Zu diesem Zwecke wird vorgeschlagen, eine Nachprüfung der betreffenden Minister durch sachkundige Arbeiter und Angestellte zu beantragen.

Angestellte und Beamte in leitenden Stellen, die Gegner der Zwangswirtschaft sind, sind zu entlassen.

München. Zur Sicherung der Ertragsleistungen durch die Revolution möchte der Parteitag eingehend Stellung nehmen und den Parteivorstand beauftragen, dieser Frage sein besonderes Augenmerk zu schenken.

München. Zur Erreichung und Durchführung einheitlicher, die Gesamtpartei umfassender Aktionen, die vom Parteivorstand zweckmäßig beschlossenen sind, ist Voraussetzung, daß die Beschlüsse reiflich und gleichzeitig zur Kenntnis der Bezirke und Ortsvereinsvorstände der Großstädte und Industriestädte kommen. Diese Voraussetzung geschieht am besten in Form eines Mitteilungsblattes seitens des Parteivorstandes, das regelmäßig und wenn nötig nach Bedarf, mindestens aber einmal im Monat zu erscheinen hat. In demselben sollen auch sonstige für die Gesamtorganisation und Agitation wichtigen Fragen kurz behandelt werden. Die Bezirks- und Ortsvereinsvorstände der Großstädte und Industriestädte sind verpflichtet, für die Durchführung der durch das Mitteilungsblatt bestimmten Beschlüsse innerhalb des angelegten Zeitraums Sorge zu tragen.

Meißen. Wir beantragen, daß die sozialdemokratische Provinzpresse, die vielerorts mit großen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, durch Verwendung von Geldmitteln unterstützt werden solle.

Meißen. Wir beantragen: Die sozialdemokratische Partei möchte dem Genossenschaftswesen ihre tatkräftige Unterstützung leisten, und es möchte namentlich vermehrt werden, daß die Mitteilungen der Genossenschaftlichen Korrespondenz regelmäßig Aufnahme in der Parteipresse finden könnten.

Oldenburg und Ruppia. Der Parteitag wolle beschließen, die Fraktion der Preussischen Landesversammlung zu beauftragen, daß neben der Fertigstellung der Preussischen Verfassung die weitere Demokratisierung der preussischen Verwaltung schnellstens durchgeführt wird. Dazu gehört als Grundlage eine neue Städte- und Landgemeindeförderung.

Bezirkskonferenz Ostpreußen. Der Parteivorstand soll die Parteipresse in der Provinz besser finanziell unterstützen, damit diese den berechtigten Anforderungen entsprechen kann.

Groß-Tietzen, Pommern. Die Organisation der Kleinbauern ist eine zwingende Notwendigkeit. Aus diesen Gründen und aus der Tatsache heraus, daß in einzelnen Bezirken bereits Bauernbünde bestehen, ist eine Kommission von sieben Personen zu wählen, zu der Sachverständige aus der Kleinbauernschaft hinzuzuziehen werden, die gemeinsam die Frage der Organisation

der Kleinbauern beraten und eine einheitliche und zweckmäßige Form der Organisation für Kleinbauern finden sollen.

Jastrow (Westpreußen). Bei Vorparlamenten wie dem letzten Kampfbund müssen die einzelnen Ortschaften durch Kurieren benachrichtigt werden, damit man auch auf dem Lande weiß, was vorgeht.

Jastrow (Westpr.). Bei Wahlen müssen die Provinzen, speziell die reaktionäre Ode Pommern, Westpreußen, mehr durch Redner besichtigt werden. Die Dörfer müssen bei Wahlen durch uns mehr bearbeitet werden. Dazu sind Redner notwendig. Unsere Gegner sind uns in rednerischer Agitation über. (Bei der letzten Wahl hat nicht ein Kandidat der Liste Wels unseren Bezirk bereist.)

Senitz. Der Parteitag wolle beschließen, eine recht baldige Einigung sämtlicher sozialistischen Parteien herbeizuführen, da die Arbeiterklasse durch die Zersplitterung leidet und die Interessen derselben mehr gefährdet wie gefördert werden.

Magd. Der Parteitag wolle beschließen, daß eine Rechtschutzversicherung für alle Genossen gegründet wird, nach welcher aller Genossen berechtigt sind, den Rechtschutz für sich in Anspruch zu nehmen.

Bezirk linker Niederrhein. Der Parteivorstand wird beauftragt, eine Umgestaltung der „Gleichheit“ dahingehend vorzunehmen, daß es jeder Genossin möglich ist, dieselbe zu beziehen.

Stade. Der Parteitag wird ersucht, Schritte zu unternehmen, die geeignet sind, eine Einigung in der Arbeiterklasse herbeizuführen. Es sollte nichts unversucht bleiben seitens unserer Partei, um die Uneinigkeit in der Arbeiterklasse zu beseitigen. Der Ernst der Zeit erfordert ein festes Zusammengehen des ganzen deutschen Proletariats.

Stade. Durch die parlamentarische Tätigkeit unserer Genossen im Parteivorstand hat die Arbeit dieser Genossen im Vorstande leiden müssen, so daß der Vorstand unserer Partei auf viele für uns lebenswichtige Fragen nicht genügend Sorgfalt hat legen können.

Es wird daher beantragt, daß die Zusammensetzung des Parteivorstandes dahingehend eine Änderung erfährt, daß im Vorstande nur 2 Genossen, die als Parlamentarier tätig sind, anwesend sein dürfen, während alle anderen Mitglieder des Vorstandes frei von beratenden Arbeiten sein müssen.

Osabrück. Der Parteivorstand wird beauftragt, in Zukunft frühzeitiger wie bisher Agitationsmaterial und ganz besonders in größerem Umfange vor den Wahlen herauszugeben.

Bezirk Ostf. Westfalen. Die „Partei-Korrespondenz“ erscheint in der bisherigen Form nicht mehr, an Stelle derselben gibt der Parteivorstand ein politisches Mitteilungsblatt heraus, das nur noch Bedarf erscheinen braucht.

Neuwied. Der Parteitag wolle beschließen: Bei der Aufstellung der Reichs- und Landeslisten für die Kandidaten zum Reichs- und Landtag sind vorzugsweise Kandidaten zu berücksichtigen, die in solchen Wahlkreisen ihren Wohnsitz haben, in denen die Sozialdemokratische Partei, weil sie dort in erheblicher Minderheit ist, aus der Wahl im Wahlkreis selbst eine zu schwache Vertretung erhält. Gerade in diesen Kreisen ist eine nachdrückliche Vertretung der Wählerinteressen durch anständige sozialdemokratische Vertreter notwendig und kann zur Ausbreitung und Stärkung der Partei in den gefährdeten Kreisen wesentlich beitragen.

Müders (Kr. Magd.). Der Parteitag wolle die Genossen in der Preussischen Landesversammlung verpflichten, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß die preussische Provinzial- und Gemeindeverfassungsgesetzgebung noch vor Auflösung dieser Landesversammlung festgelegt werde.

Magd. und Halberstadt. Der Parteitag wolle die Genossen in der Preussischen Landesversammlung verpflichten, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß die preussische Provinzial- und Gemeindeverfassungsgesetzgebung noch vor Auflösung dieser Landesversammlung erledigt wird.

Geisland. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand sowie die Vertreter der Partei in den gesetzgebenden Körperschaften und der preussischen Regierung dafür einzutreten, daß auch auf der Insel Geisland endlich die Neuwahlen zur Gemeindevertretung auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts nach dem Verhältniswahlrecht, ohne Verlängerung der Aufenthaltsdauer, vorgenommen werden.

Magd. und Halberstadt. Der Parteitag wolle die Genossen in der Preussischen Landesversammlung verpflichten, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß die preussische Provinzial- und Gemeindeverfassungsgesetzgebung noch vor Auflösung dieser Landesversammlung erledigt wird.

Geisland. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand sowie die Vertreter der Partei in den gesetzgebenden Körperschaften und der preussischen Regierung dafür einzutreten, daß auch auf der Insel Geisland endlich die Neuwahlen zur Gemeindevertretung auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts nach dem Verhältniswahlrecht, ohne Verlängerung der Aufenthaltsdauer, vorgenommen werden.

Vorhalle. Der Parteitag wolle den Parteivorstand beauftragen, so schnell wie möglich eine preussische Landeskonferenz einzuberufen, damit diese mit den Mitgliedern der Landtagsfraktion S.P.D. die Fragen der preussischen Verfassung und die der Städte- und Landgemeindeförderung durchberät.

Strup. Wir wünschen, daß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln versucht wird, zwischen den sozialistischen Parteien eine Einigung zustandzubringen. Wenn dieses sich nicht anders erreichen läßt, dann durch eine über die Köpfe der Führer hinweg vorgenommene Abstimmung, damit es und erzwungen ist, zu gegebener Zeit eine rein sozialistische Regierung zu bilden. Auf keinen Fall wünschen wir, in eine Koalitionsregierung der Rechtsparteien einzutreten.

Goldbühl. Die Zwangswirtschaft hat vollkommen versagt. Der Parteitag wolle daher eine Kommission, die in kürzester Frist einen Programmplan ausarbeitet, welcher die volle Umorganisation der Ernährungswirtschaft auf Grundlage der Anbau- und Lieferungspläne der Erzeugergemeinden nach Anbaufläche, Bodenklasse und Ertragsleistung vornimmt. Auf Grundlage der Steigerung der Produktion, durch sinnliche Organisation der Beschaffung billiger und hochwertiger Produktionsmittel, durch Maßnahmen, die eine volle Beschäftigung der Betriebe mit ausreichenden Arbeitskräften und reiflicher Bebauung des Grund und Bodens sicherstellen. Auf Grundlage der Bildung von Wirtschaftskörperschaften durch genossenschaftliche Organisation der Erzeugung und Verteilung durch die Erzeuger und Bedarfsgegenstände.

Breslau. In Anbetracht, daß unsere Partei seit Jahrzehnten „freie medizinische Hilfe“ für alle Volksgenossen als einen ihrer Programmpunkte erklärt hat, beschließt die heute in Breslau tagende Frauenkonferenz: Parteitag und sozialdemokratische Landtagsfraktion wolle mit allen Kräften darauf dringen, daß die Landesregierung Gefehentwürfe beschleunigt, die mindestens und vorerst vollständige unentgeltliche Erziehungshilfe gewähren und im notwendigen Anschluß daran das Gebornenwesen verstaatlichen.

Organisation und Agitation.

Hamburg. Der Parteitag beschließt: Den taubstummen Parteigenossen ist es zu überlassen, sich in ihren örtlichen Bezirken zu selbständigen Sektionen zusammenzuschließen.

Für ihre besonderen Zwecke (Austauschzeitungen) ist ihnen ein bestimmter Teil der Beiträge, etwa 40 Proz., zu belassen. Die Sektionen haben die Aufgaben und Rechte der Ortsvereine.

Hamburg. Der Parteitag der männlichen Mitglieder beträgt 40 Pf. pro Woche, für weibliche Mitglieder 20 Pf. pro Woche.

Altona. § 4 des Organisationsstatuts ist folgende Fassung zu geben. Unter dem fünften Satz ist folgendes einzufügen: „Mit Zustimmung des Parteivorstandes können die Bezirksorganisationen Monatsbeiträge erheben, deren finanzielles Ergebnis jedoch nicht hinter dem der Wochenbeiträge zurückbleiben darf.“

Hamburg. Die regelmäßigen Beiträge für männliche Mitglieder betragen pro Mann und Woche 30 Pf., für weibliche Mitglieder 15 Pf.

Brennsbüttel. Das Eintrittsgeld ist von 50 Pf. auf 150 M. und bei Wiederzunahme auf 8 M. zu erhöhen.

Unterbezirk Bremervorde. Der Parteitag wolle beschließen, die Beiträge für Stadt und Land zu heffeln und für ländliche Ortsvereine nicht über 80 Pf. wöchentlich für männliche Mitglieder zu erheben. Die Beiträge für Frauen sind möglichst niedrig zu

halten und dürfen für ländliche Ortsvereine 20 Pf. wöchentlich nicht übersteigen.

Bei höheren Beiträgen laufen die ländlichen Ortsvereine Gefahr, einen erheblichen Teil der Mitglieder zu verlieren.

Frankfurt-Leubus. Der einheitliche Wochenbeitrag soll für Männer 40 Pf., für Frauen 20 Pf. nicht übersteigen. Bezirken ländlichen Charakters ist das Recht einzuräumen, von rein landwirtschaftlichen Arbeitern einen etwas ermäßigten Beitrag zu erheben.

Frankfurt-Leubus-Westfalenberg. Der einheitliche Wochenbeitrag soll für Männer 40 Pf., für Frauen 20 Pf. nicht übersteigen. Bezirken und Ortsgruppen ländlichen Charakters soll das Recht eingeräumt werden, für rein landwirtschaftliche Arbeiter einen etwas ermäßigten Beitrag festzusetzen.

Oldenburg und Ruppia. Der Parteitag möge beschließen, daß Mitglieder, die einer gelben Organisation oder dem Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbände als Mitglieder angehören, nicht Mitglieder der Partei sein können.

Müders, Kr. Magd. Der Parteitag wolle beschließen, daß die Beiträge gestaffelt und der wirtschaftlichen Struktur der einzelnen Bezirke bzw. Berufsgruppen Rechnung zu tragen ist.

Müders, Kr. Magd. Die Beitragsleistung der Genossen ist unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit und der Wirtschaftsgüter gestaffelt auszubauen.

Wilsnack. Die wöchentlichen Beiträge werden nach den örtlichen Löhnen klassifiziert.

Stade. Der Parteitag wird ersucht, die Beiträge nicht über 100 Prog. zu erhöhen.

Bargum. Der Parteitag wolle beschließen: In Bezirken mit einer politisch rückständigen Arbeiterklasse ist, um die Agitation nicht zu erschweren, die Staffelung der Beiträge einzuführen.

Bissenborn. Der Parteitag wolle bei der Beratung der Beitragssteigerung die momentane schlechte wirtschaftliche Lage und die damit verbundene finanzielle schlechte Stellung der Parteigenossen in weitem Maße berücksichtigen. Zudem würde eine enorme Steigerung der Beiträge auf unüberwindliche Schwierigkeiten in der Agitation auf dem Lande führen.

Unterbezirk Schaumburg-Lippe. Der Parteitag wolle beschließen, daß der Wochenbeitrag für männliche Mitglieder auf 30 Pf. und für weibliche auf 20 Pf. festgesetzt wird.

Bezirksverbandstag Franken. Bei Festsetzung der Beiträge ist eine Staffelung vorzunehmen.

Kengerdorf, Kr. Magd. Für die ländlichen Gebiete ist eine Beitragssteigerung vorläufig nicht in Kraft treten zu lassen.

Brennsbüttel. Eine Erhöhung der Beiträge für weibliche Mitglieder ist abzulehnen.

Groß-Riel. Der Beitrag für weibliche Mitglieder ist nicht zu erhöhen.

Seehausen. Die regelmäßigen Beiträge sind nicht zu erhöhen. Schirbing. Von einer Erhöhung des Mitgliedsbeitrags ist abzusehen.

Stollberg. Die Zusammensetzung des Parteiaususses hat zweckmäßiger durch werltliche Parteifreunde, die in ländlicher Fühlung mit den Massen sind, zu erfolgen.

Strehlen. In Zukunft muß jeder Unterbezirk, ohne Rücksicht auf die Mitgliederzahl, durch einen Delegierten vertreten sein.

Strehlen. Alle Bezirke mit mehr als 10000 Mitgliedern haben höchstens 2 Delegierte zu dem Parteitag zu entsenden.

Metternich. Von der Erhöhung der Beiträge ist unter allen Umständen jetzt abzusehen, da bei einer eventuellen Erhöhung mit einem unbedingten Rückgang der Mitgliederzahl, besonders in den ländlichen Bezirken bestimmt gerechnet werden muß.

Bezirkskonferenz Ostpreußen. Der Parteitag wolle beschließen, die Mindestbeiträge für männliche Mitglieder auf 40 Pf. und für weibliche Mitglieder auf 20 Pf. pro Woche zu erhöhen.

Oldenburg. Der Mindestbeitrag ist für männliche Mitglieder von 20 Pf. auf 40 Pf. und für weibliche Mitglieder von 15 Pf. auf 20 Pf. pro Woche zu erhöhen.

Werkstedt. Bei allen Wahlen, auch Vorstandswahlen soll nur ein Drittel alter Bestand und zwei Drittel neuer Bestand gewählt werden, damit einmal den Parteigenossen Gelegenheit gegeben wird, sich auch in dieser Beziehung zu bilden, wir benötigen viele Kräfte, aber die Tore zur Ausbildung sind verschlossen, weil immer dieselben Genossen nur als Kandidaten aufgestellt werden und in Frage kommen. Die Abgeordneten verlieren auch die Fühlung mit den Parteigenossen, und darunter leidet vor allem das Vertrauen.

Die wichtigsten Posten müssen von altbewährten Parteigenossen besetzt werden, aber es muß eine Möglichkeit geschaffen werden, unsere Partei so zu bilden, daß bei Rekrutierung des Sozialismus auch unsere Kräfte nicht versagen, wie wir dies schon jetzt feststellen müssen!

Ahlen und Neuwied. Erhöhung des Parteibeitrags. In Anbetracht der Entwertung des Geldes und der damit verbundenen Steigerung der Kosten für Agitation und Verwaltung und zur Bekämpfung der hohen Inflation der kommenden Wahlen beschließt der Parteitag, den Wochenbeitrag für männliche Mitglieder auf 50 Pf. und für weibliche Mitglieder auf 30 Pf. zu erhöhen.

Altenburg a. S. Bei Neuregulierung der Parteibeiträge möge der Parteitag beschließen, daß der Wochenbeitrag für Männer bis zum Jahresbeginn 1921 von 10000 M. 30 Pf. beträgt, für jede 5000 M. mehr 10 Pf. höher, bis zum Höchstbeitrag von 1 M.

Goldbühl. Der Parteitag lehnt eine Erhöhung der Beiträge und eine Gleichstellung der Frauenbeiträge mit den Männerbeiträgen ab. Er erwartet eine Steigerung der Gesamteinnahme nur durch Staffelung der Beiträge nach dem Einkommen und die Erhöhung der Mitgliederzahlen, und erwartet regie Agitation zur Stärkung der Organisation.

Bezirksverband für Südbayern. Der Mindestbeitrag für männliche Mitglieder wird von 20 auf 30 Pf. und der für weibliche Mitglieder von 15 auf 20 Pf. pro Woche ab 1. Januar 1921 festgesetzt. Außerdem beauftragt der Parteitag den Parteivorstand, Wochenbeitragsmarken zu 40 und 50 Pf. herstellen zu lassen, die denjenigen Ortsvereinen überlassen werden sollen, die höhere als die Mindestbeiträge bestimmen. Der Parteitag erwartet von den Ortsvereinen, daß sie der teuren Wirtschaftzeit entsprechend baldmöglichst höhere als die Mindestbeiträge zur Durchführung bringen. Die Ablieferung an die Zentralpartei bleibt wie bisher 25 Proz. pro Marke.

Waldenburg. Aus agitatorischen Gründen findet eine Beitragssteigerung zurzeit nicht statt. Um aber der Partei die notwendigen finanziellen Mittel zuzuführen, werden die Bezirks- und Ortsvereine angewiesen, in allen Betrieben auf die Einführung sozialdemokratischer Vertrauensmänner hinzuwirken, die ihrerseits darüber zu wachen haben, daß alle Beschäftigten des Betriebes ihrer Parteipflicht nachkommen.

Darüber hinaus wird der Parteitag beauftragt, die Zentralinstanzen der Gewerkschaften sowie alle übrigen Glieder der Arbeiterbewegung zu verpflichten, darüber zu wachen, daß ihre Mitglieder auch politisch organisiert sind.

Die gegenwärtige Parteipaltung darf hierbei als Hindernisgrund nicht in Frage kommen.

Waldenburg. Erfahrungen bei den verschiedenen politischen Aktionen, namentlich auch bei den Reichstagswahlen, haben gezeigt, daß allzu stark gespannte Zentralisation unserer Organisationsform die Aktionsfähigkeit stark behindert.

Um diese aber zu erhöhen und der Parteioorganisation mehr Schlagkraft zu verleihen, beantragen wir, möglichst wieder die alte Kreisorganisation einzuführen, aber doch den Bezirken die Freiheit zu lassen, unter besonderer Berücksichtigung der geographischen und wirtschaftlichen Lage dies zu tun.

Bericht der Fraktion des Reichstages.

Elberfeld. Die Reichs- und Landtagsfraktionen sind verpflichtet, nach jedem Tagungsabschnitt eine Zusammenstellung der Beschlüsse der Parlamente und deren wichtigsten Kommissionen zu geben. Aus diesen Berichten muß das Wählergebnis der einzelnen Parteien zu ersehen sein. Parteivorstand und Presse haben für eine schnelle Verbreitung dieser Berichte Sorge zu tragen. Ebenso sind die laufenden Parlamentsberichte ausführlicher zu bringen.

Wiesbaden. Der Parteitag möge beschließen: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands tritt nicht in eine Regierung mit den bürgerlichen Parteien ein.

Niederrhein. Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion beauftragen, beim Deutschen Reichstag dahin zu wirken, daß die Renten der Alters-, Invaliden-, Unfall- und Krankenrentner dem heutigen Geldwert entsprechend erhöht werden. Die Reichstagsfraktion soll dahin wirken, daß die Renten der oben genannten Rentempfänger so erhöht werden, daß sie für die notwendigen Lebensbedürfnisse ausreichen.

Oberrhein. Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, dahin wirken zu lassen, daß die unzulängliche Sozialversicherung zentralisiert und so ausgebaut wird, daß die Renten auskömmliche sind.

Oberrhein. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, mit allen Mitteln die Verbesserung des Betriebsstrafgesetzes im Interesse der Arbeiterschaft durchzusetzen.

Gemüna. Die Reichstagsfraktion ist zu beauftragen, dahin zu wirken, daß die Kinderarbeit sofort verboten wird.

Berlin. Der Parteitag möge beschließen, daß auf den Parteivorstand sowie auf die Reichs- und Landtagsfraktionen dahingehend einwirkend wird, daß in Zukunft in der Gesetzgebung schärfere und radikalere Maßnahmen ergriffen werden, um die Rechte und die Erzeugnisse der Revolution zu sichern und zu festigen.

Singen a. S. Der Parteitag macht es der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Pflicht, beim Wiederauftritt des Reichstages darauf zu dringen, daß in der Einkommensteuerreform die Steuerfreie Einkommen in die Höhe gesetzt wird und die progressive Besteuerung bei den Einkommen bis zu 10 000 M. mit 5 Proz. beginnt. Jene Schichten, die nicht gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt sind, sind sofort gegen Interimskontingente nach den bestehenden Steuerverfahren heranzuziehen. Die landwirtschaftlichen Betriebe sind unter Schonung der Kleinbetriebe nicht nach dem Ertragswert, sondern nach der Größe des Betriebes landwirtschaftlicher Nutzungsfächen heranzuziehen.

Bonn. Die Fraktion wird ersucht, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß das Einkommensgesetz dementsprechend geändert wird, daß

1. das steuerfreie Einkommen von 1500 auf 2000 M. erhöht wird,
2. daß die Staffelung bereits mit 5 Proz. beginnend anfängt,
3. den Gemeinden das Recht der Besteuerung des steuerfreien Einkommens erst bei Einkommen von 12 000 M. an gestattet ist.

Leer. Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion, zur Förderung der Demokratisierung der Verwaltung und zur Befreiung der Beamten von der Willkür reaktionärer Vorgesetzten die sofortige Vorlage des Entwurfs eines Gesetzes über Beamtenräte zu verlangen. Es ist mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die Beamtenräte ein Wahlbestimmungsrecht erhalten und daß sie auf Grund demokratischer Wahlen zusammengesetzt werden.

Oberrhein. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, dahin zu wirken, daß das Gesetz über den Volksscheid mit möglicher Beschleunigung und mit der Bestimmung verabschiedet wird, daß das Volk auch für die einzelnen Bundesstaaten Geltung hat, falls in denen der Volksscheid noch nicht durch Verfassung oder Gesetz geregelt ist.

Wiesbaden. Der Parteitag zu Kassel möge alle zuständigen Organe der Partei verpflichten, dahin zu wirken, daß in der Deutschen Republik die Militärgerichtsbarkeit unter allen Umständen der Zivilgerichtsbarkeit untergeordnet wird.

Wiesbaden. Abschaffung jeder Wehrpflicht und vollständige Entlassung.

Wiesbaden (Kr. Wies). Der Parteitag möge alle zuständigen Organe der Partei verpflichten, dahin zu wirken, daß in der Deutschen Republik die Militärgerichtsbarkeit unter allen Umständen untergeordnet wird.

Stade. Der Parteitag wird ersucht, dahin zu wirken, daß die gesamte Reichswehr aufgelöst und durch streng republikanisch gewählte Männer in eine Volksgarde umgewandelt wird.

Die Reichswehr bildet gegenwärtig eine öffentliche Gefahr für den wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes.

Elberfeld. Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion beauftragen, dahin zu wirken, daß mit größter Beschleunigung die hemmende Wirkung des Sperrparagrafen (Artikel 174 der Verfassung) beseitigt wird.

Wiesbaden. Durch die Sabotage der Tarifverhandlungen zwischen dem Landarbeiterverein und den landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbänden (Landbund) seitens verschiedener Großgrundbesitzer ist es zu Störungen in der landwirtschaftlichen Produktion in Sommer und anderen Gebieten gekommen. Die Fraktion wolle daher im Reichstag dahin wirken, daß ein Gesetz geschaffen wird, das das Tarifwesen der landwirtschaftlichen Arbeiter regelt. Es müßte auf Grund eines Reichsgesetzes die Garantie geschaffen werden, daß von Zeit zu Zeit seitens der Regierung gemeinsam mit den Organisationen der Landarbeit und der Arbeitgeber bezugsweise durch Verhandlungen die Lohn- und Arbeitsbedingungen festgelegt und durch Gesetz zwingende Form erhalten.

Wiesbaden. Sämtliche Forsten, welche durch Vermächtnisse privilegiert sind, sind zu kommunalisieren, damit das Allgemeinrecht gefördert werden kann.

Wiesbaden. Vereinfachung oder Verschmelzung der Realgemeinden mit den politischen Gemeinden.

Berlin. Die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei wolle dahin wirken, daß die Industriearbeiter, welche auf dem Lande wohnen und die bis jetzt außerhalb aller Siedlungs- und Wahlbezirke leben, berücksichtigt werden.

Köln. Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion sowie die Genossen des Reichswirtschaftsrats mit der Ausarbeitung und Einbringung eines Gesetzesentwurfs, welcher den Preisabbau 1. für Grund und Boden und 2. der Pachtpreise für landwirtschaftliche Ländereien herbeiführt, weil ohne diese Maßnahmen an eine wesentliche Verbilligung der notwendigen Lebensmittel nicht zu denken ist.

Oberrhein. Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion sowie die Genossen des Reichswirtschaftsrats mit der Ausarbeitung und Einbringung eines Gesetzesentwurfs, welcher den Preisabbau 1. für Grund und Boden und 2. der Pachtpreise für landwirtschaftliche Ländereien herbeiführt, weil ohne diese Maßnahmen an eine wesentliche Verbilligung der notwendigen Lebensmittel nicht zu denken ist.

Stuttgart. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, dahin zu wirken, daß Zentralratsverträge, welche zwischen den einzelnen Vertragspartnern, sei es für das Reich (Reichstarife), sei es für die Länder (Landstarife), abgeschlossen werden, sollen umgehend, ohne daß hierbei die in Frage kommenden Unternehmer oder Arbeitnehmer noch befragt werden brauchen, rechtsverbindlich durch die zuständigen Reichsstellen (Reichsarbeitsministerium) oder durch die zuständigen Landesstellen (Soziales Ministerium) erklärt werden.

Hamburg. Der Parteitag beauftragt die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion, rechtzeitig einen Antrag im Reichstag zu stellen, damit der 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag erhoben wird.

Prüfung der Ober- und Nieder-Sprachkassen. Die Reichstagsfraktion der S. P. D. möge bei Beginn der Session des Reichstages sofort den Initiativantrag einbringen, den 9. November als nationalen Feiertag festzusetzen.

Hamburg. Bis den Reihen der sozialdemokratischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten ist eine Exortkommission zu

zu bilden. Ihre Aufgabe ist, die Reden und Texte von Reden der Gegner der Sozialdemokratie so zusammenzufassen, daß sie den führenden Genossen auf dem Lande als Agitationsstoff dienen können. Außerdem hätte diese Kommission Auszüge aus den Agrargesetzen den Genossen auf dem Lande zugänglich zu machen, damit diese stets imstande sind, die Gesetzesausführung der unteren Verwaltungsorgane genau zu überwachen.

Stade. Pressenotizen und sonstige Gerüchte bringen die Nachricht, daß unsere Partei beabsichtigt, recht bald wieder in die Regierung einzutreten. Da nach Ansicht unserer Genossen die Zeit augenblicklich äußerst ungünstig ist, wird beantragt, daß der Parteivorstand beschließen möge, daß unsere Partei sich fernhalte von der Regierung. Die Parteien, die während des letzten Wahlkampfes unsere Genossen stets unfähigsten vorwarfen und noch vorwerfen, mögen vorläufig ruhig weiterregieren, bis sie allem Volke ihre eigene Unfähigkeit bewiesen haben. Dergleichen wäre erwünscht, daß, bevor unsere Partei sich an der Regierung beteiligt, eine Klärung innerhalb der Arbeiterbewegung stattgefunden hat, wofür jetzt berechtigete Hoffnungen vorliegen.

Silbesheim. Die Fraktionen des Reichstages und der Preussischen Landesparlamentarier werden beauftragt, dafür einzutreten, daß das Kleingartengesetz vom 31. Juli 1919 dahin abgeändert wird, daß den Kleingärtnern bis zu 2 Morgen Land zur Verfügung gestellt wird an Stelle von bisher bis zu 1/4 Morgen oder bis 1000 Quadratmeter.

Groß-Berlin. Der Parteitag möge beschließen: Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages wird beauftragt, mit aller Energie dahin zu wirken, daß die Regierung endlich ernsthafte Schritte gegen den Sachschaden und den Wucher unternimmt.

Groß-Berlin. Der Parteitag fordert die Abgeordneten der Partei in den Parlamenten auf, mindestens bei wichtigen Abstimmungen unocinget anwesend zu sein.

Groß-Berlin. Die gesetzliche Regelung der Gehälter für die Reichs- und Staatsbeamten läßt hinsichtlich der Befolgung der Kommunalbeamten die Finanzlage der kleineren Arbeiterstädte und -gemeinden unberücksichtigt. Viele kleine Städte und Gemeinden werden durch diese Regelung gezwungen, ihren Beamten Gehälter zu zahlen, die das Vielfache des höchsten Eventuallohnes eines Arbeiters in gleicher Stadt ausmachen.

Die letzten veröffentlichte Auslegung der Bestimmungen schafft diese Mißverhältnisse nicht ab.

Die weitere Bestimmung, daß für die Kinder auch den höchstbezahlten Beamten Kinderzulagen und dieselben Steuerzulagen gezahlt werden, schafft eine Benachteiligung für die geringbezahlten Beamtenklasse, die angesichts der wirtschaftlich schweren Lage dieser Kreise und der Arbeiterschaft erbitternd wirken muß.

Wir beantragen, den Parteitag zu ersuchen, die Reichstagsfraktion und die des Landtages zu beauftragen, mit allen Mitteln soviel wie möglich auf Abhilfe hinzuwirken.

Wiesbaden. Der Parteitag spricht der Fraktion und den ehemaligen Regierungsmitgliedern seine Mißbilligung aus über die schwächliche Haltung namentlich bei der Durchführung der 8 Punkte nach dem Kapp-Putsch und erwartet, daß in Zukunft die Interessen des Proletariats rücksichtslos vertreten werden.

Oldenburg. Die Reichstagsfraktion möge sofort für die Schaffung eines Beamtenrätegesetzes eintreten.

Oldenburg. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, dafür einzutreten, daß auf dem schnellsten Wege ein Gesetz im Reichstage geschaffen wird, wonach die Betriebsräte in die Aufsichtsräte von Aktiengesellschaften gewählt werden können.

Wiesbaden. Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, sofort Gesetzesentwürfe einzubringen: 1. Zur Sicherung der selbstwirtschaftenden Kleinbauern und Tagelöhner, die Pachtland im Besitz haben, gegen Kündigung und Landverlust. 2. Zur Sicherung des Anrechtes jeder Familie der ländlichen Gemeinden auf ein angemessenes Stück Land zur Selbsternährung durch die Gemeinden.

Wiesbaden. Der Parteitag fordert, daß die Vertrauensmänner der Partei in der Regierung und Fraktion mehr als bisher die Verbindung mit den Parteimitgliedern aufrechterhalten und sich in erster Linie als Beauftragte der organisierten Arbeiterschaft fühlen und als solche handeln, und bei Entscheidungen, welche für die Parteientwicklung außerordentlich bedeutungsvoll sind, die Bezirksverbände befragt werden.

Wiesbaden. Der Parteitag wolle beschließen, dahin zu wirken, a) daß seitens der Reichstagsfraktion ein Antrag auf Änderung des Kriegshinterziehengesetzes dahin einzubringen ist, daß alle in demselben vorhandenen Unterchiede beseitigt werden. Die Allen einseitig zu bemessen sind, so daß auf die Verursachung, Standesunterschiede keine Rücksicht zu nehmen ist; b) daß unverzüglich die Erhöhung der Renten der Alters-, Invaliditäts-, Unfall- und Krankenrentner erreicht wird, so daß dieselbe die Höhe des Geldwertes erreichen, den arbeitsunfähigen Rentnern während der einen den Verhältnissen entsprechende auskömmliche Rente gewährleistet wird.

Wiesbaden. Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, durchzusetzen, daß wichtige gewerbliche Betriebe, die auf aus kapitalistischem Interesse stillgelegt wurden, baldigst wieder in Betrieb gesetzt werden, und wenn die Unternehmer sich dem widersetzen, die Regierung den Betrieb auf Kosten des Unternehmers führt.

Sonneberg i. Th. Der Parteitag fordert unsere Genossen in den Regierungen und Parlamenten auf, energisch jede weitere Verteuerung der Lebensmittel zu verhindern.

Waldenburg (Schlef.). Der Parteitag wolle beschließen: Die Fraktionen des Reichstages und der Landesparlamentarier wolle darauf hinwirken, ein Gesetz zustande zu bringen, welches auch den Kreis- und Gemeindevertretern die Immunität gesetzlich gewährleistet.

Breslau. Der Parteitag beschließt: Die Reichstagsfraktion hat unverzüglich einen Antrag auf Neuregelung der Reichstagswahlkreise zu stellen. Bei der Neueinteilung ist besonders auf eine Vereinerung der Wahlkreise Bedacht zu nehmen. Ferner ist auch der Eigenart von Großstädten, Industriebezirken und rein agrarischen Gegenden nach Möglichkeit Rechnung zu tragen. Diese Neueinteilung ist beabsichtigt zu beantragen.

Waldenburg. Die Sozialisierung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu beschleunigen, und zwar möglichst ohne Entschädigung der gegenwärtigen Besitzer. Ferner sollen gegen die Zwickelrenten der Reichswehrrequisiten die schärfsten Maßnahmen ergriffen werden. Weiter soll sich die Partei mit aller Kraft einsetzen für Revision des heutigen Straf- und Zivilrechts, um ähnliche Schandurteile wie gegen die Maulwurfsstudenten zu vermeiden.

Regierungsorgane Würt. Der Parteitag spricht der Reichstagsfraktion sein Vertrauen zu der Haltung bei der Regierungsbildung aus.

5. badischer Landtagswahlkreis. Die Partei steht grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß parlamentarischen Ministern ein Anspruch auf Ruhegehalt nicht gewährt werden kann, sofern nicht besonders gelagerte Fälle eine Ausnahme als angezeigt erscheinen lassen.

Neuwied. Der Parteitag wolle beschließen: Zur Verhütung einer besseren Fühlungnahme zwischen den Wählern und den Abgeordneten zum Reichstag und dem Landtag sind geeignete Organisationsmaßnahmen zu treffen, die darauf abzielen, einerseits die Wähler über die politische Gesamtlage als auch über die Absichten der Gesamtpartei dauernd zu unterrichten und andererseits eine wirksame Vertretung der im Wahlkreise bestehenden Interessen der Wähler bei den zuständigen höheren Reichs- und Staatsbehörden zu gewährleisten.

Pferzheim. Nachdem den Gemeinden die Steuerhoheit genommen ist, andererseits aber die vom Reiche zugewiesenen Mittel in keiner Weise ausreichen, die sozialen und kulturellen Aufgaben der Gemeinden zu erfüllen, beauftragt der Parteitag den Parteivorstand, in Kürze Richtlinien darüber herauszugeben, in welcher Weise noch weiter zu schaffenden Einnahmequellen von den sozialdemokratischen Gemeindevertretern angenommen und verwertet werden können.

Die Art dieser Steuern, ob direkt oder indirekt, spielt dabei keine Rolle; maßgebend ist die Wirkung, und diese soll in der Hauptsache nur die besitzenden Klassen treffen, da Arbeiter, Angestellte und Beamte eine weitere Belastung nicht mehr ertragen können.

Magdeburg. Die wirtschaftliche Verfassung in ihrer jetzigen Form bietet der Arbeiterschaft keine Gewähr für eine spätere Erfüllung ihrer Hoffnungen. Darum fordert sie den Aufbau des Betriebsstrafgesetzes in der Hauptsache dahin, daß es möglich sein wird, aus den Reihen der Arbeiterschaft Führer heranzubilden zu können, die in der Praxis der Wirtschaftsführung technischer, ökonomischer und kaufmännischer Art eingeweiht und instande sind, in gegebener Zeit die wirtschaftliche Macht übernehmen zu können.

Abtey und Neuwied. Neuordnung der Lebensmittelpflicht. Der Parteitag beauftragt die Aufhebung der Zwangsmittelverteilung durch die bürgerliche Regierung. Die freie Wirtschaft hat nicht vermocht, die Ernährung des Volkes sicherzustellen. Der Parteitag fordert eine Neuordnung der Lebensmittelpflicht auf folgender Grundlage:

Die Erfassung geschieht einheitlich im ganzen Reichsgebiet nach einer von einer Reichszentrale auf Grund der Erntelage, Bodenklasse und Ernteschätzung festgestellten Lieferungspläne der Gemeinden. Die Verteilung auf die Verbrauchsgemeinden geschieht nach einem einheitlichen Schlüssel. Die Bedarfsbefriedigung der Erzeugergemeinden erfolgt grundsätzlich aus den Beständen der betreffenden Gemeinden, der Ueberfluß wird auf Anweisung der übergeordneten Erzeugergemeinde an die nächsten Bedarfsgemeinde abgegeben. Zur Erfassung der Erzeugnisse innerhalb der Gemeinden werden von und aus den Arbeitern, Angestellten und Beamten Erzeugergemeinden gebildet. Die Erfassung bei den Erzeugern liegt einzig und allein in den Händen dieser Erzeugergemeinden. In Gemeinschaft mit den Verbrauchsgemeinden des Kreises bilden sie Kreisverbände, die aus sich heraus die Provinzialverbände bilden. Die bilden die Staats- und diese die Reichszentrale. In allen Körperschaften müssen Vertreter der Regierung mit weitgehenden Einspruchsrechten vertreten sein. Den Erzeugergemeinden und Verteilungsgemeinden stehen Eingriffe in den Produktionsprozeß zu, um die Produktion zu sichern und zu fördern. Sie können unbeschadet des Einspruchsrechtes des Besitzers landwirtschaftliche Betriebsinhaber, die ihre Pflicht nicht erfüllen, entschuldigungslos enteignen und den Betrieb mit dem gesamten Betriebsmaterial weiterführen. Die Großbetriebe sind zu verstaatlichen.

Demokratisierung der Verwaltung. Der Parteitag vertritt sämtliche Forderungen, insbesondere die in der Staats- und Kommunalverwaltung sowie den staatlichen und kommunalen Verwaltungen befindlichen Parteigenossen, mit allen erreichbaren Mitteln dafür Sorge zu tragen, daß die gesamte Verwaltungsgewalt vereinfacht wird und daß der gesamte, insbesondere der höhere Beamtenapparat nach neuzeitlichen Gesichtspunkten zusammengesetzt wird.

Einheitschule. Das Programm der Einheitschule ist mit Beschleunigung durchzuführen.

Zur die Opfer des Krieges. Der Parteitag wolle beschließen, die Reichsregierung zu beauftragen, das Versorgungsgesetz der Hinterbliebenen und Kriegsgeschädigten einer beschleunigten Revision zu unterziehen.

Kranichfeld. Der Parteitag wolle beschließen, mit allen Mitteln bei der Regierung darauf hinzuwirken, daß unter Beibehaltung der öffentlichen Bewirtschaftung von Getreide eine Änderung in der jetzigen Bewirtschaftung eintritt nach folgenden Richtlinien:

Die Verbraucher (Päder) sind berechtigt, auf Grund ihres Verbrauches ihre Körnerfrucht vom Erzeuger selbst zu kaufen in bestimmten hierfür geltenden Bezirken unter strenger Einhaltung von Höchstpreisen. Zur Kontrolle erhalten die Verbraucher Ausweisarten, welche bei Abschluß eines Kaufes vom Käufer sowie Verkäufer auszufüllen und zu unterschreiben sind und vom Gemeindevorstand besiegelt und gestempelt werden. Nach Abschluß des Kaufes werden diese Ausweisarten entweder direkt oder durch das Bürgermeistertum der Kreisregierungsstelle zur Kontrolle eingesandt. Durch dieses Verfahren würde erreicht, daß erstens aller Zwischenhändler und dementsprechende Verteuerung des Brotes im Wesentlichen beseitigt. Dann wäre auch eine gewisse Freiheit des Kaufes gewährleistet, was auch zur Preislenkung mit beitragen würde; zweitens würde die Güte des Endproduktes der Frucht bedeutend verbessert, denn wenn die Frucht beim Bauer im Stroh und auch gedroschen längere Zeit lagert, trocknet selbige besser aus und gibt besseres Mehl und dementsprechend auch besseres Brot, wogegen beim jetzigen Verfahren, zumal beim Prinzip der Droschprämiere, die Frucht auf schnellstem Wege (also unangetrocknet, feucht) an den Kommunalverband geliefert wird, wodurch die Frucht erstens schon schwerer meigt und zweitens durch Stockig- und Ruffigwerden sehr verdirbt und schlechtes Mehl liefert.

Daß durch dieses Prinzip dieselbe Bewirtschaftung des Getreides ohne die bisherigen Nachteile zu erzielen ist, wird wohl ohne weiteres zugestanden werden müssen.

Kranichfeld. Der Parteitag wolle beschließen, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß die Regierung Deutschlands Richtlinien herausgibt, um den jetzigen Wucherpreisen Einhalt zu tun. Gleichzeitig auch verabschiedete Preisbestimmungen, um der Einhaltung dieser Richtpreise größtmögliche Geltung zu verschaffen.

Diese Richtlinien müßten als Grundlage haben, daß sämtliche Preise aller Lebensmittel, Waren, Arbeiten und Arbeitsergebnisse unserem Vaterland in der Weise angepaßt würden, daß diese Preise also nicht höher sein dürften, als wie dies entsprechend unserem Valutastand angezeigt wäre, um uns dem Auslande gegenüber vor Schaden zu bewahren.

Wenn also zum Beispiel unsere Valuta auf 1:10 steht, so müßten auch sämtliche Preise so eingestuft werden, daß sie bloß den zehnfachen Betrag der Vorkriegspreise kosten dürfen; selbstredend müßten also auch sämtliche Löhne und dergleichen Forderungen hierauf eingestuft sein, also nicht, daß z. B. ein Arbeiter an Lohn bloß das 3. bis 4.fache von früher bekommt und für Lebensmittel das 15. bis 20.fache bezahlen muß.

Alle über diese Höhe hinausgehenden Forderungen dürfen von den Preisprüfungsstellen nur bei außergewöhnlichen Verhältnissen zugestanden werden.

Sonstige Nebetterlungen dieser Höchstpreise, vor allem Schieberpreise und Schieberrenten überhaupt, müssen mit den schwersten Strafen belegt und möglichst mit Zuchthaus geahndet werden.

Den Richtlinien müssen die Vorkriegspreise zugrunde gelegt werden.

Durch diese Preisregelung würde sicher eine große Ungerechtigkeit aus der Welt geschafft und wieder einigermaßen Zufriedenheit beim Arbeiter, und der großen Masse des Volkes erzielt.

Strup. Wir wünschen, daß so schnell wie möglich Neuwahlen der Schulverbände in den Landgemeinden stattfinden auf Grund des Verhältniswahlsystems, da es von der Allgemeinheit nicht verstanden wird, daß nach 2 Jahre nach der Revolution einzelne Quisbesitzer und Bauern noch 3 bis 4 Stimmen besitzen. Unser demokratisches Empfinden kämpft sich gegen derartige verfassungswidrige feudalen Rechte. Die Arbeiter in den Landgemeinden haben es bitter empfunden, daß der Gesetzgeber die ländlichen Schulverhältnisse nicht genügend berücksichtigt hat.

Strup. Wir verlangen eine Revision der Steuererhebung, dahingehend, daß jedem Arbeiter sein Existenzminimum unversteuert bleibt. Das steuerfreie Einkommen müßte auf 10 000 M. erhöht werden.

Strup. Der Parteitag möge dahin wirken, daß von der sozialistischen Fraktion sofort ein Antrag zum Reichstag über eine Erhöhung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag im Deutschen Reich in Angriff genommen wird.

Neufkirchen. 1. Der Parteitag wolle mit aller Energie dafür einwirken, daß das Reichsappellations- und Reichsberggesetz sobald wie möglich zustande kommt.

2. Der Parteitag wolle dafür eintreten, daß das Kindergeld von der Einkommensteuer frei bleibe. Die Verfassung sieht darin ein großes Unrecht, daß die Familienbater von dem viel zu geringen Kindergeld noch Steuern zahlen sollen.

Anträge zum Parteitag.

(Schluß aus der 3. Beilage.)

Das Parteiprogramm.

Groß-Berlin. Der Parteitag in Weimar 1919 nahm eine Entschlie-
ßung zur Sozialisierung an, in der es heißt:

Der Parteitag fordert daher von der parlamentarischen Ver-
tretung der Partei und ihren Regierungsmitgliedern die Soziali-
sierung, wo sie möglich ist. Wo die Sozialisierung noch nicht mög-
lich ist, ist an die Stelle der reinen Privatwirtschaft eine zugunsten
der Volksgemeinschaft planmäßig betriebene und gesellschaftlich
kontrollierte Volkswirtschaft (Gemeinwirtschaft) durchzuführen.

Der Parteitag erkennt diese Entschlie-
ßung nochmals und aus-
drücklich an.

Groß-Berlin. Der Parteitag wird beauftragt, dahin zu wirken,
daß die Bedammen als Staatsbeamtinnen angesehen und deren be-
rufliche Tätigkeit nach einem staatlich festgelegten Tarif ausgeübt
wird, der in vernünftigen Grenzen gehalten ist, wenn es bei der
augenblicklichen Finanzlage des Reichs noch nicht möglich sein sollte,
gemäß unserer alten sozialistischen Forderung (Verstaatlichung des
Bedammenwesens) die Gehaltssteife überhaupt ohne irgendwelche
Unkosten für die Eltern zu gewähren.

Brandenburg-Westhavelland. Der Parteitag möge die Frage
der Revision des Parteiprogramms einer Kommission überlassen,
die den kommenden Parteitag Bericht erstatten wird. Der Parteitag
möge für die Arbeiten unserer Genossen in der Partei, den Or-
ganisationen, in Staat und Gemeinden allgemeine Richtlinien auf-
stellen und diese zur Grundlage eines Aktionsprogramms machen,
das vor allen Dingen von der Tendenz getragen werden soll, die
Verbindung zwischen den Parteigenossen im Lande und den Ge-
nossen in Parlamenten, Regierungen, an leitenden Stellen usw.
enger zu gestalten.

Serau-Horst. Der Parteitag in Kassel möge beschließen, eine
Kommission zur Ausarbeitung eines Agrarprogramms einzusetzen.

Registrierungs-Gesellschaft. Die vom Parteitag zur Revision des
Parteiprogramms einzusetzende Kommission soll sich folgenden An-
gelegenheiten zuwenden, an Stelle des zweiten Teiles ein Aktions-
programm zu schaffen, welches die zu verwirklichenden Gegenstands-
forderungen enthält. Die planmäßige Organisation der Wirtschaft,
die Reform der Verwaltungs- und Industriebehörden, Schulfragen,
die Stellung der Betriebsräte im Wirtschaftsleben müssen der
wichtigsten Inhalt des Aktionsprogramms sein.

Die Registrierungs-Gesellschaft beantragt, daß auf dem Parteitag in
Kassel bei der Beratung über das Erfurter Programm und der Auf-
stellung von Aktionsprogrammen auch grundsätzlich die Beamten-
frage geklärt und festgelegt wird.

Der Parteivorstand wird beauftragt, die Agrarfrage auf die
Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen.

Einmütig schloß sich die Registrierungs-Gesellschaft den von der
Parteiorganisation in Weimar gestellten Anträgen zur Erneuerung
des Parteiprogramms (Aktionsprogramm) an unter Streichung des
Satzes unter A Ziffer 6: „Rechtsprechung in Strafsachen durch
vom Volk gewählte Richter“. Wir wollen einen vollständig un-
abhängigen Richterstand haben. Die Anträge lauten nach der
Veränderung folgendermaßen:

A. Politische Forderungen.

1. Allgemeine Abrüstung. Aufrechterhaltung der öffentlichen
Sicherheit allein durch die Polizeikräfte. Schlichtung aller inter-
nationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege. Selbst-
bestimmungsrecht der Völker.

2. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung
und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken
oder unterdrücken. Aufhebung jedes Einflusses der Militärgewalt
auf nicht militärische Verhältnisse.

3. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlicher
und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benach-
teiligen.

4. Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit. Abschaffung aller
Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und reli-
giösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind
als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegen-
heiten vollständig selbst ordnen.

5. Weltlichkeit der Schulen. Obligatorischer Besuch der öffent-
lichen Volksschulen, die als allgemeine Einheitschule die gesamte
Jugend bis zum Alter von 18 Jahren aufnimmt und entsprechend
der individuellen Veranlagung und Reigung auf das Leben und
den späteren Lebensberuf vorbereitet.

Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehr- und Lernmittel und
der Unterbringung in der öffentlichen Schule.

Selbstverwaltung des öffentlichen Schulwesens durch Selbst-
verwaltungskörper, die sich aus Vertretern der Erziehungsbereti-
chtigten der Lehrerschaft und der Jugend zusammensetzen.

6. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes.
Berufung in Strafsachen. Abschaffung der Todesstrafe.

B. Sozialpolitische Forderungen.

1. Wirtschaftliches Räteystem nach den Beschlüssen des Weimarer
Parteitages.

2. Vereinheitlichung der Arbeiterversicherungen. Maßgebende
Mitwirkung der Arbeiterschaft an der Verwaltung.

3. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistungen durch allge-
meine Krankenversicherung. Mutterschaftsversicherung.

4. Ausreichende Erwerbslosenversicherung.

5. Umfassende Wohnungspolitik. Beschaffung von Klein-
wohnungen unter regelmäßiger Mitwirkung eines Reichswohnungs-
amtes.

C. Wirtschaftliche Forderungen.

Vollsozialisierung derjenigen Wirtschaftszweige, deren Kon-
zentration genügend fortgeschritten ist. (Kohle, Eisen, Kali, Elek-
trizität, chemische Industrie, interlokale Verkehrsmittel.) Dazu
Schaffung sich selbstverwaltender Körperschaften, durch deren Or-
ganisation das Allgemeininteresse gefördert wird, unter Steigerung
und Verbilligung der Produktion bei steigender Gewinnbeteiligung
der Allgemeinheit.

2. Gewinnbeteiligung des Reiches an Unternehmungen mono-
polistischen Charakters, die zur Sozialisierung noch nicht ge-
eignet sind.

3. Übernahme derjenigen Wirtschaftszweige, die örtlich mono-
polistischen Charakter tragen, durch die Kommunen, Heranziehung
der Genossenschaften, vor allem zur Lebensmittelversorgung.

4. Förderung des Kleinrentenwesens unter Abgabe der
Siedlung an Erbpacht. Ueberführung der modernen landwirtschaft-
lichen Großbetriebe in Eigentum des Staates oder der Genossen-
schaften.

Weiba. Angesichts der Tatsache, daß nur eine starke, in sich
geeinte Sozialdemokratische Partei das werktätige Volk aus den
Fesseln des Kapitalismus befreien und dem Sozialismus entgegen-
führen kann, stellt die Ortsgruppe Weiba der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands auf dem Standpunkte, daß mit allen Mitteln
verfügt werden muß, um zugleich das Proletariat vor den weiteren
Schicksalen der Selbstzerstückelung zu bewahren, den Wiederaufammen-
schluß mit dem der Zweiten Internationale angehörenden Teile
der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu
erreichen.

Aus diesem Grunde ist die Revision des Parteiprogramms
beroi vorzunehmen, daß einer Einigung innerhalb der beiden so-
zialistischen Parteien die Wege geebnet werden.

Chemnitz. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist
grundätzlich für den geschlossenen deutschen Einheitsstaat. Sie er-
blickt in der noch bestehenden deutschen Kleinstaaterei und ihrer
Weiterentwicklung eine Gefährdung der Reichs-, Finanz- und Wirt-
schaftsinteressen und eine schwere Gefahr für die bürgerliche und
politische Einheit, sowie für die Sicherheit der Republik. — Die
sozialdemokratischen Fraktionen der Einheitslandtage haben deshalb
die Pflicht, streng nach diesem Grundsatz zu wirken.

Der Grundsatz dieses Antrages soll, falls die Partei nicht
früher in diesem Sinne Entschlie-
ßung facht, im neuen Partei-
programm deutlich zum Ausdruck gebracht werden.

Nordhausen. Der Parteitag in Kassel möge beschließen: Der
2. Teil des Erfurter Programms wird von einer zu wählenden
Kommission einer den neuen Verhältnissen entsprechenden Um-
arbeitung unterzogen. Die wichtigste Forderung ist hierbei die In-
angriffnahme der Sozialisierung.

Meiningen. In Erwägung dessen, daß in dem „Vorschlägen für
die Erneuerung des sozialdemokratischen Programms“ das Wesen
und Wirken der Planwirtschaft von den Genossen Wisell und
Robert Schmidt für und wider sehr eingehend erwoogen wird, und
in besonderer Berücksichtigung dessen, daß die immer mehr über-
handnehmende Wirtschaftsabotage gewisser großkapitalistischer Be-
triebe (siehe Annullierungsprämie der Daimler-Werke) sehr bald
zu einem katastrophalen Massenelend führen muß, beantragt die
heutige Versammlung, den Punkt „Wirtschaftspolitik“ als drin-
gende Angelegenheit auf dem Kasseler Parteitag mit zu behandeln
und dabei gleichzeitig die Genossen Wisell und Robert Schmidt als
Referenten und Korreferenten für und wider die Planwirtschaft
zu bestellen.

Meisenbach. Beschleunigung der Sozialisierung aller reifen
Betriebe ohne jede Entschädigung.

Sab Berka. Der Parteitag möge beschließen, bei der Auf-
stellung des neuen Parteiprogramms, um dasselbe für die breiten
Massen verständlicher zu gestalten, den Gebrauch der Fremdwörter
möglichst zu vermeiden.

Ottfassen. Förderung der Erziehung durch die Arbeitsgemein-
schaft der neuen Kultur: Arbeitsschule.

Förderung der Einheitschulen. Zum Begriff der Einheits-
chule im weiteren Sinne gehört auch die Ausbildung der Eltern
zu Erziehern und soziale Fürsorge für werdende Mütter und
Kinder.

Förderung der allgemeinen Schulpflicht und des allgemeinen
Schulrechts bis zum vollendeten 18. Lebensjahre.

Förderung der Selbstverwaltungskörper für die Schule (Kinder-
gartenhochschule), die sich bis zum Reichskulturtag aufbauen, be-
stehend aus Eltern, Lehrern und Vertretern des Staates.

Förderung der pädagogischen Fakultäten an den Universitäten.
Ottfassen. Die persönliche und staatliche Unterstützung des Ge-
nossenschaftswesens ist in das Programm aufzunehmen.

Breslau. Der Parteitag möge beschließen: Das Erfurter
Programm wird in seinem praktischen Teil außer Kraft gesetzt.

Das Aktionsprogramm der Partei enthält von jetzt ab folgende
Forderungen:

A. Politische Forderungen.

1. Allgemeine Abrüstung. Aufrechterhaltung der öffentlichen
Sicherheit allein durch die Polizeikräfte. Schlichtung aller inter-
nationaler Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege. Selbst-
bestimmungsrecht der Völker.

2. Eine einheitliche und unteilbare demokratische Republik mit
voller Selbstverwaltung in Ländern, Landesteilen und Gemeinden
in solchen Angelegenheiten, die regional bzw. lokale Bedeutung
haben.

3. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäu-
ßerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung ein-
schränken oder unterdrücken bis zur völligen Abrüstung. Auf-
hebung jedes Einflusses der Militärgewalt auf nichtmilitärische
Verhältnisse.

4. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlicher
und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benach-
teiligen.

5. Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit. Abschaffung aller
Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religi-
ösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind
als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheit
vollständig selbst ordnen.

6. Weltlichkeit der Schulen. Obligatorischer Besuch der öffent-
lichen Volksschulen, die als allgemeine Einheitschule die gesamte
Jugend bis zum Alter von 18 Jahren aufnimmt und ent-
sprechend der individuellen Veranlagung und Reigung auf das
Leben und den späteren Lebensberuf vorbereitet. Unentgeltlichkeit
des Unterrichts, der Lehr- und Lernmittel und der Unterbringung
der Schüler und Schülerinnen in der öffentlichen Schule. Selbst-
verwaltung des öffentlichen Schulwesens durch Selbstverwaltungskörper,
die sich aus Vertretern der Erziehungsberechtigten, der
Lehrerschaft und der Jugend zusammensetzen.

7. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes
in Strafsachen. Rechtsprechung in Strafsachen durch vom Volke
gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Abschaffung der
Todesstrafe.

B. Sozialpolitische Forderungen.

1. Wirtschaftliches Räteystem nach den Beschlüssen des Weimarer
Parteitages.

2. Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung. Maßgebende
Mitwirkung der Arbeiterschaft an der Verwaltung.

3. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistungen durch allge-
meine Krankenversicherung. Mutterschaftsversicherung.

4. Ausreichende Erwerbslosenversicherung.

5. Umfassender Jugendschutz. Verbot der Erwerbsarbeit für
Kinder unter 14 Jahren. Verbot der Frauen und Jugendlichen
unter 18 Jahren in solchen Industriezweigen, in denen die Arbeit
besonders gesundheitschädlich ist. Verbot der Nachtarbeit für
Frauen und Jugendliche unter 18 Jahren.

6. Umfassende Wohnungspolitik. Beschaffung von Klein-
wohnungen unter regelmäßiger Mitwirkung eines Reichswohnungs-
amtes.

C. Wirtschaftliche Forderungen.

Vollsozialisierung derjenigen Wirtschaftszweige, deren Kon-
zentration genügend fortgeschritten ist. (Kohle, Eisen, Kali, Elek-
trizität, chemische Industrie, interlokale Verkehrsmittel.) Dazu
Schaffung sich selbstverwaltender Körperschaften, durch deren Or-
ganisation das Allgemeininteresse gefördert wird, unter Steigerung
und Verbilligung der Produktion bei steigender Gewinnbeteiligung
der Allgemeinheit.

2. Gewinnbeteiligung des Reiches an Unternehmungen mono-
polistischen Charakters, die zur Sozialisierung noch nicht ge-
eignet sind.

3. Übernahme derjenigen Wirtschaftszweige, die örtlich mono-
polistischen Charakter tragen, durch die Kommunen, Heranziehung
der Genossenschaften, vor allem zur Lebensmittelversorgung.

4. Förderung des Kleinrentenwesens unter Abgabe der
Siedlung an Erbpacht. Ueberführung der modernen, landwirtschaft-
lichen Großbetriebe in Eigentum des Staates oder der Genossen-
schaften.

Hamburg. Der Sozialdemokratische Verein für das Hambur-
gische Staatsgebiet stellt folgenden Antrag:

Der Parteitag in Kassel möge die Einsetzung einer Kommission
zur Erneuerung des Parteiprogramms beschließen und dieser Kom-
mission die nachstehenden Wünsche zur Verächtigung überweisen:

1. An dem Klassenkampfstandpunkt, den die Arbeiterklasse inner-
halb der bürgerlichen Gesellschaft einzunehmen hat, ist grundsätzlich
festzuhalten.

2. Ebenso an dem Ziel einer freien sozialistischen Gesellschaft,
wie es im Erfurter Programm aufgestellt ist.

3. Mit größtem Nachdruck ist jedoch zu erklären, daß der Kampf
der Arbeiter nicht nur ein politischer, sondern zugleich ein wirt-
schaftlicher und kultureller sein muß. Die Bedeutung der Gewerks-
chaften und Genossenschaften als Mittel zur Verhinderung einer
schrankenlosen Ausbeutung und Vereindung der Arbeiterklasse durch
die Kapitalistenklasse muß ausdrücklich hervorgehoben und auf die
Notwendigkeit des Zusammenrückens aller Hand- und Kopfarbeiter
in einheitlich geleiteten wirtschaftlichen Organisationen hingewiesen
werden. In gleicher Weise ist die Notwendigkeit der geistigen Er-
hebung der Arbeiterklasse durch Bildungsanstalten zu betonen.

4. Unter den politischen Forderungen ist aufzunehmen die Aus-
gestaltung der deutschen Republik zu einem Einheitsstaat, der durch
eine angemessene Dezentralisation insbesondere auch den deutschen
Handels- und Seestädten eine ihrer weltwirtschaftlichen Bedeutung
angemessene Selbstverwaltung und Entwicklungsmöglichkeit ein-
räumt.

5. Neben dem allgemeinen Programm, dessen Umfang tunlichst
einzuschränken ist, sollen Aktionsprogramme für die Tätigkeit der
Partei auf dem Gebiete der Landwirtschaft, der Grund- und Boden-
frage, des Gesundheitswesens sowie der Steuerpolitik und des Schul-
wesens usw. ausgearbeitet werden.

Hamburg. Rüstige wichtige Veröffentlichungen zum Partei-
programm sind dem Parteivorstand in Broschürenform und zu bil-
ligem Preise den Parteigenossen zur Verfügung zu stellen, so daß
weitere Kreise der Partei sich eingehend mit der Programmfrage
beschäftigen können.

Lübeck. Aufstellung spezieller Forderungen zur Durchführung
der Sozialisierung des Bodens.

Bremerhaven. Es wird erwartet, daß der Parteitag neben
einer Kommission für den Entwurf eines neuen Parteiprogramms
eine Anzahl von Kommissionen einsetzt, die Richtlinien aufstellen
für die gegenwärtige sozialdemokratische Kommunalpolitik, Sied-
lungspolitik, Schulpolitik und andere Gebiete.

Bramsche. Es wird die Schaffung eines den veränderten Ver-
hältnissen entsprechenden Agrarprogramms beantragt.

Chemnitz. Der Parteitag möge beschließen, dem grundsätzlichen
Teil des Erfurter Programms folgenden Zusatz zu geben:

Das Kapital hat die Gesellschaftswirtschaft von der Einzelwirt-
schaft zur Genossenschaftswirtschaft entwickelt, Technik und Wissen-
schaft in ihren Dienst gestellt und damit die Rationalität auf eine
so hohe Stufe gebracht, daß die Gesellschaft in der Lage ist, so viel
Werte zu erzeugen, als zur Befriedigung aller Existenzbedürfnisse
ihrer Glieder erforderlich sind. Wenn trotzdem die große Masse des
Volkes schweren Entbehrungen ausgeht, ist das keine Ursache
dafür, daß die Möglichkeit besteht, daß sich einzelne Menschen in
großem Umfange Existenzmittel über ihren gegenwärtigen Bedarf
aneignen. Existenzmittel, die ein Mensch über seinen gegen-
wärtigen Bedarf besitzt, sind Privateigentum. Die Rationalität,
Existenzmittel in Privateigentum zu verwandeln und sie damit der
Gesellschaft zu entziehen, ist unbegrenzt dagegen sind die von der
Gesellschaft erzeugten Werte begrenzt. Das Privateigentum hat
heute einen großen Umfang angenommen und entzieht der Gesell-
schaft so viel Werte, daß ihr nicht so viel bleibt, um die dringendsten
Bedürfnisse vieler Menschen zu befriedigen. Die Nichtbefriedigung
notwendiger Existenzbedürfnisse bedeutet für den Menschen den
Untergang. Somit erzeugt das Privateigentum die Unsicherheit der
Existenz und damit das Streben nach Privateigentum. Privateigen-
tum hat die Unsicherheit der Existenz, diese wieder das Privateigen-
tum zur Folge. Dadurch, daß ein Mensch nach Privateigentum
strebt, macht er die Existenz aller Menschen unsicher und zwingt
diese gleichfalls, nach Privateigentum zu streben. Einer zwingt
alle, und alle zwingen den einzelnen. So entsteht eine übereinzel-
menschliche Macht, der sich kein Mensch entziehen kann, der Kapital-
alismus. Dadurch, daß sich jeder Mensch in jeder wirtschaftlichen
Tätigkeit ausschließlich von dem Streben nach Privateigentum
leiten läßt, gefährdet der Kapitalismus die Formen der Gesellschafts-
wirtschaft und bewirkt, daß diese für die Gesellschaft oft schädliche,
widerwärtige Formen annehmen, die die ganze Gesellschaft gefährden
können. Deshalb erstrebt die Sozialdemokratische Partei Deutsch-
lands die Beseitigung des Kapitalismus, und an dessen Stelle den
Sozialismus, das Streben des Menschen in möglichst kurzer Zeit
mit einem möglichst geringen Aufwand von Arbeitskraft so viel
Werte zu erzeugen, als zur Befriedigung seiner Existenzbedürfnisse
erforderlich sind.

Die kapitalistische Gesellschaft beruht auf Privateigentum, das
besteht auf die bestehende Möglichkeit und Notwendigkeit für den
Menschen, Existenzmittel über seinen gegenwärtigen Bedarf zu be-
sitzen. Grundlage des Privateigentums ist die beitzugene Eigen-
schaft des Geldes, seine Ursache, die Unsicherheit der Existenz des
Menschen.

Deshalb erstrebt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

1. Die absolute Sicherung der Existenz des Arbeiters durch
den Staat.

2. Eine laufende Entwertung des Geldes.

Für die absolute Sicherung der Existenz des Arbeiters ist er-
forderlich:

1. Die Umwandlung des Geldlohn in einen konstanten Wert-
lohn durch Gesetz, das bestimmt, daß in den größeren Orten Kom-
missionen gebildet werden, welche laufend die Lebensmittelpreise an
Orte feststellen und an der Hand dieser Feststellungen in kurzen
Zwischenräumen den Betrag errechnen, den ein Arbeiter haben
muß, um seine Existenzbedürfnisse voll und ganz zu befriedigen,
und daß jeden Arbeitgeber verpflichtet, den so festgestellten Betrag
seinen Arbeitern als Mindestlohn zu zahlen.

2. Ein Vollstufengesetz, das allen Kranken, Invaliden, Ar-
beitslosen, Witwen und Waisen eine ausreichende, dem Mindest-
lohn ihres Wohnortes prozentual angepaßte Unterstützung gewährt.

Die Durchführung dieser Gesetze bedeutet eine dauernde Stei-
gerung der Löhne und infolgedessen aller Preise, die gleichbedeutend
ist mit einer laufenden Entwertung des Geldes.

Hamburg. Da die so notwendige Enteignung des Groß-
grundbesitzes und Ueberführung desselben in Gemeineigentum bis-
her in keiner Weise in Angriff genommen ist, auch das Siedlungs-
gesetz (obwohl wir die Schwierigkeiten der Beschaffung von Wohn-
und Wirtschaftsgebäuden, Maschinen usw. nicht verkennen) nicht
in dem Maße zur Durchführung gelangt, wie es im Interesse
unserer ländlichen Volksgenossen gefordert werden muß (hat doch
zum Beispiel die Aufteilung von 400 Morgen Land des Gutes
Altenhof bei Uferneuf durch Begünstigung der Bauern dazu ge-
führt, daß acht zumeist am Orte gehorene Arbeiterfamilien
Vornstein verlassen müssen, so daß statt einer Beschließung eine
Entsiedlung stattfindet, weil die Schicksal-Gesellschaft Hofebau
anscheinend nicht unparteiisch handelt, indem sie Kaufangebote
sozialdemokratisch gesinnter Arbeiter ablehnte), beantragt er
auf die Tagesordnung des Deutschen Parteitages die Agrar- und
Siedlungsfrage zu setzen und fordert vom Parteitag, daß er mit
allem Nachdruck die sofortige Inangriffnahme der Enteignung des
Großgrundbesitzes und eine großzügige Siedlung unter Aussch-
altung privatkapitalistischer arbeitender Institutionen mit aller Macht
durchzuführen veranlaßt. Gerade das Verlangen dieser berechtigten
Forderung verurteilt mit Recht den größten Nährboden für die
Aufnahme der radikalen unabhängigen und kommunistischen
Klassen, dadurch aber eine wirkliche Sozialisierung auf dem Bo-
den der Demokratie gefährdend.

Hamburg. Der Parteitag beschließt für die nächste Arbeit
ein Aktionsprogramm, das sich ausdrückt für rücksichtslosen Klassen-
kampf zur Erzwingung sofortiger Sozialisierung der großen Be-

triebe in Industrie und Landwirtschaft, für eine sozialistische Regierung und gegen jede Koalition mit dem Bürgertum, wenn nicht auch eine Beteiligung der übrigen sozialistischen Parteien erfolgt.

Württemberg-Wilhelmsbuchen. Der Parteitag wolle beschließen: Die zur Revision des Erfurter Programms einzusetzende Kommission ist zu beauftragen, die Grundzüge der Sozialdemokratischen Partei in einer wissenschaftlichen Begründung unabhängig von dem besonders aufzustellenden Aktionsprogramm niederzulegen.

Begründung: Die Aktionsfähigkeit der Partei nach außen, bei Wahlen, Kampfen, Ausarbeitung von Gesetzesvorlagen usw. könnte dadurch ganz wesentlich gewinnen, indem es nicht langwieriger Beratungen (Einberufung mehrerer Parteitage usw.) bedarf, eine Veränderung der aufgestellten Forderungen im Aktionsprogramm vorzunehmen. Auch können durch die Entwicklung überholte Forderungen leicht fallen gelassen, sowie neue Forderungen aufgestellt werden, was nicht möglich ist, wenn beide Teile organisch zu einem Ganzen verbunden sind.

Bei Wahlen wird unseren in der Agitation tätigen Genossen die Stagnation unseres Programms immer und immer wieder vorgehalten und können diese dann nicht mit für die Partei eintrittlich aufstellen, nur die Verhältnisse der gegebenen Zeitumstände berücksichtigenden Forderungen dieser Kampfweise wirksam begegnen.

Württemberg-Wilhelmsbuchen. Es ist eine Kommission einzusetzen, welche die Aufgabe hat, fortlaufend die allgemeinen Wirtschaftskrisen, vorwiegend Sozialisierungs-, Agrar-, Wohnungs- und Siedlungsfragen, eingehend zu prüfen, den Forderungen der Parlamente zur Schaffung einschlägiger Gesetzentwürfe Anregungen zu geben und dem nächstjährigen Parteitag Vorschläge bezüglich der Aufnahme entsprechender Beisätze in das Parteiprogramm zu machen.

Heißbühl. Der Parteitag beschließt: Die Partei hat auch mit den härtesten ihr zu Gebote stehenden Mitteln, eine schnelle Durchführung der Sozialisierung der Landwirtschaft herbeizuführen. Der Parteitag geht dabei von der Erwägung aus, daß das deutsche Volk nicht eher wieder zur Ruhe und zum Wohlstand gelangen kann, bevor es nicht gelungen ist, die Erträge der deutschen Landwirtschaft auf die denkbar größte Höhe zu bringen. Die Steigerung der Erträge auf das notwendige Maß kann nur gelingen durch die vollkommene Sozialisierung der Landwirtschaft, durch die an Stelle der heutigen zerfahrenen Erzeugung eine rationelle auf den Großbetrieb und großzügiger wissenschaftlicher Erforschung aufgebaute Produktion tritt.

Der Parteitag vertritt deshalb die Bestrebungen der Siedlungspolitik, durch die die landwirtschaftliche Erzeugung in zahllose

Zweckbetriebe zerlegt wird. Er ist der Auffassung, daß nie und nimmer solche Zweckbetriebe imstande sind, die Produktion zu heben, die Ernährung des deutschen Volkes und die Existenz der Arbeiter zu sichern. Das kann nur der vollkommen mit den besten Maschinen ausgestattete sozialisierte Großbetrieb.

Darum fordert der Parteitag die Schaffung eines vollständigen sozialistischen Agrarprogramms, das zur endgültigen Beschlußfassung dem nächsten Parteitag vorzulegen ist.

Als Grundforderungen der Gegenwart stellt er heute schon auf: sofortige Einführung weitgehender gesellschaftlicher Bewirtschaftung der großen Ländereien, die dem Reich und den Ländern gehören, wie Truppenübungsplätze, Domänen und Staatsgüter. Das Recht, Grundstücke als Eigentum zu erwerben, besitzen nur das Reich, Staat und Kommunalverbände, um dem Auskauf der heutigen ländlichen Bevölkerung durch das Großkapital vorzubeugen. Schnelle Einführung eines Erbrechts zugunsten des Reiches, das den beweglichen und unbeweglichen Besitz, soweit er der Warenerzeugung dient, in absehbarer Zeit Gemeineigentum werden läßt.

Forderung eines Gesetzes zur sofortigen Enteignung der landwirtschaftlichen Betriebe, die durch Vernachlässigung und Mangelbau die Ernährungsmöglichkeit des deutschen Volkes in Frage stellen.

Zusammenschluß der ländlichen Gemeinden zu Wirtschaftsgenossenschaften durch Ausbau des ländlichen Genossenschaftswesens, das An- und Verkauf aller Bedarfsgegenstände regelt.

Der Parteitag verpflichtet die Genossen allerorts, die Aufklärungsarbeit dieser Ideen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu betreiben und ruft das deutsche Volk auf, sozialistische Vertreter in die Parlamente zu entsenden, um die Macht zu schaffen, die notwendig ist, recht bald die Enteignung des großen Grund und Bodens und Umwandlung desselben in Gemeineigentum zu erreichen, um dadurch Deutschland vor dem drohenden Zusammenbruch zu retten und vom nagenden Hunger zu befreien.

Heißbühl. Die Genossen in den Landesversammlungen ersucht der Parteitag, darauf zu dringen, daß so bald wie möglich die Gutsbezirke in Gemeindebezirke umgewandelt werden, damit den Genossen endlich Gelegenheit gegeben wird, in der Vertretung mitzuberaten.

Stade. Es wird beantragt: Der Parteitag möge Stellung nehmen zum Reichsbedingungsrecht in Verbindung mit den Grundprinzipien unserer Partei.

München. Die Stellungnahme der Partei zur Sozialisierungsfrage soll auf dem Parteitag klar und ungewandelt festgelegt werden.

Augsburg. Dem einschlägigen Satz des Parteiprogramms möge folgende Fassung gegeben werden: Religion ist Privatsache, nicht Parteisache. Die religiöse Ueberzeugung des einzelnen genügt innerhalb der Partei volle Freiheit und Achtung.

Frankenhein-Reichenbach. Die Unterbezirkskonferenz Frankenhein-Reichenbach beantragt, im neuen Parteiprogramm Stellung zur Siedlungsfrage zu nehmen.

Die Unterbezirkskonferenz wünscht, daß die Partei die Siedlungsbestrebungen nach besten Kräften fördert.

Bezirksverband Franken. Der Parteitag soll sich mit der Agrarfrage befassen und eine Kommission einsetzen, die ein Agrarprogramm auszuarbeitet.

Neutlingen. Wir ersuchen den Parteivorstand, der Ausarbeitung eines Kleinbauern- und Kleinhandwerkerprogramms näherzutreten zu wollen.

Sonstige Anträge.

Wellenbach. Wir erheben härtesten Protest gegen Umtriebe der reaktionären Offiziere der Reichswehr bzw. der Sicherheitswehr. Gleichzeitig fordern wir die Beseitigung des Reichswehrministers Dr. Gehler sowie des Verkehrsministers Gröner wegen ihres brutalen Vorgehens.

Andernach. In Anbetracht der außerordentlichen guten Wirkungen, die der auf dem Parteitag der S. P. D. in Leipzig im Jahre 1900 beschlossene Schnapsboykott ausgeübt hatte, stellt hiermit die Ortsgruppe Andernach den Antrag, den Schnapsboykott erneut auszusprechen mit dem Zusatz: Alle Parteigenossen verpflichten sich, von heute ab keinen Branntwein oder sonstige hochprozentige Getränke als Genußmittel zu trinken und mit allen zu Gebote stehenden Kräften den Kampf gegen diesen gefährlichsten der Volksfeinde zu führen.

Hildesheim. Der Unterbezirkstag Hildesheim beauftragt den Parteitag in Kassel, zur Entschädigungsfrage derjenigen Mandatsinhaber in den parlamentarischen Körperschaften Stellung zu nehmen, welche völligen Arbeitsloshausfall durch ihre Tätigkeit haben, und für diese die Entschädigung barartig zu erhöhen, daß die in kapitalistischem Arbeitsverhältnis stehenden Genossen die Gelegenheit haben, derartige öffentliche Mandate zu bekleiden.

Weschnitz. Den einzelnen Wahlkreisen sind mehr Rechte einzuräumen bei Aufstellung der Kandidaten zu den Parlamenten und Parteiamtern, damit den Mitgliedern Gelegenheit gegeben wird, zu der Aufstellung ihrer Kandidaten Stellung zu nehmen. Wir wollen die wahre Demokratie!

Weschnitz. Diejenigen Parteigenossen, welche ein öffentliches Amt bekleiden, wie Bürgermeister, Landräte, Stadträte usw., dürfen vorläufig nicht aufgestellt werden, da dieselben in den eigenen Ämtern unentbehrlich sind.

Die Genossen, welche ein öffentliches Amt bekleiden, haben schon jetzt auf ihr Reichs- oder Landtagsmandat zu verzichten.

Altona. Der nächste Parteitag findet in Altona statt.

Tragen oder brauchen Sie ein Augenglas?

Für die Augen „Tuluweit“
Geh' zu ihm, er weiß Bescheid!

Viele wissen nicht, daß ein schlecht gewähltes oder schlecht sitzendes Augenglas Beschwerden, wie Kopfschmerzen, Druck über den Augen, Kopfschmerzen vor den Augen usw., hervorruft. Vorzeitige Ermüdung ist auch oft die Folge nicht passender oder fehlender Gläser. Wer an diesen Erscheinungen leidet, scheue nicht den Weg zum Optiker Tuluweit, Blücherstr. 12 (gegenüber der Kirche), um seine Augen durch den Optiker sofort untersuchen zu lassen. Viele Landbesitzer von Leuten, die bei den genannten Beschwerden dieses vergeblich versucht hatten, liegen im Reichthum zur Einsicht aus. Große Auswahl in Brillen, Theater- und Prismengläsern zu bedeutend herabgesetzten Preisen. 10 Prozent gewähre ich, solange es mir möglich ist, auf alle Artikel, auf Gläser 20 Prozent, und kosten jetzt demnach stark gewöhnliche Gläser 20,- Mark und einfache Gläser 8,- Mark pro Paar. (Markenartikel ausgenommen.)

Handarbeits-Ausstellung

unter Beteiligung von Kunstgewerblerinnen sowie eigener Erzeugnisse • Reiche Auswahl angefangener und fertiger Handarbeiten mannigfachster Art • Decken, Sofakissen, Lampenschirme, Teepuppen, Kuchenglocken, Perlbeutel, Batik usw. in geschmackvoller Ausführung

Vorgezeichnete Rips-Artikel	Stickmaterialien	Vorgezeichnete Altdeutsche Kreuzstich-Leinen-Arbeiten
Kissenplatten 36 ⁰⁰	D.M.C.-Twist Docks 1 ²⁵	Kissenplatten 42x60 cm 28 ⁵⁰
Mittendecken 85x85 cm 51 ⁰⁰	D.M.C.-Perlgarn Docks 2 ⁵⁰	Divankissen 55x70 cm 44 ⁷⁵
Runde Tischdecken 125 cm 115 ⁰⁰	D.M.C.-Stickgarn Docks 1 ⁸⁵	Tischläufer 35x140 cm 32 ⁰⁰
Tischläufer 46 ⁰⁰	D.M.C.-Häkelgarn KnBuel 10 ⁵⁰ bis 15 ⁰⁰	Mittendecken 85x85 cm 44 ⁷⁵
Esstischdecken 170x170 cm 225 ⁰⁰	D.M.C.-Frivolitälengarn .. KnBuel 1 ⁵⁰	Runde Tischdecken 130 cm 110 ⁰⁰
Nächtischdecken 50x85 cm 33 ⁰⁰	D.M.C.-Deckenstrickgarn KnBuel 23 ⁰⁰	Esstischdecken 170x170 cm 168 ⁰⁰

Echte Klöppel-Decken • Gestrickte Decken • Künstler-Sofakissen • Keilm-Arbeiten • Herrenzimmer-Tischdecken • Fertige Decken Handarbeit 58.00 • Gobelin-Stickerien

Grosser Damenwäsche-Verkauf

Damenhemden ^{ester Stoff, mit Sliderei} 37 ⁵⁰ 45 ⁰⁰	Untertaillen ^{sehr reich garniert} 19 ⁵⁰ 29 ⁵⁰
Damenhemden ^{ester Stoff, m. Stickerei - Ein- u. Ausz.} 59 ⁵⁰ 67 ⁵⁰	Garnituren ^{Hemd u. Beinkl. pass., prima Stoff, m. Sliderei} 110 ⁰⁰ 145 ⁰⁰
Beinkleider ^{für Damen, lester Stoff, Knieforn, mit Sliderei} 27 ⁵⁰ 39 ⁵⁰	Nachthemden ^{zu den Garnituren passend} 115 ⁰⁰ 145 ⁰⁰
Beinkleider ^{für Damen, Knieforn, m. Sliderei - Ein- u. Ausz.} 57 ⁵⁰ 62 ⁵⁰	Balishemden ^{mit Spitze oder Sliderei} 49 ⁵⁰ 67 ⁵⁰
Nachthemden ^{für Damen, Rumpf, Sliderei oder Langpelle} 59 ⁵⁰ 75 ⁰⁰	Nachthemden ^{Batist, mit feinen Spitzen od. Sliderei} 95 ⁰⁰ 135 ⁰⁰
Nachthemden ^{f. Damen, halbtrockn. m. Sliderei garniert} 95 ⁰⁰ 135 ⁰⁰	Unterröcke ^{mit breitem Sliderein} 75 ⁰⁰ 95 ⁰⁰

Billige Wäschestoffe

Wäschetuch ^{für Kinder- und Damenwäsche} Meter 13 ⁵⁰	Lakenstoff ^{zirka 145 cm breit, gute Qualität} Meter 38 ⁷⁵
Hemdentuch ^{kräftige Qualität} Meter 16 ⁵⁰	Lakenstoff ^{160 cm breit, gute Qualität} Meter 46 ⁰⁰
Renforcé ^{besonders gute Qualität} Meter 18 ⁵⁰	Bellsalin ^{prima Qualität, Kissenbreite} Meter 32 ⁵⁰
Wäschebatist ^{jeinädig} Meter 19 ⁷⁵	Bellsalin ^{prima Qualität, Deckbettbreite} Meter 48 ⁵⁰
Louisianatuch ^{Kissenbreite} Meter 18 ⁵⁰	Beilköper ^{jederdicht, Kissenbreite} Meter 42 ⁰⁰
Louisianatuch ^{Deckbettbreite} Meter 32 ⁵⁰	Beilköper ^{jederdicht, Deckbettbreite} Meter 65 ⁰⁰

Mittwoch, den 22., bleiben unsere Häuser geschlossen

Fertige Kissenplatten Handarbeit 58⁰⁰

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE
ALEXANDER-PLATZ
FRANKFURTER ALLEE

Strickjacken

Reine Wolle / Nur aparte Formen

Modellhaus AUGUSTE MÜNZER

Markgrafenstr. 28 (2. Haus von der Leipziger Str.)

Neuheiten in Stoffen für Damenbekleidung

Karierte u. gestreifte Stoffe 29²⁵ 34⁵⁰ bis 95 M.
Neue Phantasie-Karos u. Streifen, Breite 80-140 cm, das Meter

Noppen-Stoffe 50 M. 95 M. bis 125 M.
Glatte, gestreifte und karierte Stoffe mit farbigen Noppen, Breite 130 cm, das Meter

Melierte Stoffe 36⁶⁰ 55 M. bis 110 M.
Tuch- und cheviotartig, in gemischten Farbtönen, verschwommenen Karos, Streifen und im Herbestoffgeschmack, Breite 90-140 cm, das Meter

Einfarbige Stoffe 34⁵⁰ 52 M. bis 240 M.
Gabardine, Twills, Cheviots, Tucho, Wellbatiste, Popeline, Körper- und Kreppstoffe, Breite 80 bis 140 cm, das Meter

Schwarze Stoffe 30 M. 58 M. bis 246 M.
Dichte und klare Gewebe für Kleider, Blusen, Kostüme, Röcke und zum Übergarnieren, Alpaka für Kleider, Mäntel, Schürzen u. Herren-Jackets, Breite 80-140 cm, d. Meter

Mantelstoffe 49 M. 90 M. bis 240 M.
Diagonalgewebe, Loden, Flausche, Kamelhaarstoffe und Teddybärstoffe in einfarbig, meliert und kariert, Breite 130-140 cm, das Meter

Schwarze Mantel-Samte 128 M. bis 142 M.
(Velours du Nord), bewährte Qualitäten, Breite 74 cm, das Meter

Schwarze Mantelplüsch 166⁷⁵ bis 225 M.
gepreßt (Fellnachahmungen), in Seide u. Mohär, Br. etwa 120 cm, d. Mtr.

Baumwoll-Samte 68 M. bis 178 M.
(Velvets), glatt und gerippt, für Kleider, Kostüme, Mäntel sowie für Herren- und Kinderbekleidung, Breite 70-110 cm, das Meter

Blusenstoffe 25⁶⁵ 29 M. bis 35 M.
Neue Streifen auf helleren, mittleren und dunklen Grundfarben. Körperstoffe, tuchartige Stoffe und waschbare halbwollene Flanelle, Breite 70 cm, das Meter M.

Großer Eingang neuer Stoffe für Gesellschafts- und Tanzkleider Reinseidene und halbseidene Gewebe in den neuesten Tages- und Lichtfarben sowie in elfenbein

Preiswerte Schürzen Hausschürzen ohne 28⁵⁰ mit 32⁵⁰ Wiener 32⁵⁰ Blusenschürzen in Wiener Form aus bunt geblühtem Kretonne .. 32⁵⁰
aus kräftigem, blau gestreiftem Gingham Latz Blusenlatz Form

Jeden Montag Auslage von Resten u. Abschnitten in Wolle, Baumwolle, Seide u. Samt, für Blusen, Röcke, Mäntel, Damen- u. Kinderkleider geeignet **ganz besonders billig**

Die neue Schnittmusterliste ist erschienen. Preis 1 Mark.

Fahrradgummi wieder billiger! 

Neue Laufmäntel, 28x15, 65-70,- M., 75,- M., 80,- M.
die besten u. tauersten, welche überhaupt existieren, statt 120,- nur 100,- M.

Luftschläuche prima 25,- M. Versand nach außerhalb gegen Nachnahme.
Transportdecken, Motorraddecken, Motorradschläuche große Auswahl.

Neue Herren- u. Damenfahräder 600 M. an.
mit prima Gummibereifung, Glocken und Laterne

Großer Posten gebrauchter Fahräder mit neuer Gummibereifung 300,- bis 500,- M.
Fahradzubehörteile billiger.

F. Spumpe 10,-, Lederstift 25,- bis 30,- M., Lenkstangen 15,- bis 20,-, Freilaufhaken 15,-, Gespannte Rad r 25,- bis 30,-, Gepäck alt r 10,- an, Ketten 15,- bis 20,-, Rollachsen 15,- bis 20,- usw.

Geschäftswärder, Transportweirad, Transportdreirad, Motorräder, Automobile, Gootmot.
Posten Autoreifen, gebr. u. oße Dimensionen, 220x120, 1050x120, 1050x150, Stück 100 bis 300 M.

25000 Karbidtischlampen (Gelegenheitskauf) 3,-, 4.50, 7.50, 10,-, 15,-, 25,-. Karbid erstkl. Ware kg 5 M.

ERNST MACHNOW, Weinmeisterstr. 14.
Größtes Fahrradhaus Berlins.

Schlafzimmer 
4 preiswerte Serien

Weißlack	Eiche	Rußbaum	Eiche
2900,-	3900,-	4900,-	5900,-

Andere Eiche, Birke, Birnbaum, Mahagoni
Preislagen: 100.0.- M., 11800.- M., 14650.- M., 15100.- M.

Sämtliche Zimmer mit Marmor und Spiegel
mit Zugfedermatratze von M. 195,- an

Monopoldaunen 55,- das Pfund
(ges. gesch.) Echt chinesische, beste Bettenfüllung, wieder eingetroffen!

Bettfedern von M. 6.50 bis 78 M.
Daunen 55 M., 72 M., 125 M.
Fertige Betten von 560,- M. an

Daunensteppdecken von M. 980,- an
Inlettstoffe 80 cm breit, das Meter von M. 22,- an
Bettbezüge großes Oberbett M. 99,- Klassen ... M. 29,-
Pa. Steppdecken in mod. Farben u. bunt, sehr preiswert

Bettfedern-Lustig Fabrik
Berlin S Prinzenstr. **nur 46** u. 47
Eingang nur unter Glaskuppel

Reinigung von Betten und Bettfedern.

Windhorst-Möbel
gut u. billig
direkt an Private
162 Brunnenstraße 162

Gelegenheitskäufe:
Speise-, Herren-, Schlafzimmer, Nußbaum-, Wohnstuben, Küchen

Perlen Juwelen
Sehr großes Silberlager
Margraf & Co. 22
Kanonenstrasse 9
Tauentzienstrasse 18 a.

Gegründet 1864

Pelz-waren in gros
Einzelverkauf wie ausschließlich z. billigen Preisen
Pelzmäntel in neuest. Formen
S. Schlesinger
Neue Königstr. 21 Oranien-Haus
Kein Laden, 2. Stock
Bitte genau auf Firma und Hausnummer
zu achten.

Kriegsanleihe wird mit 84 %, in Zahlung genommen.

Niedrige Preise!!!

Beste Stoffe! Flotte Formen!
Elegante Plüschmäntel 2350, 1850, 1400, 975
Flotte Pelzmäntel . . . 7250, 5400, 4300, 3735

Mollige Ulster 475, 325, 218, 157
Astrachanmantel 120 lang 435, Impr. Seidenmäntel 250
Trikot Sportjacken 46 Fesche Stoffrücke 42
Gummimäntel für Damen 420, für Herren 425, 750, 825

Gediegene Kostüme 785, 650, 420, 215
Gesellschaftskleider, Mantelkleider, Original-Modelle
einheitlicher Preis 750.-

Westmann
1. Geschäft: Berlin W, Mohrenstrasse 37 a
2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

Natura-Institut. Leitung: **Blücherplatz 3** (direkt am Halleschen Tor).
Sprechstunden 10-12, 4-8, Sonntags 11-1 Uhr. 3 Betszimmer.
Beratung Sie Dr. med. Ludwig Preußner über giftige Behandlung der Syphilis und ihre Folgeerscheinungen für 1,50 M. in verschönerter Umhüllung vom Betrag 3. Rämpfer, Berlin S. V., Planufer 24a.

Klubssessel
Qualitätsware aus eigenen Werkstätten.
Ueberrasgen Sie sich durch den Besuch unserer Ausstellung von unseren bedeutend herabgesetzten Preisen.
Berlin C2, Neue Promenade 1 Eckhaus am Bahnhof Doro, 1. u. II. Stock
Berliner Sitzmöbel-Industrie G. m. b. H.

Bekleidungsstelle der Stadt Neukölln
Bergstraße 29. Geöffnet 8 bis 6 Uhr.

Unsere Herren- und Damen-Winter-Neuheiten
sind eingetroffen.
Elegant! Billig!
Besuchen Sie uns bitte ohne Kaufzwang.

Zinn 1 bis 90-1 Lötzin 1 Weißmetall bis 30,- 1 Blei 4,50 1 Kupfer 1 Messing 1 Zink 1 Aluminium Nickel Stannol- pasten 1 Quecksilber 1 Gießstrumpfsache bis 130,- salpeters. Silber 1 Zahngebisse 1 Zahn bis 100,- 1 Goldbruch 1 Silberbruch 1 Platin- stäbchen 1 höchste Tages- preise.
Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstr. 31.



N. ISRAEL

BERLIN C Spandauer Str. 16 Gegründet 1815 BERLIN C Königstr. 11-14



Seide	Weißwaren	Pelzwaren	Wirkwaren	Decken
Crêpe de Chine hell und dunkel, Mtr. 5800	Schal-Faltenkragen bestickter Mull m. Spitze 790	Jackenkragen aus Kanin. 8900	Herren-Hemden Baumwolle, makofarbig 3900	Schlafdecke Halbwolle, schwere Qualität, ca. 140x190 cm 6750
Kleiderseide schwarz, weiß, farbig, 85 cm breit. Mtr. 6700	Unterziehpassé Waschtüll, schwarz, weiß 875	Imit. Blaufuchs .. 19500	Herren-Beinkleider Baumwolle, makofarbig 2900	Bettdecke bunt gemustert, schwere Qualität, ca. 190x230 cm 12500
Damast für Mantelfutter, 70 cm . . Mtr. 12800	Moderne Gürtel schmale Form a. Wachstuch 390	Rollkragen a. Biberette, groß, Form 39500	Damen-Hemd hose weiß, Baumwolle, fein gestrickt, Mittelgröße 3250	Steppdecke bunt gemustert, Satin mit Trikotfutter, ca. 150x200 cm 24000
Rippvelvet hell- und dunkelfarbig, 70 cm, Mtr. 5400	Waschtüll weiß und farbig, 100 cm br., Mtr. 1950	Fuchskragen Alaska, Kreuz- und Silberfuchs 67500 bis 120000	Damen-Unterhemden weiß, Baumwolle, fein gestrickt, mit Ärmeln... 2175	Steppdecke doppelseitiger Satin, einfarbig, ca. 150x200 cm 37000
Lindener Körper-Velvet schwarz oder farbig .. 8400	Moderne Metallstickereien bis 100 cm breit, in großer Auswahl	Pelzhüte aus Seal-Kanin 16500 bis 37500	Untertaile Baumwolle, elfenbein, gestrickt, mit Ärmeln ... Mittelgröße 2475	Daunendecke beste Qualität, Satin, mit weißer Daunefüllung 14500
Mantelplüsch gemustert oder glatt, Mtr. 13500 bis 62500	Reste von Tüll u. Spitzen	Pelzmäntel 5400.- bis 62000.-	Twist Baumwolle, zum Stopfen, schwarz, leder, weiß 5 Gramm 125	

Mantel aus weichem karierten Flauchstoff... 490.-
 Neuheit! Capemantel a. vorzüglichem reinweißen Velours 775.-

Mittwoch, den 22. d. M., bleibt das Kaufhaus geschlossen

Preiswerte Bedarfs-Ware in allen Abteilungen

- Blusen aus bestem gewebtem, baumwollenem Flanell, viele moderne Formen, helle und dunkle Farben M. **49,-**
- Kinder-Kleider | Größe 60-80. **98,-**
 aus guten Wollstoffen. | Größe 85-105 **135,-**
- Kinder-Mäntel aus molligem Zibelflausch, Größe 63 .. M. Jede weitere Größe M. 10,- steigend **132,50**
- Seiden-Kleider aus reinseidenem Duchesse, in dunklen Schößenmustern, jugendliche Form M. **298,-**
- Backfisch-Mäntel aus mollig. Zibelflausch, in verschiedenen Farben M. **254,-**
- Jacken-Kleider aus reinwollenem Kammgarn, Jacke auf Halbselbe gefüttert M. **595,-**

Aenderung und Zusendung ausgeschlossen

R. Maassen G. m. b. H.

Oranienstr. 165 Leipzigerstr. 42

Infolge der zu erwartenden Preissteigerungen

haben wir uns rechtzeitig ganz bedeutende Mengen von erstklassigen Schuhwaren für Damen, Herren und Kinder zu außer-gewöhnlich billigen Preisen gesichert, die täglich neu hereinkommen. — Wir sind dadurch in der Lage, bis auf weiteres noch zu sehr vorteilhaften Preisen zu verkaufen, und empfehlen unserer verehrten Kundschaf-ten gegenwärtigen sowie den etwa bald eintretenden Bedarf möglichst schon jetzt einzudecken, da nach zuverlässigen Infor-mationen in kurzer Zeit mit neuen Preis-steigerungen für Schuhwaren zu rechnen ist.

Stiller

W Weiche mollige **Leopold Gadiel** Königstr. 22-26, 1 Treppe **Modell-Mäntel** Weiche Wollstoffe u. Flauch in einer so großen Auswahl, daß Sie staunen. Helle, moderne Farben.

Wintermäntel à 325.- 375.- bis 875.-

Alle Größen vorhanden. Auch für junge Mädchen u. für ganz starke Damen reiche Farbensauswahl.

Hoch-elegante **Gesellschafts- u. Tanz-Kleider** Tüll und weiche Seide Modelle

Blendend schöne **Nachmittags-Kleider** eleganteste Aus-führungen Seide und Wollstoffe Modelle

Seidenplüsch- und Samtmäntel vornehme Macharten, auch große Weiten.

Wollene Kleiderröcke alle Farben, auch für starke Damen.

Entzückende **Jungmädchen-Kleider** Wollstoffe u. Seide, neueste Macharten.

Pelz-Mäntel neueste Formen.

Hocheleg. Winter-Kostüme, auch mit Pelz, vorzügliche Wollstoffe, darunter Modelle.

Knaben- und Mädchen-Mäntel alle Größen, weiche, mollige Stoffe.

Seidene und wollene Mädchen-Kleider, reizende Macharten, 50-100 cm.

Reinwollene Kieler Anzüge, kurze u. lange Hosen.

Das Wohnungsproblem.

Der Dirigent der Abteilung für Wohnungs- und Siedlungsweesen im Reichsarbeitsministerium, Dr. Glag, machte einem Vertreter des BFD, gegenüber Ausführungen über die Wohnungsnot, denen wir folgendes entnehmen:

Man verzeihungswürdig, daß vor dem Kriege jährlich 200 000 Wohnungen zur Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses gebaut werden mußten. Rechnet man nun die Gebiete ab, die wir durch den Krieg verloren haben, so wird man nicht fehlgehen, wenn man bei gleicher Vermehrung der Haushaltungen das Wohnungsbedürfnis heute auf 150 000 Wohnungen jährlich einschätzt. Eine Wohnung von drei bis vier Räumen, die vor dem Kriege etwa 8000 bis 7000 M. an Baukosten verursacht hat, ist heute nicht unter 70 000 bis 80 000 M. herzustellen. In einzelnen Gegenden werden sogar bis zu 100 000 M. notwendig sein. Wenn man nun 150 000 Wohnungen im Durchschnitt mit 80 000 M. pro Wohnung berechnet, so würden etwa 12 Milliarden jährlich an Baukosten aufzubringen sein. Hierzu müßten allenfalls 15 Milliarden rentierlich durch Werten aufgebracht werden können, während der Rest aus öffentlichen Mitteln herbeigeholen werden müßte. Daß es aber bei der Finanzierung des Reiches völlig ausgeschlossen ist, etwa 10 bis 11 Milliarden — und diese Summe würde sich bei reger Bautätigkeit infolge Anstiehsens der Preise noch weiter erhöhen — bereit zu stellen, ist ohne weiteres jedem klar. Es kann sich daher einzig und allein nur darum handeln, von Reichs wegen das Allernotwendigste zu tun, d. h. es muß da eingegriffen werden, wo gleichzeitig mit der Behebung der Wohnungsnot eine Förderung unserer Produktivität erreicht werden kann, das ist einmal der Fall bei der Herstellung von Wohnungen für die Bergarbeiter, da hierdurch eine Vermehrung der Belegschaften ermöglicht und die Kohlenförderung gehoben wird, zum anderen beim Bau von Landarbeiterwohnungen, die dem Grundbesitz eine Heranziehung von weiteren Arbeitskräften und damit eine intensivere Wirtschaft gestatten. Es ist auch zu berücksichtigen, daß die Zukunft der großen Städte doch im allgemeinen recht ungewiß ist. Eine Reihe von Industrien wird überhaupt nicht oder nur sehr langsam in Gang gebracht werden können. Die Folge davon wird Arbeitslosigkeit und Abwanderung aus den Orten sein, in denen die Arbeiter anfänglich waren.

Dr. Glag fährt dann weiter an, was in den Städten zur Behebung der Wohnungsnot bereits gechehen ist, er erwähnt auch die vom Reich gegebenen verlorenen Baukostenzuschüsse. Insgesamt haben Reich, Gemeinden und Länder 1918 und 1919 fast 2 1/2 Milliarden Mark für Wohnungsbauten aufgewendet. 1920 betragen die bisherigen Zuschüsse des Reiches 500 Millionen. Besonders Augenmerk ist zu legen auf die Verbilligung der hohen Baukosten. Zu diesem Punkt fährt Dr. Glag u. a. aus:

Was die Hebung der Arbeitsleistung anbelangt, so ist zunächst den Arbeitgebern zu sagen, daß sie sich daran gewöhnen müssen, daß das frühere kapitalistische System nicht mehr weiter aufrechterhalten werden kann, sondern daß man um Änderungen der Betriebsformen nicht herumkommen wird. Die Arbeitnehmer werden an dem Gewinn sowohl wie an dem ganzen Florieren des Geschäfts zu interessieren sein. Es muß ihnen auch unbedingt Einblick in das Geschäft gegeben werden und die Kalkulation gewährt werden. Nur so ist zu hoffen, daß sie sich zu einer verstärkten Arbeitsleistung bereitfinden lassen werden. Die Arbeitsleistung kann zweifellos noch erheblich gesteigert werden, wenn die Arbeitslust sich hebt.

Diese Anregungen sind gewiß beherzigenswert, doch glauben wir, daß zur Behebung der Schäden des „Starkkapitalistischen“ Systems die von Dr. Glag gewünschte „Sozialsozialisierung“ noch nicht ausreicht wird. Nur von einer völligen Sozialisierung des Wohnungswesens erwarten wir eine Behebung der jetzigen Wohnungsnot.

Der Kampf in der U. S. V. Der Landesauschuh der Unabhängigen Partei Bayerns hat sich mit acht gegen drei Stimmen gegen den Anschließ an die Dritte Internationale ausgesprochen, da die Beschlußbedingungen für eine deutsche proletarische Massenpartei nicht die geeignete Grundlage bildeten.

Großes Schauspielhaus. „Jedermann.“ Der Prinzipal mittelalterlicher Wanderschauspieler, der seine Leute herrlich auf das Schmeichelt führt, hat den Glauben an die belehrenden und erbaulichen Altmacht seines heiligen Schauspielers Hoffmanns halber, der die fromme Reue ein wenig durch sein Aristentum hebt und verwehrt, verleiht zu Sommerfestspielen im Salzburger Land. „Jedermann“ ist nun vom Breitergerüst, das die Porten des Salzburger Domes verdeckt, in das Große Schauspielhaus einbezogen, zurückgeführt in den Zirkus.

Die Verfertigung, die den Prasseltisch aus der Tiefe heraufträgt, die großen Scheinwerfer, das Orchester in der Dunsthöhe, die künstlichen Orgeln, die wohlbestimmten Ohnmenschen, die verheißungsvollen Klänge, das ist ein Paradiesapparat, der seine Wirkung nicht verliert, obwohl vieles Menschliche verloren geht, obwohl alles andere fälschlich wirkt als Eifersucht und Intimität. Trotzdem ging von den letzten Dingen dieses Regendenspiels, das den Schwelger nach dem Votum der Reue in den Himmel entführt, eine heimatliche rührende Kirchenmusik aus. Die Engel im Gloria in excelsis fanden zur Vaterzeit einer wirklichen Verkörperung. Und als das Leinentuch sich schneeweiß und gnädig in die Latenzgrube hineinsetzte, war ein Theaterwunder geschehen, das die Gedächtnisse der Menschen und die Schritte des Bühnenmeisters dorthin lieh.

Wolff, gerührt und etwas zu fähig in dem Akt der Legende, sammelte sich zum Schluß. Werner Krauß war ein Teufel von besonderer Ergötlichkeit und Lustheit. Er schaffte den menschlichen Teufel der Heberlieferung ab, um als ein Ungeheuer mit meterlangem Schwanz und entblühtem Oberkörper schlüssig rodenierend über alle Klänge und Treppen des Zirkustheaters zu hüpfen. M. H.

Kollabühne-Konzert. Edwin Fischer wird im ersten Nachkonzert der Kollabühne, das am Sonntag, 8. Oktober, mittags 7 1/2 Uhr im Theater am Bülowplatz stattfindet, die 3-dar-Saite dirigieren und die Klavierkompositionen in 3-mal und 1-dar spielen. Das mitwirkende Kammerorchester wird von Mitgliedern der Staatsoper gebildet. Karten a 3 Mark in der Kollabühne, bei Ziel und in den Jahrbüchern.

Hronia. Kurt Kleiber: „Damen“, Dienstag, Freitag, Sonntag, Sonnabend: „Der Großkloster“, Mittwoch, Donnerstag, Samstag, Sonntag: „Walden“, „Horn und Zeit“, „Im Hirschat“, „Der Reiter über den neuen Stern im Schwan“, „Horn“, „Der Reiter über den neuen Stern im Schwan“.

Der geliebte Wiederkehrer. Die Ultra-Film-Gesellschaft, Berlin-Schöneberg, will das „Schmagramm“ der Rinas künstlerisch heben. Sie bringt zunächst eine Reihe kleiner Wiederkehrer-Romane heraus. Als künstlerischer Beirat wird Ludwig Karl Spitzweg, der Vater des Diermaler-Humors, genannt.

Franz Josef der Große. Das Wiener „Journal“, das auch des ehemaligen Wiener Kabarettiers Bodsch und nach ihnen die Prager „Korona“ erzählt, daß der richtige Franz Josef schon vor Jahren gestorben sei, die Schandbrunnener Intriganten ihn aber durch eine ganze Serie ähnlich aussehender Leute aus der Pflanze erzieht hätten; da sie den Kaiserbart gehabt hätten, lieh man sie auch des Kaisers Rod und Krone tragen.

Die spanischen Monarchisten müßten sich eigentlich mit Jubel auf diesen Schandakt freuen, denn — — — Kaiserlich und Königlich war es schon nicht, wie der unerschütterliche Franz Josef sein Reich zugrunde regiert hat. Unter dem Vorwand, es sei seine Sache und nicht die eines anderen, hat er...

„Orgeß“ im Hauptauschuh.

Der Hauptauschuh der Landesversammlung begann am Sonnabend die Aussprache über die Neuorganisation der preussischen Polizei. Alle Parteien stellten sich im großen und ganzen hinter die in der Denkschrift der Regierung enthaltenen Richtlinien. Nur von den Deutschnationalen wurden erhebliche Bedenken dagegen geäußert, während die Unabhängigen überhaupt nicht Stellung nahmen.

Der Hauptauschuh beschäftigte sich weiterhin mit der Organisation Escherich. Dabei griff der Abg. v. d. Osten (Dnat. Sp.) die Verfügung des Ministers Severing an, durch die diese Organisation aufgelöst wurde. Diese Verfügung sei unbedeutend, weil Orgeß nicht bewaffnet sei. Soweit sie zur Ausgabe von Waffen imstande wäre, würde sie diese Angaben machen und die Entwaffnung mit herbeiführen. Minister Severing bestritt, daß die Organisation Escherich auf die Waffen verzichte, denn noch immer würden Wünsche aus diesen Kreisen an ihn gerichtet, daß man

wenigstens ihre Bewaffnung mit Revolvern

gestatten solle. Er könne aber keine Ausnahme machen. Er hoffe, daß es mit der Zeit gelingen werde, die Erlaubnis dahin zu bringen, daß sie einen gewissen Selbstschutz erlaube. Aber wenn das geschehe, werde die Regierung ihn selbst organisieren und ihn nicht organisierten Massen unter der Protektion von Escherich oder Däumig überlassen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Hauschild referierte mit einer Menge Material den Nachweis, daß die Organisation Escherich und die ihr nahestehenden Leute sich der Entwaffnung widersetzen, weil sie ihre Organisationen für Rechtspuße inhaft zu halten wünschten.

Von zuständiger Stelle wird der „Dena“ geschrieben: Aus Medienburg kam jüngst von der rechtsgerichteten Regierung eine indirekte Rechtfertigung des Erlasses des preussischen Ministers Severing gegen die Organisation Escherich. Die rechtsstehende Presse vertritt eine gehörige Dosis Lüge, um nachzuweisen, daß das Verbot der medienburgischen Regierung sich nicht gegen die Orgeß richte, da diese ja ein einseitiger Besatz sei und nicht die Bewaffnung ihrer Mitglieder anstrebe. Die eifrigen Bemühungen waren vergeblich. Schon die Statuten der Organisation Escherich beweisen, daß sie sich polizeiliche Machtbefugnisse aneignen will, die nur der staatlichen Polizei zustehen dürfen, wenn anders eine Regierung überhaupt noch „Regierung“ genannt werden darf. Befugnisse, die ebendies nur von bewaffneten Menschen ausgeübt werden können. Dazu kommt noch die ausdrücklich verlangte unbedingte Unterordnung der Mitglieder der Orgeß unter die Leitung, was auf eine militärische Organisation hindeutet.

Litauen wehrt sich.

Rowns, 18. September. (Gla.) In der ersten Sitzung der polnischen und litauischen Delegationen in Kalvaria erklärten die Polen, der Durchzug bewaffneter bolschewistischer Truppen durch litauisches Gebiet bedeute eine Verletzung der litauischen Neutralität; sie warfen den Litauern vor, daß sie mit den Bolschewisten unmittelbar zusammenarbeiteten. Die Polen verlangten, daß die Litauer der polnischen Delegation eine formelle Garantie für die litauische Neutralität geben sollten, und daß vor Eintritt in Verhandlungen die litauische Armee sich hinter die am 18. Juli 1919 festgesetzte Foch-Clemenceau-Linie zurückziehe, da das von litauischen Truppen besetzte Land von der Entente Polen zuerkannt sei.

Die litauische Delegation dagegen erklärte, daß die Verschuldigung der Verletzung der Neutralität vollständig unwahr sei, daß sie durch keine Tatsachen belegt werden könne und daß deshalb eine besondere Garantie überflüssig sei. Zur Foch-Clemenceau-Linie erklärten die Litauer, die litauische Regierung habe von der Festlegung der Linie niemals offizielle Kenntnis erhalten, auch nicht Gelegenheit gehabt, an ihrer Festlegung teilzunehmen. Zudem tue diese Linie dem ethnographischen Litauen Abbruch, indem sie große Teile Litauens Polen zuteile. Litauen lehne diese Linie ab. Im übrigen sprachen die Litauer den Wunsch aus, sofort zur Besprechung im einzelnen zwecks Festlegung einer vorläufigen Demarkationslinie überzugehen. Die Verhandlungen gehen weiter.

Weiter wird mitgeteilt, daß die Polen als Voransetzung für Verhandlungen die sofortige Räumung der Städte Sein und Puns verlangten. Die Litauer lehnten diese Bedingung ab und waren bereit, in Verhandlungen über die Festlegung einer Demarkationslinie unter der Voraussetzung einzutreten, daß die litauischen und die polnischen Truppen in ihren gegenwärtigen Stellungen verbleiben. — Die Einwohner von Puns haben die litauische Regierung gebeten, sie auf keinen Fall den Polen abzugeben. Polnische Legionäre haben mit Wissen ihrer Oberleitung vom 8. bis 12. September in Sein einen Judenpogrom veranstaltet. Schaden etwa zwei Millionen Mark. 22 Bergewaldungen jüdischer Mädchen und Frauen wurden am 11. festgefesselt. Unter solchen Umständen kann von einer Räumung der Stadt Sein und Auslieferung an die polnische Okkupation nicht die Rede sein.

Die ukrainische Frage.

Der Krakauer „Gaz“ („Die Zeit“) meldet aus Warschau, der Verteidigungsrat habe den Friedensdelegierten die nachstehende Unterweisung erteilt: Wenn Rußland die Ukraine als selbständigen Staat anerkennt und seine Truppen aus der Ukraine zurückzieht, so werde Polen seine Einwilligung zur Verhandlung mit der selbständigen Sowjetukraine erteilen. Sollte jedoch Rußland den Standpunkt einnehmen, daß die Ukraine einen Bestandteil des russischen Staates bildet, so habe die polnische Delegation den Eintritt in Verhandlungen über die ukrainische Frage platt zu verweigern.

Dieser Standpunkt scheint korrekt zu sein.

Bekannte Klänge.

Das Schreiben der sozialdemokratischen Minister Tafel, Reihner, Leo Winter, Gahrman, Johannis, Derer und Partowitsch, mit dem sie der Prager Parteileitung ihren Rücktritt angezeigten, enthält nach einer Uebersicht der geleisteten Arbeit folgende bemerkenswerten Stellen:

Jetzt hat die Regierung eine Reihe von Vorlagen vorbereitet, nicht nur von großer sozialpolitischer Wichtigkeit, sondern geradezu Sozialisierungs-vorlagen. Die Sozialisierung sollte in erster Linie die Bergwerke treffen, worauf die weiteren industriellen Großbetriebe folgen sollten. Mitteln in dieser unserer Aufgabe müssen wir infolge der Verhältnisse, welche sich in der Partei entwickelt haben, innehalten.

Wir haben in der Regierung mit größter Selbstverleugung und mit größtem persönlichen Opfern ausgehalten. Waren wir doch fast täglich der Gegenstand der argsten und niedrigsten Angriffe! Die argsten Nachreden und Unwahrheiten sollten uns in den Augen der gesamten Arbeiterschaft herabsehen.

Jede Schwächung der Partei bedeutet auch eine Schwächung unserer Position in der Regierung. Durch die Erklärung der Genossen, welche sich zum Kommunismus bekennen, wurde die Sozialdemokratische Partei in ihrer Bedeutung ungeschwächt es-

chützt. Denn aus jener Erklärung geht hervor, daß diese Richtung ohne Vorbehalt auf die Bedingungen der Dritten Internationale eingeht, daß sie also nicht nur den Namen der Partei verläßt, unter welchem sich jahrzehntlang die opferwilligen und treuen Parteigenossen konzentriert haben, sondern auch vollständig mit den weiteren Bedingungen übereinstimmt, wonach die Partei aller jener sich entschließen soll, welche auf der Selbständigkeit der Partei verharren, und daß die Richtung der Politik der Partei sich nicht nach den Verhältnissen dieses Staates und nach den Bedürfnissen der sozialistischen Arbeiterschaft, sondern nach den Entscheidungen und dem Willen einiger weniger Personen in Rußland richten soll.

Bei dieser Sachlage ist unser Verhalten in der Regierung unmöglich, denn wir könnten bei der Durchsetzung unserer Forderungen in der Regierung nicht die ganze Partei und ihre volle Bedeutung ins Gewicht werfen und wären in unserem Vorgehen den fremden Personen, welche die Verhältnisse in unserer Republik nicht kennen und an deren Entwicklung sie kein Interesse haben, abhängig.

Gegen den Rücktritt stimmten fünf Parteivorstandsmitglieder. Die Partei fordert Neuwahlen, und „Pravo Iba“ erwartet eine sozialistische Mehrheit, wenn der ganze Staat wäch, was bisher nicht der Fall war. Gestützt auf eine solche Mehrheit, könnte noch „Pravo Iba“ eine sozialistische Regierung diktatorisch regieren.

Aber ein richtiger Bolschewist will ja von einer Mehrheit durch allgemeine Wahlen überhaupt nichts wissen.

Die Hinausschiebung des Parteitag erfolgt mit der Begründung, daß die Partei die Bedeutung der Moskauer Bedingungen erst lernen müsse. — Der Trennungstreich gegen die Kommunisten wurde in der Absicht gezogen, sich nicht aus der eigenen Partei durch Moskauer Hinauswerfen zu lassen. Zahlreiche Parteidelegierte, vielleicht die Mehrheit, sind als Linke gewählt, insofern aber ist die frühere Linke kommunistisch, also antisozialdemokratisch geworden.

Der englische Lohnkampf.

London, 17. September. (BFD.) Den Vollzugsauschuh der Bergarbeiter ersuchte Sonnabend morgen Horne, die Angelegenheit einer Lohnhöhung mittels vermehrter Erzeugung in Erwägung zu ziehen, die einer früheren Erklärung der Bergarbeiter zufolge gesichert werden kann. Smillie erklärte kategorisch, die Bergarbeiter seien nicht geneigt, irgendwelche Vorkläge zu erörtern, bevor sie die geforderte Lohnhöhung erhalten hätten. Desgleichen lehnten sie es ab, die Lohnfrage einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

Schwedens Ruhm.

Von unentrichteten Kreisen wird dem „A. P. R.“ geschrieben: Am 8. September hat die Rückführung der deutschen und österreichischen Kriegskinder aus Schweden begonnen, die in 9 Transporten aus den verschiedenen Landesstellen vor sich gehen soll. Es werden ungefähr 1300 Kinder in der Woche befördert und in Säuglingsheimen verteilt werden. Die Anzahl der Kriegskinder, welche sich in Schweden aufhalten, beträgt 14 400. Die Kosten für den Aufenthalt der Kinder belaufen sich auf 8 640 000 Kronen.

Keine preussischen Abtretungen an Thüringen. Von zuständiger preussischer Seite wird dem BFD mitgeteilt, daß die Nachrichten über die bevorstehende Abtretung preussischer Gebietsteile an Groß-Thüringen jeder Unterlage entbehrt. Es handelt sich um völlig aus der Luft gegriffene Nachrichten.

Wirtschaft

Zur Einfuhr amerikanischen Mehls.

Wir erhalten folgende Zuschrift: „Der deutsche Weizen kostet heute rund 165 M. pro 100 Kilogramm, amerikanischer Weizen dagegen 600 M. pro 100 Kilogramm, und dementsprechend gestaltet sich auch der Mehlpreis. Daß dieser gewaltige Preisunterschied besteht, daß kein Land so billiges Getreide hat wie wir, ist zweifellos eine direkte Folge unserer so viel geschmähten und gewiß auch hier und da fehlerhaften Getreidewirtschafts- und Mehlwirtschaft, soweit es sich um Getreide handelt.“

Aber wie würden sich bei einer freien Einfuhr ausländischen Mehls die Verhältnisse und die Preise gestalten?

Es würden natürlich zunächst alle Mäher, alle Konditoren, auch alle Metzger dieses freie amerikanische Mehl haben wollen, weil das „darbende Volk“ sich mit Begehrung auf die Erzeugnisse aus diesen amerikanischen Weizen stürzen und immer bringender nach ihnen verlangen wird. Da uns aber nicht genügende Mittel zur Verfügung stehen, wird der Mäher, der Konditor und schließlich auch der Handel dazu übergehen, das bald zur Reize gehende, aber der Kontrolle entgangene amerikanische Mehl schweigend durch deutsche Erzeugnisse zu ersetzen, für die man dann auch gerne die „amerikanischen“ Preise bezahlen wird. Die weitere Folge wird dann nach allen bisherigen Erfahrungen die sein, daß der Schleichhandel in deutschem Getreide nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel bildet und der Inlandpreis sich von 160 M. für 100 Kilogramm allmählich dem Weltmarktpreis von 600 M. angleichen wird!

Unsere Mäher sind nur schwach beschäftigt und sie können und müßten gern das Mehrfache und zwar auch in besseren Fabriken leisten, wenn unsere ganze Wirtschaft eine bessere Versorgung der Mäher mit Getreide und eine bessere Ausnutzung gestattete. Eine stärkere Beschäftigung unserer Mäher hätte noch den bedeutenden Vorteil, daß unsere Landwirtschaft besser mit Abfallerzeugnissen, wie Kleie, Futtermehl usw. versorgt und damit unsere Fleisch- und Milch-erzeugung auf bessere Grundlagen gestellt werden könnte. Wenn also die dringend erwünschte und notwendige Vergrößerung unserer Erzeugung und die Herstellung besserer Mehlqualitäten unserer finanziellen Möglichkeiten entspricht, so liegt doch wohl nichts näher, als entsprechend größere Getreidemengen vom Ausland zu beziehen und sie unseren deutschen Mäher zur Verarbeitung zu überweisen, die mindestens so gute und jedenfalls billigere Mehl-erzeugnisse daraus herzustellen vermögen wie irgendeine Mäherindustrie der Welt.“

Die Selbstordnung des Tabakgewerbes.

Auf Veranlassung der Tabakgroßhändler hielt Landgerichtsrat Dr. Falk, der Leiter des Landespolizeiamts, einen eingehenden Vortrag, wie den Mängeln des jetzigen Systems abgeholfen wäre. Er schlägt vor, daß ein Selbstverwaltungskörper die gesamten gewerblichen Verhältnisse des Tabakgewerbes in die Hand nimmt. Das Tabakgewerbe sollte sich in 4 große Verwaltungskörper gliedern: 1. den Rohstoffkörper, 2. den Industriekörper, 3. den Großhandelskörper, 4. den Kleinhandelskörper, die sich dann wieder berechnigt zu einer Einheit, dem Tabakkongress, zusammenschließen würden. Der Tabakkongress vertritt das Gewerbe dem Reich und der Allgemeinheit gegenüber in jeder Weise. Ihm würde vor allem auch die Aufgabe zufallen, die Steuern für das Reich von seinen Mitgliedern einzuziehen. In allen Verwaltungskörpern haben Arbeitgeber und Arbeitnehmer Sitz und Stimme.

Eine neue Regelung hätte vor allen Dingen den Vorteil, daß eine eigene Finanz- und Steuerpolitik geführt werden könnte und daß die Herabsetzung der Steuern in die Hand der Großen zu legen wäre.

Gewerkschaftsbewegung

Der Kampf ums Arbeitsrecht.

Entlassung von 1500 Einnehmern.

Die Einnehmer im Versicherungsgewerbe befinden sich seit dem 14. Juni in einem zähen Kampfe mit den ausgelächtesten Juristen um ihre durch den Tarifvertrag vom 30. April 1920 gewährleisteten Rechte. Das tarifvertraglich festgesetzte Gehalt von 540 M. zwang die Einnehmer, für die Zeit nach dem 1. Juli eine Neuregelung anzustreben. Ihrer Kostlage entsprechend forderten sie eine Gehaltserhöhung auf 975 M. Diese Forderung, die noch nicht einmal das Existenzminimum bedeutet, wurde von den Gesellschaftsdirektoren ohne weitere Diskussion abgelehnt. Auch das hierauf auf Arbeitnehmersantrag angerufene Schiedsgericht des Reichsarbeitsministeriums hielt in seinem Schiedsspruch vom 23. Juli 675 M. monatlich für ausreichend. Die Arbeitgeber erklärten sofort nach Verkündung des Spruches: „Das bezahlen wir nicht.“ In der Erwägung, daß die Arbeitgeber den Schiedsspruch ablehnen würden, und um die geringen Vorteile des Schiedsspruchs zu sichern, nahmen die Einnehmer den Schiedsspruch an und erbat sofort die Verbindlichkeitsklärung durch den Reichsarbeitsminister. Die Arbeitgeber führten gegen die bevorstehende Verbindlichkeitsklärung alle möglichen Einsprüche ins Feld:

Das Vollversicherungsgehalt sei nicht in der Lage, die durch die Gehaltserhöhung verursachten Unkosten zu tragen, der Vertreter der Viktoria erklärte, es hätte sich für das Jahr 1919 schon ein Defizit von 12 Millionen Mark ergeben, es müßten unbedingt neue Einnahmequellen erschlossen werden. Die Viktoria fand eine solche, die es ihr ermöglichte, die durch den Schiedsspruch erwachsenen Mehrausgaben dreimal zu decken. Trotzdem nahm sie den Schiedsspruch nicht an und stemmte sich weiter gegen eine Verbindlichkeitsklärung. Jetzt verursachen die in Aussicht genommenen Einnahmequellen wieder unüberwindliche technische Schwierigkeiten. Als alle Einwände von den Arbeitnehmern erfolgreich widerlegt waren, mußten die enorm hohen Provisionsverdienste herhalten, die als wesentlicher Teil der Entlohnung ins Gewicht fallen sollten. Dabei vergaß die Viktoria aber mitzuteilen, daß die Provisionsverdienste niemals als Gehalt gerechnet werden könnten, da Rückabflüsse fast nie in der Arbeitszeit zu erzielen sind und daß das Infalso infolge der Anzahl Mai erfolgten Umstellungen schon den Achtstundentag voll auf beansprucht. Trotzdem quinierte die Viktoria die endlich am 11. September erfolgte Verbindlichkeitsklärung mit der Kündigung ihrer gesamten 1500 Einnehmer per 31. Oktober 1920. Da sie die Einnehmer aber nicht entbehren kann, beabsichtigt sie großmütig, dieselben vom 1. November ab als Hebebetreiber oder sogenannte Infalsoagenten weiter zu beschäftigen. Das bedeutet weiter nichts als einen Angriff auf den Tarifvertrag. Sie will die Einnehmer ihres Tarifvertrages berauben, ihre feste Geschlossenheit zerplittern, um sie als willensschwache Einzelarbeitskräfte nach ihrer Pleite tanzen zu lassen. In der am Freitag, den 17. d. M., im „Dreißener Kasino“ stattgefundenen Vollversammlung der Einnehmer kam der einstimmige Wille zum Ausdruck, sich dies keinesfalls gefallen zu lassen. Eine einstimmig angenommene Resolution fordert Anwendung aller erdenklichen Mittel, um die schwer gefährdeten Rechte zu sichern. Ueber alle besonderen Maßnahmen gegen die Auflösung der Hebestellen und Massenentlassungen soll die in aller Kürze einzuberufende Reichskonferenz der Versicherungseinnehmer Beschluß fassen.

Streik bei der Raiffeisengenossenschaft.

Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns: Die Angestellten der Raiffeisengenossenschaft, Berlin, Köpenicker Straße, befinden sich im Streik. Die Firma versucht Neueinstellungen vorzunehmen. Sie hat namentlich ihr Augenmerk auf die Angestellten der Kriegsorganisationen gerichtet, die wegen Abbaus zur Entlassung gekommen sind. Eine Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Angestellten, Fachgruppe Kriegsorganisationen, die von circa 2000 Personen besucht war, hat am 16. September sich hiermit befaßt und nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Die heutige Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Angestellten, Fachgruppe Kriegsorganisationen, spricht den im Streik befindlichen Kolleginnen und Kollegen der Raiffeisengenossenschaft, Köpenicker Straße, ihre volle Sympathie aus und fordert alle diejenigen Kolleginnen und Kollegen der Kriegsorganisationen, die wegen Abbaus auscheiden, auf, unter keinen Umständen Streifbrotarbeit zu leisten, d. h. so lange der Streik nicht beendet ist, keinen Dienst bei der Raiffeisengenossenschaft zu nehmen.

In der gleichen Versammlung wurde scharf geäußert, daß auf der einen Seite die Minister im Volkswirtschaftlichen Ausschuss und in den Zeitungen erklären lassen, daß Massenentlassungen wegen Abbaus der Kriegsorganisationen vermieden werden sollen, während gleichzeitig die unterstellten Gesellschaften zu Massenentlassungen schreiten.

In einer einstimmig angenommenen Resolution wird darauf verwiesen, daß Massenentlassungen geplant sind für die Reichsgetreidestelle 1200, Reichsstuttermittelstelle 70, Kriegsmetall A. G. 80, Reichsstellstelle 50, Dele und Fette 250 u. a. Bei derartigen Massenentlassungen sei es ausgeschlossen, daß auch nur ein kleiner Teil dieser Arbeitslosen für die Zukunft gesorgt sei. Die Versammlung hält es für volkswirtschaftlich richtig, wenn statt der Massenentlassungen eine allmähliche Verringerung des Personals vorgenommen wird, das heißt die Angestellten solange mit den Arbeitsarbeiten zu beschäftigen, als sich die Erträge der Arbeit mit den Unkosten vereinbaren lassen.

Die Wahrheit über die Waffenanfertigung in Wittenau.

Der Betriebsausschuss des Kugellagerwerks D. W. K. in Wittenau erfucht uns um Aufnahme folgender Zuschrift: In letzter Zeit hat sich die Öffentlichkeit wiederholt mit der Waffenanfertigung in den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken beschäftigt. Da viele irreführende Berichte in der Presse und in Versammlungen dazu geführt haben, unliebsame Vorkommnisse im Kugellagerwerk Wittenau herauszubekommen, setzen wir uns veranlaßt, folgendes festzustellen:

Das Wittenauer Werk der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken besteht aus zwei völlig voneinander unabhängigen Fabrikationszweigen mit besonderer Betriebsleitung und besonderer Arbeitervertretung. Im Kugellagerwerk werden weder Waffen noch Waffenteile oder Munition angefertigt. Beschäftigt sind dort etwa 2000 Arbeiter und Angestellte. Herstellungsartikeln sind Kugellager für wirtschaftliche Zwecke für das In- und Ausland. Im Waffenwerk, einem, wie vorerwähnt, völlig unabhängigen und getrennten Fabrikationsbetriebe, sind circa 300 Arbeiter mit Anfertigung von Parabellumpistolen beschäftigt. Auftraggeber ist das Reichswehrministerium. Die dortige Belegschaft ist zum größten Teile von der Straße weg eingestellt worden, da das Waffenwerk für die organisierte Arbeiterkraft vom Deutschen Metallarbeiter- und Transportarbeiterverband laut Beschluß des Internationalen Gewerkschaftskongresses gesperrt ist. Um so beständlicher ist es, daß gerade das Kugellagerwerk in letzter Zeit häufig Versuche von größeren Arbeitslosenstrümpfen erhalten hat. Während die ersten beiden Besuche der Arbeitslosen noch ziemlich harmlos verliefen, nahm die Demonstration am Freitag infolge der aufgeregten Haltung der Arbeitslosen, welche durch das Erscheinen der Sicherheitspolizei, die vom Direktor Gebauer des Waffenwerkes angefordert war, aufs höchste gesteigert wurde, beinahe einen blutigen Ausgang. Nur durch die besonnene Haltung der Funktionäre und des gesamten Betriebsrates des Kugellagerwerkes, die sich nicht scheuten, vor die Gewehrläufe zu treten, wurde eine Katastrophe vermieden. Der Oberwachmeister der Sicherheitspolizei paktete sich der Situation ebenfalls gut an und trug auch seinerseits dazu bei, daß der Tag unblutig verlief. Nicht immer könnte es der Arbeiterkraft des Kugellagerwerkes gelingen, Unheil von den Arbeitslosen abzuwenden.

Wir warnen die Arbeitslosen in ihrem eigenen Interesse, sich von unverantwortlichen Führern, die meistens falsch informiert sind, für wilde Exzesse mißbrauchen zu lassen. Spiegel wurden unter den Arbeitslosen einwandfrei festgestellt.

Abbruch der Tarifverhandlungen im Einzelhandel.

Die Arbeitgeber haben den Tarifvertrag gelündigt, um die Gehälter abzubauen. Der Zentralverband der Angestellten hat dieses Unkamen abgelehnt und eine Erhöhung der Gehälter entsprechend den jetzigen Lebensverhältnissen gefordert. Die Arbeitgeber

lehnten daraufhin rundweg die Verhandlungen über die Erhöhung der Gehälter ab und erklärten die Verhandlungen für gescheitert. Sie wollen ihrerseits den Schlichtungsanspruch anrufen. Die Angestellten werden den Anschlag der Arbeitgeber zu parieren wissen. Sie müssen ihr Augenmerk auf alle Veröffentlichungen richten, die in allernächster Zeit in dieser Angelegenheit erfolgen. Zentralverband der Angestellten.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Als Delegierte zum Betriebsrätekonferenz wurden folgende Kollegen gewählt: Karl Detmer, Gustav Schaum, Paul Manl, Erich Schwanebeck, Paul Taddert.

Asa-Funktionäre und Betriebsräte der Metallindustrie.

Mittwoch, 22. d. M., abends 6 1/2 Uhr, findet in den Sophienhöfen, Berlin O., Sophienstr. 17/18, eine Versammlung aller in Asa-Verbänden organisierten Funktionäre und Betriebsräte, die in der Metallindustrie beschäftigt sind, statt. Auf der Tagesordnung steht als Hauptpunkt das Thema: „Arbeitsgemeinschaften“. Hierbei wird Kollege Köppl Grundlegendes, vor allem soweit die Aufstellung der Verbände der Asa in Betracht kommt, berichten. Im Anschluß an dieses Referat berichten die Vertreter in den Außenhandelsstellen über ihre bisherige Tätigkeit. Zum Schluß findet eine Aussprache über verschiedene Differenzpunkte statt, die sich aus dem jetzt geltenden Tarifvertrag ergeben haben.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung verlangt, daß alle Funktionäre und Betriebsräte anwesend sind. Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände. Ortsartikel Groß-Berlin.

Holzarbeiterverband. Rabenmädler Montag, den 20. September, nachm. 5 Uhr, bei Hedmann, Engelauer 10, Brannenversammlung.

Mittwoch, den 22. Sept., abends 6 1/2 Uhr, in der Schulaula, Bismarckstr. 16/17, Brannenversammlung der Robell- und Fabrikarbeiter und Robellbrechler. Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Vortrag über: Wirtschaftliche Fragen. Referent: Kollege Denning. 3. Verbands- und Brannenangelegenheiten.

Barthenmacheri Mittwoch, den 22. Sept., abends 7 Uhr, im Brannenhaus, Kungestr. 30 (Arbeitslokal), Brannenversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag über die wirtschaftliche Lage. 2. Diskussion. 3. Brannenangelegenheiten.

Betriebsräte der Holzindustrie Donnerstag, den 23. September, abends 6 1/2 Uhr, in den Kustlerhöfen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31, Versammlung aller Betriebsräte der Industriebranche Holz. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Betriebsrätekonferenz. 2. Wahl der Delegierten. (Es sind drei Delegierte zu wählen).

Deutscher Transportarbeiterverband. Sektion I (Textilbranche) Montag, den 20. September, nachm. 5 Uhr, in der Schulaula, Hinter der Garnfontäne 2, rechter Eingang, 3. Tr., Gruppenversammlung der Gruppe II (Leinen, Baumwollwaren).

Gruppe Export und Import (Hautblender, Leder usw.) Montag, den 20. Sept., nachm. 6 1/2 Uhr, bei Klube, Ritterstr. 32, Gruppenversammlung.

Gruppe Delc und Fette Dienstag, den 21. Sept., abends 7 Uhr, im Lokal von Prauser, Michaelstr. 29, Versammlung.

Chemische Branche. Donnerstag, den 23. September, abends 7 Uhr, in Wülke's Kellern, Sebastianstraße 39, Versammlung sämtlicher Funktionäre aller Untergruppen. Tagesordnung: 1. Abrechnung bezüglich Remuneration der Agitationsmänner. 2. Stellungnahme zu den Lohnbewegungen. 3. Brannenangelegenheiten und Beschlüssen.

Gruppe V (Robellstoffe, Leppiche, Gardinen, Planen, Felle, Polstermaterialien und Sattlerbedarfartikel). Freitag, den 24. September, abends 6 Uhr, bei Prauser, Michaelstr. 15, vorn part., Gruppenversammlung.

Betriebsräte des Fabrikarbeiterverbandes. Montag, den 20. Sept., abends 6 Uhr, Versammlung im Dresdener Kasino, Dresdener Straße 96. Tagesordnung: Vortrag des Gen. Seidel über die Aufgaben der Betriebsräte und des Betriebsrätekonferenz. Diskussion. Wahl der Delegierten zum Betriebsrätekonferenz. Ohne Mitgliedschaft und Betriebsratsausweis kein Eintritt.

Betriebsrätekonferenz der Asa! Die für den 23. und 24. September vorgesehene Betriebsrätekonferenz über Bilanz (Fritz Rapph) müssen vorläufig ausfallen, da der Dozent in einer beruflichen Angelegenheit verreisen muß. Der dritte Abend dieses Anlasses findet nunmehr Donnerstag, den 7. Oktober, statt. Die beiden letzten Vorträge werden Donnerstag, den 14. und 21. Oktober, jeweils abends 7 Uhr, im Weiskindhaus am Hadeschen Markt (Augsburger) abgehalten. Asa, Ortsartikel Groß-Berlin.

Verband des Post- und Telegraphenpersonals (Reichsabteilung im Deutschen Transportarbeiterverband). Am Donnerstag, den 23. Sept., abends 7 1/2 Uhr, in den Sophienhöfen, Sophienstraße 17/18 (großer Saal), Protokollversammlung. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Tarifvertrag für die Angestellten bei den Reichs- und den preussischen Staatsverwaltungen und die damit eingetretene Lohnverschlechterungen für die Postbesitzer und Postbesitzerinnen im gebobenen und mittleren Beamtendienst. Referent: Karl Schmidt, Berlin. 2. Freie Aussprache und Beschlußfassung.

Verantwortl. für den Text: Dr. Werner Beller, Charlottenburg; für Anzeigen: Dr. Gluck, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin. Einzelheft 3, 5 Pfennig 4 Beilagen.

A. WERTHEIM

Ausstellung Damen-Moden

Kleider	Mäntel, Kostüme	Blusen
Tanz-Kleid aus weißen Spitzen, Doppelvolant, mit Seidenbandgürtel 380 ⁰⁰	Damen-Paletot aus dickem Winterstoff, weite Form mit Gürtel, offen und geschlossen zu trag., braun, grün 225 ⁰⁰	Bluse aus gemustertem Tüll, mit Knöpfen verziert, jugendliche Form 48 ⁰⁰
Mantel-Kleid reine Wolle, offen und geschlossen zu tragen, mit farb. Stepperei 450 ⁰⁰	Ulster lose Form m. Gürtel, dunkel kariert 495 ⁰⁰	Sportbluse aus gestreiftem Baumwollflanell, offen und geschlossen zu tragen 58 ⁰⁰
Nachmittags-Kleid gute Pailetteseide, jugendl. Form, mit reicher Stepperei. 595 ⁰⁰	Ulster weit geschnitten mit Gürtel, hellfarbig kariert 595 ⁰⁰	Bluse aus weißer Wäsche, mit viereckigem Ausschnitt und Pliessegarnitur 98 ⁰⁰
Crépe de Chine Kleid mit Spitzen-Motiven und Handtäsch, helle Abendfarben 595 ⁰⁰	Jacken-Kostüm blau Kammgarn, mit und ohne Tresse, lange Jacke, Jacke mit Halbsaie gefüttert 675 ⁰⁰	Bluse aus Crepe de Chine, mit initiiertem Filotainsatz, in verschiedenen Farben 155 ⁰⁰
Kleiderröcke	Morgenröcke	Unterröcke
Kleiderrock moderne Form, aus haltbarem Stoff 48 ⁰⁰	Morgenjacke aus Flauchstoff, gut verarbeitet 48 ⁰⁰	Unterrock warmer Stoff mit Tressengarnitur 39 ⁰⁰
Kleiderrock modern, großkariert Schottenstoff 125 ⁰⁰	Morgenrock aus Flauchstoff, Kimonoform 135 ⁰⁰	Unterrock aus Trikot, mit plissiertem Stoffansatz 43 ⁰⁰
Kleiderrock guter Kammgarncheviot, Tressengarnitur 185 ⁰⁰	Morgenrock aus Flauchstoff, Kragengarnitur 195 ⁰⁰	Unterrock gemustert, Satinette mit hohem Säumchenansatz 59 ⁰⁰
Kleiderrock aus reinwollenem Kammgarncheviot 250 ⁰⁰	Morgenrock guter Wolflausch, Kimonoform 450 ⁰⁰	Unterrock reinseid., Taffet glacé, elegante Form 270 ⁰⁰



Pelz-Mäntel, Kragen und Muffen	
Mantelkragen groß, aus Naturkanin 72 ⁵⁰	Fuchs aus Skunks-Kanin, gerade Form, auf Seide gearb. 135 ⁰⁰
Jackenkragen Rollform, aus Skunkskanin 115 ⁰⁰	Taschen-Muff dazu passend 128 ⁵⁰
Groß. Rollkragen amerik. Oposum, mode Form 490 ⁰⁰	Füchse altakfarbig, modema gerade Form von 395 ⁰⁰ an
	Skunks-Kanin-Mantel 120 cm lang, mit breitem modernen Schalkragen 2800 ⁰⁰
	Electric-Kanin-Mantel moderne feiche Form, in guter Verarbeitung 4800 ⁰⁰

Leipziger Straße: Abteilung für elegante Maßanfertigung